

TAGESSCHAU

POLITIK

Philippinen: Staatspräsident Marcos hat sich zum Sieger der Wahlen erklärt. Inoffizielle Erfolgsmeldungen der Opposition wies Marcos als falsch zurück. Seine Partei habe etwa 140 der 183 Wahlkreise erobert. (S. 5)

Präsidentenwahl: Die Grünen haben die 73jährige Schriftstellerin Luise Rinser als Gegenkandidatin zu dem CDU-Politiker von Weizsäcker aufgestellt.

RAF6G: Die Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen hatte nach Angaben des Deutschen Studentenwerks eine „abschreckende Wirkung“. 183/84 seien insgesamt mehr als 180 Millionen Mark weniger ausgegeben worden als ein Jahr zuvor, obwohl die Studentenzahl um sechs Prozent gestiegen sei.

Westliche Allianz: Ein Streit zwischen Griechenland und der Türkei überschattete die NATO-Führertagung in Brüssel. Athen lehnte türkische Pläne ab, Anti-Schiffs-Raketen des Typs Harpoon einzuführen und drohte, die Beschlüsse über die Streitkräfteziele zu torpedieren. (S. 10)

Olympia: Als neues Land hat Ungarn seinen Verzicht auf die Teilnahme an den Sommerspielen in Los Angeles erklärt. Die USA leisteten nicht die erforderlichen Sicherheits-Garantien für die Sportler.

ZITAT DES TAGES



„Die Partei muß lernen, in wichtigen Fragen eine eigenständige Position zu entwickeln. Wir sind weder der verlängerte Arm des DGB noch der Friedensbewegung.“

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, in einem „Bunte“-Interview. FOTO: L. KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Bayer AG: Der Welt-Umsatz stieg im ersten Quartal 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 20,8 Prozent auf 10,936 Milliarden DM und der Gewinn vor Steuern um 40,1 Prozent auf 636 Millionen. Für 1983 soll eine um drei auf sieben DM erhöhte Dividende gezahlt werden. (S. 13)

China: Die Industrieproduktion soll in diesem Jahr um fünf Prozent, die Agrarproduktion um vier Prozent steigen, teilte das Planungsministerium mit.

KULTUR

Gauguin: Für den Rekordpreis von 10,6 Millionen Mark hat Paul Gauguins „Mata Mui“ auf einer Auktion in New York den Besitzer gewechselt. Das Gemälde wurde im Auftrag von Baron Hans Heinrich Thyssen ersteigert.

Wörterbuch: Der Oxford English

Olympia: Die afrikanischen Nationen werden an den Spielen in Los Angeles teilnehmen. An einen Boykott sei nicht zu denken, meinte Amadou Lamine Ba, Generalsekretär des Obersten Afrikanischen Sportrates. (S. 8)

Wetter: Etwas freundlicher, vereinzelt Schauer. 16 bis 21 Grad.

AUS ALLER WELT

Airbus: Einst als „Pünger-Dampfer“ verspottet, hat der Europäische Airbus die US-Konkurrenz in zehn Jahren das Fürchten gelehrt. Heute fliegen knapp 300 Maschinen. (S. 22)

Krebsmittel: Wissenschaftler der Johns Hopkins-Universität in Baltimore haben ein neues Krebsmittel entwickelt, das angeblich in der Lage ist, gleichzeitig die körpereigenen Abwehrstoffe zu aktivieren und direkt das Wachstum der Krebszellen zu stören. (S. 22)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Pest von heute. Werner Kahl über den Anstieg der Kriminalität. S. 2

Deutscher Ärztetag in Aachen: Eine Horror-Bilanz - Drogen, Alkohol und Medikamente. S. 3

DDR: Beim Umweltschutz von den Bayern lernen. Bericht von Peter Schmalz. S. 4

Schweiz: Streit um den deutschen Panzer Leopard 2. „Eigenproduktion“ zu teuer. S. 5

Hamburg: Der Risikofaktor Georgswerder - Belastung für den Elbe 1985. S. 7

Streik bei Regionalzeitungen behindert den WELT-Vertrieb. Wo in-gesamt möglich, wird auf Zustellung per Post umgestellt.

Steinkühler: „Vorhutgefecht“ für Machtkampf in Europa

Der Streik in der Metallindustrie wirkt sich auch im Ausland aus

SAD/DW, Rotterdam/Bonn

Der zweite IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler hat die derzeitigen Streiks in der Bundesrepublik Deutschland als „Vorhutgefecht“ eines langfristigen Machtkampfes auf europäischer Ebene zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern definiert. Es gehe um prinzipielle Dinge und nicht um regionale Arbeitskonflikte, so zitierte die in Rotterdam erscheinende Zeitung „Algemeen Dagblad“ gestern Steinkühler.

Auf die Frage seines Interviewers „Was ist nun die Wahrheit - daß Sie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erreichen?“ antwortete der IG-Metall-Spitzenfunktionär: „Einen Arbeitskampf kann man nicht mit dem Rechenzettel führen. Das materielle Ergebnis steht nie fest. Die Wahrheit ist, daß es ein harter Kampf sein wird.“ Und auf die Zusatzfrage „Auch deshalb, weil von jenseits der Grenzen zugehört wird?“ antwortete Steinkühler: „Auch das spielt eine Rolle. Der Einsatz könnte sehr wohl ein Kampf um neue Machtverhältnisse in der europäischen Gesellschaft

werden - nämlich ob die Arbeitgeber für zehn Jahre freie Hand bekommen oder nicht. Sie haben sich für den Kampf entschieden.“

Den Einwand, daß durch das Verhalten der Gewerkschaften der sich abzeichnende Wirtschaftsaufschwung zunichte gemacht werden könnte, wies Steinkühler zurück: „Ich sehe überhaupt keinen Wirtschaftsaufschwung.“ Zur Situation von Arbeitnehmern jener Unternehmen, die als Folge der Streikwelle

in den Nachbarländern werden für zehn Jahre freie Hand bekommen oder nicht. Sie haben sich für den Kampf entschieden.“

SEITE 2:
Das Vorhutgefecht
SEITEN 3 UND 10:
Weitere Beiträge

gezwungen sind, ihre Werke zu schließen, erklärte der Gewerkschaftsführer: „Wenn Kohl zuläßt, daß diese nach Hause geschickten Leute keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, dann müssen wir wohl unsere Aktion beenden. Aber dann ist in diesem Lande ein politischer Konflikt mit weitreichenden Konsequenzen da. Unsere Schwesterorganisationen

Auch Kohl ist über FDP enttäuscht

Erregte Telefonate zwischen dem Kanzler und Strauß / Amnestie-Entwurf zurückgezogen

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatten sich für den gestrigen Abend in Bonn verabredet, um über die Zukunft der Koalition nach dem gescheiterten Amnestiegesetz zu sprechen. Vorausgegangen waren zwei zum Teil erregte Telefongespräche zwischen beiden Politikern. Dabei hatte Strauß Zweifel an der Verlässlichkeit der FDP als Koalitionspartner geäußert und die Frage nach der Zukunft des FDP-Vorsitzenden Genscher aufgeworfen. Jedenfalls sei jetzt das Führungspersonal der FDP entscheidend beschädigt.

Bundeskanzler Helmut Kohl ist offenkundig enttäuscht über die Haltung der FDP, aber er versucht, den Schaden für die Koalition insgesamt zu begrenzen. Aus der Sicht des Bundeskanzlers zumindest gibt es keine Alternative zur Koalition mit den Freien Demokraten. Freilich macht

man sich auch im Bundeskanzleramt Gedanken über die Zukunft des FDP-Vorsitzenden Genscher. Es ist bekannt, daß dieser schon früher erwogen hat, den Parteivorsitz abzugeben. Damals dachte Genscher noch an Graf Lambsdorff, was jetzt nach dem laufenden Ermittlungsverfahren gegen den Minister und der Stimmung in der FDP nicht mehr denkbar ist. Auch gab es vor nicht allzu langer Zeit Spekulationen, Genscher werde

SEITE 2:
Vogel-Gate
SEITE 4:
Weitere Beiträge

sich ganz aus der Bonner Politik zurückziehen und das Amt des EG-Präsidenten anstreben. Dafür ist jetzt freilich der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf im Gespräch.

Nicht nur bei der CSU-Führung, auch im Bundeskanzleramt, wird die

Frage nach den Perspektiven für die Koalition gestellt. Bundeskanzler Kohl hat von Anbeginn erklärt, seine Strategie sei es, ein langfristiges Bündnis mit der FDP, auf 8 bis 12 Jahre, zu begründen. Strauß, so wurde im Hinblick auf den gestrigen Abendtermin erwartet, werde jetzt den Kanzler fragen, ob dieses Ziel angesichts der Entwicklung in der FDP und dem Verschleiß Genschers noch realistisch sei. Bereits in den vergangenen Tagen war in der CSU-Führung zu hören, man hätte doch im Herbst 1982 die absolute Mehrheit anstreben sollen. Kohl war damals dieses Spiel zu riskant. Er setzte auf die FDP und wurde bestätigt.

Ungeachtet aller Kritik aus der CSU gibt es auch aus deren Sicht keine Alternative zu dieser Koalition zumindest bis 1987. Eine Große Koalition kommt aus unterschiedlichen Gründen nicht in Betracht.

Fortsetzung Seite 10

Häuser werden weiter billiger

Immobilienmarkt: Preisverfall hält nach wie vor an

HANS BAUMANN, Köln

Die Konsolidierung des westdeutschen Immobilienmarktes hält weiter an. In Problemregionen wie den Küstentädten, im Ruhrgebiet und im Saarland sind die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser allein im vergangenen Jahr um rund 20 Prozent und zum Teil darüber hinaus gefallen. Seit 1981 sind die Preise im Durchschnitt der Bundesrepublik um 17 Prozent zurückgegangen.

Diese Tendenz hält auch im laufenden Jahr an. Die Nachfrage ist schwach, die Verschuldungsangst behindert nach Auskunft des Rings Deutscher Makler (RDM) den Neubau, und gebrauchte Häuser werden in hoher Zahl angeboten.

Der Marktverlauf hat nach Auskunft des Präsidenten des RDM, Rudolph Hübenhuth, auf der Jahrestagung in Köln, dazu beigetragen, daß der Preisabstand zwischen Reihenhäusern und freistehenden Einfamilien-

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Vorhutgefecht

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Franz Steinkühler ist für den Freimut zu danken, mit dem er enthüllt, worum es der IG Metall beim gegenwärtigen Arbeitskampf wirklich geht. Folgt man ihm, so haben wir es mit einem Aufmarsch der Gewerkschaften im europäischen Maßstab zum Machtkampf mit den Arbeitgebern um die Gestaltung der dritten industriellen Revolution zu tun. In diesem Sinn nennt Steinkühler die Streikwelle in Deutschland ein „Vorhutgefecht“.

Nimmt man ernst, was er sagt, dann sieht sich die IG Metall als Speerspitze der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Da sie die mächtigste Einzelgewerkschaft der Welt ist, käme ihrem Sieg oder ihrer Niederlage für die europäischen Gewerkschaften Signal-, wenn nicht Symbolwert zu. Folgerichtig räumt Steinkühler ein, daß es sich bei den Streiks im Südwesten und in Hessen nicht um regionale Arbeitskonflikte handelt. Es geht um Prinzipielles. Der Vorstand der Nürnberger Anstalt für Arbeit wird diese Auskunft auf die Goldwaage legen, wenn er am Freitag beschließt, ob – und wenn ja: in welchem Umfang – die Anstalt das Lohnrisiko für die Arbeitnehmer jener Betriebe übernimmt, die zwar nicht bestreikt werden, aber als Folge des Streiks die Produktion einstellen müssen.

Und hier findet sich wohl die Erklärung für Steinkühlers europäische Gedankensprünge. Mit der ihm eigenen Direktheit hat er zugegeben, daß die IG Metall ihre Aktion abbrechen müsse, wenn „diese nach Hause geschickten Leute keine Arbeitslosen-Unterstützung erhalten“. Im Klartext: Wenn Nürnberg mit den Geldern der Versicherten nicht die Funktion einer erweiterten Streikkasse der IG Metall übernimmt, dann geht der Gewerkschaft die Luft aus.

Steinkühler hält sich nicht damit auf, die Verantwortung für die Nürnberger Entscheidung dem Anstaltspräsidenten Franke aufzubürden, er läßt sie schon im Voraus keinem Geringeren als dem Bundeskanzler auf die Schultern. Und damit Kohl auch weiß, was Sache ist, droht er ihm einen geballten politischen Konflikt europäischen Ausmaßes an, denn die europäischen Brudergewerkschaften würden die IG Metall nicht im Stich lassen. Selten ist leichtfertiger mit dem Feuer gespielt worden.

Vogel-Gate

Von Enno v. Loewenstern

Indogewiß muß sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel doch selbst am Vorkommen, wenn er abends sein von Sorge um die Reinheit unserer Demokratie zerfurchtes Antlitz im Spiegel betrachtet. Einen Anschlag auf den Rechtsstaat, einen Hauch von Watergate hat er in der Amnestievorlage entdeckt. Wessen Watergate?

Vogel tut so, als wolle die Koalition einen bestimmten Kreis, nämlich „ihre“ Spender, vor den strafrechtlichen Folgen argen Tuns schützen. Vor allem: ihre Abgeordneten; denn auf SPD-Seite ist niemand bekannt, der Spenden akquiriert und nun die tapfere Staatsanwaltschaft Bonn zu fürchten hätte.

Nur eben: Natürlich ist auch zur SPD das große Geld geflossen, womöglich mehr als zu den Koalitionsparteien. Aber die Spender sind unbekannt geblieben, die Akquisiteure auch. Denn der unvergeßliche Parteikassier Nau hat alles – die Zahlen schwanken zwischen sechs und neun Millionen Mark – als eine Großspende verbucht. Er hat alle Unterlagen vernichtet, er hat nichts im Bundesanzeiger veröffentlicht. Als der heutige Parteikassier Halstenberg ihn fragte, wer die Spender seien, erwiderte Nau: Fritz, das sage ich auch dir nicht.

Das waren kriminelle Handlungen in großem Stil. Nau nahm sie auf seinen breiten, solidarischen Genoszenbuckel. Man kann ihn heute nicht einmal mehr fragen, denn er ist gestorben. Graf, dieser Mörtler starb Euch sehr gelegen. Es gibt nur noch eine Möglichkeit der Abhilfe: wenn die SPD-Fraktion demnächst geschlossen zur großen Bundestagsdebatte über die Amnestiefrage tritt, dann sollte der Bundeskanzler jeden SPD-Abgeordneten bitten, der Spenden eingesammelt hat und dank Naus Fälschungen und Urkundenvernichtungen unbekannt geblieben ist, sich zu melden. Hilfsweise müßte Vogel vortreten und bekennen, was er über Naus Machenschaften weiß. Es sei denn – und dann müßten wir alle Nau Abbitte leisten – Vogel könnte beweisen, daß ein himmlisches Wunder Naus Truhen mit Sterntälern füllte.

Schiffe versenken

Von Jürgen Liminski

Am Golf wird ein altes Spiel Wirklichkeit: Schiffe versenken. Irak und Iran schießen fast täglich einen Supertanker manövrierunfähig, in dieser Woche schon fünf. Die Tanker fahren für die Saudis, für Kuwait und Iran. Sie exportieren alle Rohöl in westliche Länder.

Die Eskalation zeigt zunächst zweierlei: Zum einen weiten beide Kriegsparteien ihren verhassten Kampf auf unbeteiligte Dritte aus, um die Einnahmen des Gegners und somit dessen Kapazität zur Fortsetzung des Kriegs zu schmälern. Zum anderen handhaben beide, wohl auch mit Söldnerhilfe, moderne Waffensysteme.

Irak wird Ende des Jahres eine zweite Pipeline über die Türkei in Betrieb nehmen und dann als kaukräftiger Waffenkunde auf dem westlichen Markt auftreten können. Wenn es Iran nicht gelingt, bis zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung herbeizuführen, fährt der Golfzug in die Zukunft ohne die Revolutionäre ab. Möglicherweise aber auch ohne die Amerikaner und die meisten Europäer. Bagdad hat sich in letzter Zeit mit billigerem Öl über die Nahostpolitik Washingtons geäußert und gleichzeitig die Beziehungen zu Moskau wieder gefestigt. Seitdem fließt der Waffennachschub in einer Fülle, die das Regime Saddam Hussein wieder zu mittelfristigen Prognosen ermuntert. In diesen Plänen kommt von den westlichen Staaten nur Frankreich als nennenswerter Faktor vor.

Es ist ein billiger Trost für den Westen, zu wissen, daß die Meerenge von Hormus nicht direkt gefährdet ist und daß vorerst nur die Versicherungssprachen für Fahrten in den Golf steigen. Die iranischen Schüsse auf saudische Tanker in saudischen Hoheitsgewässern signalisieren noch ein weiteres: Die Revolutionäre in Teheran schrecken auch hier vor einem Bruch des Völkerrechts nicht zurück. Das ist sozusagen nur eine der kleineren Übungen. Größere und gefährlichere wären Sabotageakte in Saudi-Arabien selber. Diese Aussicht und die wilde Entschlossenheit der Mullahs muß die Prinzen in Riad, die Hauptfinanziers Saddam Husseins, beunruhigen. Das Golf-Spiel wird immer ernster.



Klar zur Spenden-Wende!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Pest von heute

Von Werner Kahl

Eines Tages wird die Kriminalität für den Bürger eine ähnliche Rolle spielen wie im Mittelalter Pest und Pocken. Diese Befürchtung hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, unverhohlen in einem Aufsatz ausgesprochen – bewegt durch einen Vergleich der Kriminalitätsstatistiken. Als 1967 die Zahl der Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland erstmals die Zweimillionengrenze überschritt, wurde dies als „schockierend“ angesehen.

Für das Jahr 1983 registriert die Polizei bereits 4,3 Millionen Straftaten. Und die Kurve steigt an, wenn auch im letzten Jahr flacher. Zeidler wurde bei einer Unionsveranstaltungsanbahnung zur Kriminalitätsbekämpfung diese Woche im Deutschen Bundestag zitiert. Die letzte solche Anhörung liegt fast sechzehn Jahre zurück. Die Teilnehmer waren sich einig, daß die Kriminalitätsentwicklung nicht allein mit der Technik des repressiven Apparats umgekehrt werden kann. Die Bekämpfung muß bei den Wurzeln anfangen; also: die Erziehung des jungen Menschen, von den 68er Reformvolumen zum der antiautoritären Phrase torpediert und danach von einer Säurewelle zur Auflösung der ethischen Werte überrollt, muß wieder in den Vordergrund rücken.

Bei der Anhörung hieß es wieder einmal: Wir sind alle gefordert, Vorbilder abzugeben. Wie macht man das? Ideales Benehmen allein genügt nicht immer, es muß eine vernünftige Familienpolitik, es müssen staats- und wertbejahende Unterrichtsinhalte und Lehrpläne entwickelt werden. Jugendenschutz gegen Video-Auswüchse, nur weil das Monopol-Fernsehen um seine Vormacht bangt, ist wirklich nicht genug.

Die Anhörung räumte mit einem ehrwürdigen Vorurteil auf: Mittellosigkeit etwa als Folge von Arbeitslosigkeit ist bei sogenannten Bereicherungstätern nicht (jedenfalls längst nicht mehr) das bestimmende Motiv. Mangelnde Moralverankerung und Besitzwunsch bilden hier vielmehr eine „Strudelwirkung“. Der Züricher Professor Schmidtschmidt sagte, wirtschaftliches Wachstum und Verteilungspolitik hätten zwar die Armut abgebaut, zugleich aber neue Wünsche geweckt. Kinder werden kaum noch dazu erzogen, zu sparen und sich einen Wunsch einmal nicht zu erfüllen. Die geringe „Kapazität“ an „Bedürfnisaufschub“ mache kriminelles Verhalten wahrscheinlicher, zumal äußere soziale Kontrollen entfielen. Der neue „moralische Realismus“ (Schmidtschmidt) drücke sich in der Haltung aus: Wer stehle, werde bestraft, wo aber kein Kläger und demzufolge auch kein Richter sei, sei das Stehlen gewissermaßen erlaubt.

Der frühere niedersächsische Justizminister Professor Hans-Dieter Schwandt (Universität Bochum) wies auf ein weiteres widerlegtes Vorurteil hin: weniger die Höhe der Strafe als vielmehr das „Erfolgsrisiko“ – die Wahrscheinlichkeit, gefaßt zu werden – sei für das Verhalten des potentiellen Täters entscheidend. Es müßte also das Personal der Polizei an Zahl und Qualität verbessert werden und die Kriminalpolitik müßte mit den Bereichen Familien-, Arbeits-, Schul- und Ausländerpolitik zusammenarbeiten.

Die Stärkung der Familie und ihrer erzieherischen Kraft, so Schwandt, sollte im Vordergrund präventiver Anstrengungen stehen. Für die wichtigste „Sozialisationsinstanz“ nach den Eltern hält er die Schule. Mit gezielter Sozialarbeit, Rechtskundeunterricht und entsprechender Entwicklung des Rechtsbewußtseins könne sie ih-

ren Beitrag leisten. Aber nicht nur damit. Schlechte Ausbildung ist nach den Ergebnissen der Strafvollzugsforschung für Kriminelle geradezu typisch. So haben die meisten Insassen der Jugendstrafanstalten weder einen Schulabschluß, noch haben sie eine Lehre erfolgreich beendet. Ein Erfolg unserer Schulreformer? Der Kölner Jugendrichter Dries jedenfalls warnte aus bitterer Erfahrung davor, die Gesellschaft noch länger „den Pädagogikgeniesern als Tummfeld von Versuchen zu überlassen“.

Die Aufgabe der Verbrechensbekämpfung erfordert nach Ansicht der Unionspolitiker einen ebenso langen Atem wie die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Umso mehr, als nicht nur die quantitative Entwicklung der Kriminalitätskurve Anlaß zur Sorge bietet. Eine qualitative Verbrechensentwicklung ist dazugegetreten. Damit entwickelt sich das Erkenntnis des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Heinrich Boge, eine Parallel-Gesellschaft: Gruppen, die zusammen Verbrechen begehen, nach außen abgeschottet, aber auch nach innen abgeschottet. Wer raubt, weiß nicht mehr, wer im Management der Gangster sitzt. Das bereitet der Polizei große Sorgen für die Zukunft.

Wo Gewalt gegen Sachen und Personen im Kampf gegen „die Herrschenden“ sogar in den Schulen geübt wird, wo das Klauen im Supermarkt als Sport und wo die Selbstverwirklichung auf Kosten der anderen als Großtat, durch eigene Arbeit und Leistung hingegen als angepaßtes Muckertum beschrieben wird, wo man Kinder den Konflikt mit ihren Primärsozialisationsfaktoren (früher auch Eltern genannt) lehrt und sie vor Heile-Welt-Illusionen warnt, da wird mehr zerstört als der Respekt vor fremdem Eigentum. Wie war das doch mit dem Mühlstein, der den Kinderverderber von der Hals gehängt werden sollte? Sie haben in der Tat eine Pest über uns gebracht, die die Menschheit verheert. Und man steht ihr im Grunde kaum weniger hilflos gegenüber als die Opfer damals im Mittelalter.



Aus Not stehlen sie nicht: Ladendiebstahl in Aktion. FOTO: POLY-PRESS

Wenn Gewerkschaftler sich gegenseitig verprügeln

Britanniens „Militant Tendency“ vor Werkstoren und in Kommunen / Von Fritz Wirth

Großhelle Haßgänge, Boxdüelle mit der Polizei im Niemandsland jenseits der Queensberry-Regeln, rätselhafte Eruption der Gewalt gegenüber den eigenen Kumpeln – so stellt sich seit nunmehr zehn Wochen der erstaunlichste Arbeitskampf der britischen Nachkriegsjahre dar.

Da stimmen plötzlich die Fronten nicht mehr. Da müssen mit Masseneinsätzen von Polizisten Arbeiter vor Arbeitern geschützt werden. Da bricht traditionelle Gewerkschafts-Solidarität zusammen. Da schmuggeln Stahlarbeiter Kohle an den Sperrgürteln wütender Bergarbeiter vorbei, um ihre Betriebe und ihre Arbeitsplätze vor den Spät-Ludditen, den Selbstzerstörern ihrer Zukunft, zu retten.

Und der britische Gewerkschafts-Dachverband TUC sowie die Labour Party schauen hilflos und verlegen, die Regierung Thatcher dagegen mit kühler Gelassenheit diesem Schauspiel zu. Das Warten auf die Rückkehr der Vermunft ist so ziemlich das einzige,

was die so unterschiedliche Zuschauergemeinde dieser Tragödie vereint. Dabei sind die Bergarbeiter die erfahrensten, härtesten und ausdauerndsten Streikstrategen der britischen Gewerkschaften. Sie besitzen mehr Macht als alle anderen Arbeitnehmer im Lande und bewiesen es im Jahre 1974, als die Regierung Heath an ihnen scheiterte. Warum also läuft dieser Streik so schief? Warum zerreißt er die britische Gewerkschaftsbewegung zu einem Zeitpunkt, da sie von der Regierung mit neuen Gesetzen in die Zange genommen wird?

Die schlichte Antwort: Weil er in seiner Zielsetzung, Ausführung und Strategie völlig irreführend ist. 1974 kämpften die Bergarbeiter um mehr Lohn. Es war ein klassischer Arbeitskampf. Die Regierung Heath war nicht direkt herausgefordert. Sie nahm dennoch den Kampf auf und verlor. Sie wurde jedoch nicht von den Bergarbeitern, sie wurde von den britischen Bürgern zu Fall gebracht, die sich mit Mehrheit auf die Seite der Bergarbeiter schlugen. Der gegen-

wärtige Streik aber ist anders. Bergarbeiterchef Arthur Scargill ist nicht nur angetreten, 20 000 Arbeitsplätze für seine Kumpel zu retten. Er ist zur direkten Konfrontation mit der Regierung Thatcher ausgezogen. Sie soll mit außerparlamentarischen Kraftakten das Amt gehebelt werden. Das Symptomatische an ihm ist, daß er es offen zugeht. „Wir wollen nicht nur unsere Zucht und unsere Jobs retten“, verkündete er Anfang dieser Woche, „wir wollen die Jahre des Thatcherismus überwinden und den Weg ebnen zu Neuwahlen und zur Machtübernahme durch die Labour Party.“

Es ist bezeichnend, daß die Regierung Thatcher sich gegen diese Herausforderung nicht einmal offenes Wehr setzen mußte. Die Gewerkschaftskollegen des Arthur Scargill in den Kraftwerken, ohne deren Hilfe die Bergarbeiter diesen Streik kaum gewinnen können, wiesen ihn zurecht. „Wir sind nicht bereit, unsere Macht zu gebrauchen, um gewählte Regierungen zu Fall zu bringen“, erklärte ihr neu-

IM GESPRÄCH Liberal Lucini

Die Stärke der Freiheit

Von Rolf Götz

Die scheinbare Schwäche der Demokratie ist ihre Stärke. Ihre Verteidigung beginnt deshalb mit dem Bekenntnis zu jener Freiheit, die gleichzeitig die „Bresche für das Eindringen kommunistischer, pro-sowjetischer oder als ersten Schritt neutralistischer Kräfte in die Allianz bedeuten kann.“ Zu diesem Credo bekannte sich der Chef des Verteidigungsstabes der spanischen Streitkräfte, Admiral Angel Liberal Lucini – seit gestern Vorsitzender der militärischen Kommission der NATO.

Das politische Verständnis seiner militärischen Aufgabe beeindruckte schon den deutschen Verteidigungsminister Wörner am ersten Soldaten der spanischen Demokratie. Der Admiral macht es so Bundeskanzler Helmut Kohl leicht, wenn dieser heute bei seinem Besuch in Madrid die Unteilbarkeit des europäischen atlantischen Bündnissystems in EG und NATO vertritt.

Admiral Liberal Lucini zitiert auch das deutsche „Lieber rot als tot“. Aber der Mann, den die sozialistische Regierung an die Spitze der Streitkräfte setzte, folgert daraus: Die Sowjetunion exportiert den Antimilitarismus und versucht über die Liberalisierung des Drogenkonsums und pazifistische Unternehmungen gegen militärische Einrichtungen die westliche Abwehr gegen die sowjetische Militärmacht zu schwächen, die angeblich niemanden bedroht. Eine Entspannungspolitik lasse sich folglich nur auf der Basis eines gesunden Selbsterhaltungstriebes erreichen. Die Hoffnung liegt in der militärischen, politischen und moralischen Widerstandsfähigkeit der Demokratien gegen die intelligenten Techniken der Erosion von innen.

Der spanische Admiral übernimmt den Vorsitz der NATO-Kommission ausgerechnet in dem Jahr, in dem sein Volk durch eine Abstimmung



Spanier auf hohem NATO-Posten: Admiral Liberal Lucini. FOTO: CAMERA PRESS

über Spaniens Position innerhalb der NATO die Allianz schwächen könnte. So fordert gewiß nicht zufällig ein anderer spanischer Admiral zur gleichen Zeit die sozialistische Regierung auf, von ihrem „übertrieben geneigten“ Wahlversprechen Abstand zu nehmen. Eine Volksabstimmung müßte nämlich bei jedem Bürger eine profunde Kenntnis von Außen- und Verteidigungspolitik voraussetzen, von Geopolitik und Logistik. Da der einzelne gar nicht über die hierzu notwendigen Informationen verfügen kann, bliebe seine Entscheidung letztlich einigen an die Wände gemalten Parolen überlassen.

Liberal Lucini, Jahrgang 1921, trat erst gegen Ende des Bürgerkriegs in die Marineschule ein. Sein erstes Kommando als Chef eines Zerstörers erhielt er in den fünfziger Jahren. Als Militärattaché in Washington und später als Befehlshaber der spanischen Streitkräfte im Mittelmeer lernte er schon vor zehn Jahren die Bedeutung der NATO kennen. Nichts hat ihn seither daran zweifeln lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE MATIN

Die Pariser Zeitung schreibt zum Erfolg der Opposition bei den Wahlen auf den Philippinen:

Die vom (wahrscheinlichen) Sieg der Opposition hervorgerufenen Überraschung erklärt sich vor allem durch die Abwesenheit eines Anführers, der sich gegenüber Präsident Marcos behaupten könnte. Dies geht auf die Ermordung Aquinos zurück, des natürlichen Führers eines demokratischen und sehr gemäßigten „Zentrums“, das das Land auf eine politische Kursänderung ohne Infragestellung der traditionellen Bündnisse vorbereiten schen. ... Krank oder nicht, Marcos ist heute mit einem klaren Votum gegen sein System und seine „Familie“ konfrontiert. Er hatte seinen Abgang vorhergesehen, nicht aber seine Niederlage.

The Daily Telegraph

Das britische Blatt kommentiert die jüngste sowjetische Ankündigung, neue Nuklearkraftwerke in der „DDR“ zu stationieren:

Die Russen sind auf dem Kriegspfad und waren das schon viele Monate. Sie schossen das südkoreanische Zivilflugzeug ab und weigerten sich, sich zu entschuldigen oder Kompensation zu zahlen. Sie verließen die Rüstungskontrollgespräche in Genf. Sie haben amerikanische Vorschläge über ein Verbot von chemischen Waffen abgelehnt. Sie haben einen hochrangigen Besuch nach China abgesagt wegen der offenbar guten Beziehungen Pekings mit den Amerikanern und sie haben im fünften Jahr ihrer Besetzung Afghanistan dort eine massive Frühjahrsoffensive gegen die Guerillas gestartet. All das summiert sich zu dem kalku-

lierten sowjetischen Rückzug in die Festung Rußland und es gibt viele Gründe dafür.

AKHBAR AL-KHALEEJ

Die in Bahrain erscheinende Tageszeitung befaßt sich mit dem jüngsten Luftangriff auf sechs Ölkrafer in den Golf-Gewässern:

Wenn schon die Ölverschmutzungskrise, die von iranischen Ölfeldern herrührte, im vergangenen Jahr die Aufmerksamkeit der Welt erregte, sind jetzt schnelle Schritte erforderlich, um diese weitaus größere Gefahr zu stoppen, bevor sie sich ausbreitet und die Sicherheit und Interessen der Region und ihrer Einwohner gefährdet. Wenn Iran seine Drohung nicht wahrnimmt, die Straße von Hormus zu blockieren, bedeutet das nicht, daß die Supermächte stillstehen sollten, weil die Situation nicht weniger gefährlich ist; sie führt fast zu den gleichen Ergebnissen.

Frankfurter Allgemeine

Zur Aussparung in der Metallindustrie heißt es in dem Blatt:

Die Belegschaften werden praktisch arbeitslos, und zwar in einer für sie besonders unangenehmen Weise. Der Lohn wird von den Unternehmen nicht weitergezahlt, der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht in den meisten Fällen nicht; die Gewerkschaft wird Streikgelder höchstens an Gewerkschaftsmitglieder zahlen. Ein schnell wachsender Kreis von Betroffenen wird, kurz vor der Urlaubszeit, diesen Streik im Geldbeutel spüren. ... Vielleicht erkennt nun auch die Gewerkschaft, daß sie nicht vollends die Gefangen einer von ihr angeheizten Stimmung werden darf.

Der Schweiger Worms irritiert seine Partei

Mit Bernhard Worms will die CDU im nächsten Jahr die Landtagswahl in Düsseldorf gewinnen. Doch auf den Mann, der Kurt Biedenkopf ausschaltete, fallen Schatten.

Von WILM HERLYN

Was ist in einem Politiker gefahren, der sich zunächst vehement und als einer der besten für eine Sache einsetzt – und dann schweigt? Der es zuläßt, daß seine Parteifreunde sich verstört an den Kopf fassen, dieses Schweigen als Unsicherheit und gar als Angst interpretieren? Der einkalkuliert, daß sein Bild in den Medien negativ gezeichnet wird?

Es ist die Rede von Bernhard Worms, dem Chef der nordrhein-westfälischen Oppositionsfraktion, dem Vorsitzenden der stärksten CDU-Landesorganisation – der Union des Rheinlands, dem Vorsitzenden des CDU-Landespräsidiums, das die Verbände Westfalen-Lippe und Rheinland klammert, und es ist die Rede vom Stellvertreter Helmut Kohl im Bundesvorstand der Union.

Diese Machtvolle entrang er vor Jahresfrist nach langem und zähem Kampf gegen seinen Widersacher Professor Kurt Biedenkopf. Er stellte den Professor „auf den Prüfstand“, als dieser sich schon längst sicher und als genuiner Herausforderer des NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau wähnte. Nun steht Bernhard Worms selbst auf diesem Prüfstand.

Als er jetzt im Düsseldorfer Landtag, scheinbar unbewegt, die Tiraden und Polemiken der SPD in Sachen Amnestie für Parteipolitiker ohne Widerspruch über sich ergehen ließ, zweifelte und verzweifelte viele der 95 Abgeordneten seiner Fraktion an ihm. „Wir haben ihm alle geraten“, sagte hinterher ein Mitarbeiter, „aufzustehen und zu reden, sich vielleicht sogar vorsichtig von Helmut Kohls Plänen abzusetzen. Aber so ist er nun einmal: Er übt absolute Solidarität.“

Es scheint, als sei dies nur die eine Seite der Medaille. Solidarität, Loyalität, ja Freundschaft zu Helmut Kohl ist eines der Pfunde, mit denen Worms wuchert. Dabei denkt er nicht taktisch an den Tagessieger, sondern strategisch an den Erfolg seiner Partei bei den entscheidenden nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am 12. Mai 1985. Denn mit ihm steht dann auch die Bonner Regierungskoalition auf dem Prüfstand nach Halbzeit der Legislaturperiode. Landespolitische Probleme werden wahrscheinlich nur untergeordnete Rollen spielen; das Thema ist die Entscheidung der Wähler über die Bundespolitik. Das hat die SPD in Bund und Land angekündigt – und Bernhard Worms kann es nur recht sein.

Der populäre, promovierte Diplom-Kaufmann und Landrat aus Pulheim bei Köln erinnerte sich an seinen Wahlspruch: „Dun wat de kanns, dun et nit halv, dun et ganz.“ Er leistet ganze Arbeit, schloß die verstörte rheinische Union zusammen, übernahm den Vorsitz nach dem Tode Köpplers und entmachtete Biedenkopf.

Das allerdings konnte ihm nur gelingen, weil dem Professor (Partei) „das Hirn“ die Basis nicht mehr folgte, sondern sich Worms (Partei) „das Herz“ zuwandte. Die CDU begriff im Orts- und Kreisverband, daß mit schneidenden Rhetorikern die kommenden Wahlen allein nicht zu bestehen sind und schickte Worms ins Rennen gegen Johannes Rau.

Beide bevorzugten beim Wähler die Technik der Zuwendung und der Harmonie. So muß Rau Worms auch mehr fürchten als den kühlen Bie-

denkopf. Worms' Rezept: die Stammwähler wieder zu mobilisieren, die sich 1980 verweigert hatten. Und deren Zahl schätzt er auf 45 Prozent plus x. In der Summe kann das genügen, der Union nach 15 Jahren wieder an die Regierung zu verhelfen. Denn kaum jemand erwartet, daß Johannes Rau ohne Rückenwind aus Bonn – wie seinerzeit von Helmut Schmidt – noch einmal die absolute Mehrheit erringen kann.

Bei seinem fleißigen und entschiedenen Einsatz an der Basis hält sich Worms im Schatten Kohls. Auf ihn beruft er sich und auf die Vorteile, die eine nahtlose Bindung und Verbindung zwischen Düsseldorf und Bonn für das bevölkerungsreichste Bundesland mit sich brächte, wäre denn erst die CDU auch zwischen Rhein und Ruhr, die bestimmende Kraft.

Dennoch weiß Worms, daß das allein nicht reicht. Er wird in der Zukunft politische Felder besetzen müssen, mit denen die Bevölkerung Worms und die CDU identifiziert.

Gelgenheit bot ihm dazu der Stuttgarter Parteitag. Er hätte – gestützt auf das Votum seines rheinischen Landesverbandes – eine Erhöhung der Mehrwertsteuer rundweg ablehnen können – gegen die Argumentation von Kohl und Gerhard Stoltenberg. Die Schlagzeilen wären ihm sicher gewesen und dazu die Aura des Helden, der sich gegen Königsthron auflehnt und Standfestigkeit beweist.

Doch Worms verzichtete auf den Tageserfolg. Seine Führungsmannschaft wird nicht müde, den Vergleich mit dem Baden-Württemberger Lothar Späth zu ziehen: „Was hat es ihm eingebracht, sich bei jeder Gelegenheit durch Argumente gegen Kohl profilieren zu wollen? Die satte Mehrheit, die er von Fribinger im Südwesten von 56 Prozent übernahm, ist auf 51 Prozent geschrumpfen.“

Doch ist die Zeit der stillen Arbeit an der Basis jetzt für Worms vorbei. Er wird der einzige führende CDU-Politiker bundesweit sein, der im Europa-Wahlkampf plakatiert wird. Er wird sich aber auch deutlich in der Familien- und Sozialpolitik öffentlich engagieren als bisher. Doch er wird auch dabei – „da ist er stur wie ein Panzer“, sagt die Parteizentrale in der Kölner Georgstraße – den Vorteil seiner Bindung an Kohl ausnützen. Als Fußball-Fan – Worms ist Verbandsratsmitglied des 1. FC Köln – kennt er sich aus mit dem Regelwerk, das er auch auf seine politische Arbeit überträgt: „Saubere bleiben, kämpfen, hart rangehen, ohne dem Gegner in die Beine zu treten.“



Auf dem Prüfstand: Bernhard Worms
FOTO: SVEN SIMON



Streik-Idylle bei Stihl: Noch steht die IG Metall im Regen, die Sonne läßt auf sich warten
FOTO: JÖRG-PETER MAUCHER

Der „Schwäbische Zukunftswalzer“, ein Stück für Chor und Akkordeon

So starr die Fronten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften beim Thema „35-Stunden-Woche“ sind – vor den Toren bestreikter Metallbetriebe herrscht eine eher gelassene Atmosphäre.

Von WALTER H. RUEB

Siegessicher stehen die streikenden Metallarbeiter in Baden-Württemberg vor den geschlossenen Werkstoren. Wo man hinbört, herrschen Zuversicht und Hoffnung. Auch Meldungen von der drohenden Aussperrung durch die Arbeitgeber drücken nicht auf die Stimmung. Am Eingang zum Walbinger Werk 2 der Stihl-Firmengruppe geben bunte Sonnenschirme, Wurstchenbuden, Getränkestände, Schautafeln und rote Mützen und Helme der Szene einen Anstrich wie am „Tag der offenen Tür“.

Doch von offener Tür kann keine Rede sein. Kein Lohnempfänger kommt hinein, nur der Firmenchef, Angestellte, Auszubildende und Reporter dürfen passieren. In der riesigen Halle für die Endmontage von Motorsägen halten die Schritte wie in einer leeren Kathedrale. 344 Arbeitnehmer sorgen hier sonst dafür, daß das Unternehmen des Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg weiterhin der weltgrößte Motorsägen-Hersteller bleibt.

Rekorde dieser Art klimmern die Streikenden indessen wenig. Sie verweisen auf andere Tatsachen. „1981 hatte die Stihl-Gruppe 3477 Arbeitnehmer, Ende 1984 werden es nur mehr 2746 sein“, klagt Robert Bösing, der Chef des sogenannten IG Metall-Vertrauenskörpers im Werk. „Das ist doch der Beweis, daß der Kampf um unsere Arbeitsplätze berechtigt ist. Die Bosse werden sich noch wundern. Wir stehen fest, wir halten durch. Bei uns gibt es auch keine Streikbrecher.“

Im Werk 2 verdienen vor allem Ausländer ihr Brot. 30 Prozent der Arbeitnehmer am Band sind Frauen, 2400 Mark brutto werden monatlich verdient. Stihls Pressesprecher Ulrich Peter Hermani weist auf die hier praktizierten neuen Arbeitsmethoden. „Um die Arbeit zu humanisieren, wird in Zusammenarbeit mit zwei Instituten und dem Bundesforschungsministerium Neues erprobt. Lärm, Stress und andere physische Belastungen werden verringert. Sechs Millionen Mark wurden dafür investiert.“

Konfrontiert mit diesen sozialen Leistungen zucken die Streikposten

am Werkort die Schultern. „Sollen wir deshalb etwa nicht streiken?“ fragt ein griechischer Gastarbeiter in echtem Schwäbisch. Dann zählt er auf: „Wir sind hier zu 95 Prozent organisiert, und über 90 Prozent haben für den Streik gestimmt. Wie lange er dauert, hängt ganz allein von Herrn Hans Peter Stihl und seinem Präsidium ab.“

Hermanis Hinweis, daß dem Unternehmen durch den Streik täglich ein Verlust von über zwei Millionen Mark entstehe, nötigt einem Streikposten mit Megafon nur eine knappe Handbewegung ab. „Vor allem der Präsident der Metallindustriellen muß merken, was Produktionsausfall bedeutet. Ein Streik muß wehtun.“

Der Mann mit dem Megafon ist bei Stihl nicht Arbeitnehmer. Klaus Wiesborn ist von Geislingen herübergekommen. Dort ist er bei der IG Metall Sekretär. Man merkt es, wenn er bei Fragen vorwitzige Genossen stoppt und selbst die Antwort gibt. Die Solidarität gegenüber den Genossen in den Automobilfabriken sieht er durch die angewandte Streiktaktik nicht verletzt. „Es darf bei einem Streik keine ‚Zuschauer geben‘“, meint er. „Im übrigen gehen wir davon aus, daß die Genossen bei BMW oder Mercedes Kurzarbeitergeld bekommen.“

Wiesborn ist nicht nur redegewandert, er kann auch gut musizieren. Auf einem Akkordeon begleitet er den Chor der Streikposten. Zum Repertoire gehört der „Schwäbische Zukunftswalzer“, der die Refrain-Frage, „Was wird sein, wenn wir in Schwaben den Sozialismus haben?“, beantwortet: „Der Fortschritt, der geht auch um Württemberg nicht rum, Konzerne und Banken werden Volkseigentum...“

Am liebsten und häufigsten singen die Streikposten vor dem Eingang zum Unternehmen ihres gegenwärtigen Hauptgegners das „Lied von der 35-Stunden-Woche“. Sinnigerweise wird es nach der Melodie der Uralt-Schnulze „Von den blauen Bergen kommen wir“ gesungen...

In Reutlingen sind die Streikposten vor den Toren des größten bestreikten Betriebes, der Robert Bosch GmbH, mit Funkgeräten ausgerüstet. Stets haben sie Kontakt zur Zentrale und zu den anderen Werkseingängen. 3750 Menschen verdienen hier und im ebenfalls stillgelegten Werk Rommelsbach wenige Kilometer entfernt ihr Brot; ohne die Angestellten und Lehrlinge sind annähernd 3000 im Ausland. „Schon vorher gab es wiederholt Warnstreiks“, klagt Direktor Wolfgang Mierwa. „Der soziale Nimbus des Firmen-Gründers ist längst

dahin“, bemerkt der 26jährige Elektromechaniker Horst Gaubatz.

In den Werken werden Elemente für Benzin-Einspritzpumpen sowie Scheinwerfer, Leuchter, Halbleiter und elektronische Steuergeräte hergestellt. An den Werkseingängen ist Sachlichkeit Trumpf. Das Heer der 890 Angestellten, 40 Mann vom Notdienst sowie die 90 Lehrlinge passieren – doch kaum eine Bemerkung fällt, und wenn, dann höchstens zur riesigen Zahl von Angestellten. „Man darf nicht übersehen, daß hier eine große Entwicklungs- und Forschungsabteilung unterhalten wird“, erklärt Helmut Krause von der Bosch-Zentralabteilung für Presse und Information.

Interessanter Information als er haben in diesen Tagen jedoch Betriebsangehörige, die sonst an Werkbänken oder Bändern stehen. Mechaniker Matthias Wenzler (33): „Schauen Sie: Bosch schafft beispielsweise neue Maschinen an, schon fallen wieder drei Arbeitsplätze weg. Wohin soll das noch führen...?“

Das Gespräch wird unterbrochen. Mitglieder der Werks-Frauengruppe reichen Kaffee, belegte Brote und Kuchen. Sie haben damit den ganzen Tag zu tun, denn rund 180 Streikposten und -helfer müssen versorgt werden. Sie stehen nicht umsonst an den Eingängen. Zwar waren 83 Prozent der Belegschaftsmitglieder für den Streik, doch versuchen am Montag und Dienstag acht den Streik zu brechen.

Diejenigen aber, die streiken, büßen teilweise erhebliche Summen ein. Bei einem durchschnittlichen Einkommen sind es rund 500, bei höherem Lohn noch mehr Mark. „Ich verliere rund 1000 Mark im Monat“, hat der 33jährige Alfons Reiske ausgerechnet. Er ist Werkzeugmacher, Refa-Mann und Wirt des Streikposten-Lokals im Bürgerhaus.

Reiske wohnt in einem kleinen Dorf unweit Reutlingen, ist Vater von drei Kindern, SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und Jugend-schöffe. „Meine Baupläne liegen in der Schublade. Ob ich bauen kann, ist fraglich. Der Streik wirkt mich finanziell zurück, dabei mache ich mehr Stunden als sonst... Aber dennoch ist der Streik notwendig. Warum? Weil die Arbeitgeber dauernd rationalisieren. Mehrwert schaffen, eine dreiprozentige Produktionssteigerung erzielen. Wir aber müssen darunter leiden, verlieren die Arbeitsplätze. Jetzt wollen wir endlich etwas von all diesen Dingen wie Rationalisierung und Automatisierung abbauen – über die Verringerung der Wochen-Arbeitszeit.“

Eine Horrorbilanz: Drogen, Alkohol und Medikamente

Deutschlands Ärzte schlagen Alarm – Drogenalarm. Noch nie wurde unser Land mit Alkohol, Medikamenten und harten Drogen so überschwemmt wie heute. Und immer mehr „Fixer“ bezahlen ihre Sucht mit dem Leben: 383 Drogen-Tote 1982, 472 im vergangenen Jahr. Ein Bericht vom Arzttag.

Von PETER JENTSCH

Die „Fixer“, die „Kokser“, die „Hascher“, die auf ihren Trip gehen, aus dem es oft kein Erwachen gibt, bilden nur die Spitze eines Eisberges. Drogensucht und -abhängigkeit ergreifen heute alle gesellschaftlichen Schichten. Nur heißen die Drogen nicht Kokain oder Heroin, sie werden nicht an dunklen Straßenecken oder in schummrigen Kneipen gehandelt, sondern bei Sonnenschein und Neonlicht. Diese Drogen sind Alkohol und Arzneimittel.

Diese „Drogen“ kennen keinen „Bahnhof Zoo“, keine grausig-schillernde Szene wie die Heroinsucht. Und doch ist auch diese Szene grausig genug. Erwin Odenbach, Leiter der Abteilung Fortbildung und Wissenschaft der Bundesärztekammer, sagte gestern in Aachen: „Drogenabhängigkeit, Alkoholismus und Medikamentenmißbrauch haben eine solche Bedeutung, daß sie von der deutschen Ärzteschaft als Tagesordnungspunkt eins auf diesem 87. Deutschen Arzttag behandelt werden. Wir Ärzte haben allen Anlaß, uns über das Ausmaß dieser Problematik, die Zahl der betroffenen Menschen, die Folgen für deren Schicksal und die der Allgemeinheit und über die Kosten, die damit verbunden sind, vertraut zu machen.“

In der Tat: 1950 gab es in der Bundesrepublik so gut wie keine Drogenabhängigen, wenige Medikamentensüchtige und nur etwa 200 000 Alkoholiker. Heute gibt es nach Angaben der Leiter der Fachkliniken für Suchtkranke rund 65 000 Drogenabhängige, 200 000 Medikamentensüchtige und etwa 1,2 Millionen Alkoholiker. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung spricht sogar von 2,5 Millionen Zwangstrinkern.

Das bestimmte Schmerzmittel oder Psychopharmaka insbesondere von Jugendlichen her, wurde benutzt, um sich aus der Realität zu flüchten, ist schon seit langem bekannt. Die Rezeptpflicht wurde verschärft – aber das änderte kaum etwas. Professor Wolfram Keup, früherer Direktor der Berliner Karl-Bonhoeffer-Klinik: „Es ist erstaunlich, was unsere Patienten über die Naivität mancher Ärzte berichten, die ihnen Medikamente mit Abhängigkeitspotential in großen Mengen verschreiben oder mitgeben haben.“

Und Hans Werner Hamacher ergänzt: „In der Szene spricht sich blitzschnell herum, welche Ärzte gute Quellen sind. Hilft ein Arzt bei einem vermeintlichen oder tatsächlichen Notfall, darf er nicht mit Dank, sondern muß mit Erpressungsversuchen von weiteren Abhängigen rechnen.“ Ganz abgesehen davon: der vom Abhängigen gesuchte Stoff ist illegal auch ohne Rezept zu erwerben.

Das Gefährliche: Zeigen die Präparate keine Wirkung mehr – trotz Verstärkung der täglichen Dosis – ist der Schritt zur harten Droge nicht mehr weit.

Und die Abhängigkeit von Pille, Saft und Spritze wächst. Noch 1971 war nur jeder neunte Süchtige von Medikamenten abhängig. Heute ist es jeder vierte.

Alkoholabus hat geradezu das Ausmaß einer Volksseuche angenommen. Man kann davon ausgehen, daß etwa zwei bis drei Prozent der Bevölkerung alkoholabhängig sind; allein in der Bundesrepublik sind das 1,2 bis 1,8 Millionen Menschen. Die Folgen sind Erkrankungen vor allem von Leber und Bauchspeicheldrüse, Herzmuskel und Nervensystem.“

12,24 Liter reinen Alkohol konsumierte – statistisch betrachtet – jeder Bundesbürger 1982. Für alkoholische Getränke gaben die Deutschen 1982 so viel aus wie für die Landesverteidigung: mehr als 43 Milliarden Mark oder 699,40 Mark pro Person – Greise und Kinder eingeschlossen. Die Kosten für die Behandlung von Alkoholikern lagen 1981 bei 327 Millionen Mark. Eine Alkoholentwöhnungsbehandlung in einer Suchtklinik kostet etwa 21 000 Mark.

Viele Gewohnheitstrinker – und dazu zählt schon, wer Abend für Abend seine drei Flaschen Bier konsumiert – wissen nicht, daß sie sich bereits im Stadium des krankhaften Konsums (Sucht) befinden. Alkohol im Straßenverkehr fordert jährlich fast 4000 Tote. Etwa 5000 Kinder werden Jahr für Jahr in Deutschland geboren, die später sonderschulbedürftig sind, weil bei den Eltern Alkohol im Spiel war. Diagnose: Keimschädigung. Alkohol, so warnte unlängst die Hauptstelle gegen Suchtfahrten in Hamm, ist „das größte sozialmedizinische Problem in der Bundesrepublik“.

Schlaftabletten bereits für Kinder

Zu einem nicht minder großen sozialmedizinischen Problem hat sich in den vergangenen Jahren auch der Arzneimittelverbrauch entwickelt. 5,7 Millionen Bundesbürger (13 Prozent), so warnt das Bundesgesundheitsministerium, konsumierten unkontrolliert Tabletten. Acht Millionen Deutsche – darunter viele Kinder – brauchen täglich Beruhigungs- und Schlafmittel. Zwei Milliarden Mark werden jährlich in der Republik allein für Schlaf-, Schmerz- oder Beruhigungsmittel ausgegeben. Und diese Mittel können süchtig machen.

Den Kampf gegen Haschisch verloren

65 000 Drogenabhängige also in unserem Lande. Hans Werner Hamacher, Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, resignierte gestern vor den 250 Delegierten des Arzttages: „Den Kampf gegen das Haschisch haben wir bereits verloren. Das Kraut gewinnt zusehends an sozialer Akzeptanz. Die ‚Schickieria-Droge‘ Kokain befindet sich auf dem Vormarsch. Beim Heroin sind wir gar schon in die Management-Phase eingetreten: Freie Marktwirtschaft für den Handel mit dem Tod. Wir werden mit diesen Drogen leben müssen.“

Welche kriminellen Gefahren dieses Konsumentenheer freisetzt, erklärte Hamacher auch: „2000 Kilogramm Heroin benötigen die Süchtigen in Deutschland pro Jahr. Das sind 1,1 Milliarden Mark. Die soziale Untüchtigkeit zwingt die Konsumenten dazu, mindestens eine halbe Milliarde durch Kriminalität aufzubringen.“

Anders als die Drogen-Szene ist die „Suff“-Szene anonym und alltäglich. Sie ist deshalb weniger gefährlich? Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, zur WELT: „Der

Zeit bringt Geld – rund um die Uhr!



Nominalzins 7,75 %
Ausgabekurs 99,80 %
Rendite 7,80 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei

allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Telefon (0611) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Telefon (0611) 597 01 41 angesagt.

BUNDES
OBLIGATIONEN

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Austausch von Zeitungen gefordert

BERND HUMMEL, Eschwege

Dem Bundesbürger zum Frühstück das „Thüringer Tageblatt“ und dem Zeitungsleser in der „DDR“ allmorgendlich etwa die Kasseler „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“. So sollte nach Auffassung des medienpolitischen Sprechers der CDU, Dieter Weirich (Eschwege), künftig die deutsch-deutsche Informationsvielfalt aussehen. Der Abgeordnete kündigte dazu jetzt eine Initiative im Bundestag an.

Was Weirich möchte, ist ein innerdeutscher Zeitungs- und Informationsaustausch, der die Regional- und Lokalzeitungen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze mit einschließt. Derlei Blätter werden von der „DDR“ seit dem Mauerbau nicht mehr in den Westen geliefert, während westdeutsche Regionalzeitungen drüben jederzeit erhältlich sind. Freilich nicht für den Normalbürger – sie bleiben Behörden und Institutionen vorbehalten. Der Abgeordnete: „Es kann auf Dauer nicht dabei bleiben, daß in der DDR nur einem Kreis von Erlesenen die Möglichkeit der freien Information gestattet wird.“

Kommunale Beiträge

So will der Abgeordnete darauf drängen, daß in Verhandlungen mit der „DDR“ entsprechend dem Grundgesetz Verabredungen über einen befriedigenden Zeitungs- und Informationsaustausch getroffen werden. In Artikel 7 Absatz 10 des Grundgesetzes heißt es nämlich: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden im Interesse der beteiligten Menschen Verhandlungen mit dem Ziel führen, den gegenseitigen Bezug von Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehproduktionen zu erweitern.“

Dabei haben die Regional- und Lokalzeitungen der „DDR“ für die Bevölkerung der Grenzgebiete dieses des Sperrzonen eine besondere Bedeutung. Denn im Gegensatz zur übrigen gleichgeschalteten Parteipresse sind in ihnen zahlreiche kommunale und heimatspezifische Beiträge enthalten, an denen die Bevölkerung des Zonenrandgebietes schon interessiert wäre.

Derzeit werden aus der „DDR“ etwa 600 verschiedene Titel – zum überwiegenden Teil Fachzeitschriften – zum Bezug in der Bundesrepublik angeboten. Der Vertrieb erfolgt über den Fachhandel. Das Angebot von drüben liegt sich auf den ersten Blick gut: Angefangen vom „Bauernecho“ über die „BZ am Abend“ und „Der Morgen“ bis hin zu „Neues Deutschland“ – letzteres zum durchschnittlichen monatlichen Abonnementpreis von 40 DM – ist eigentlich alles zu haben, geht jedoch zumeist an den Bedürfnissen der Bundesbürger vorbei. Die nämlich sind kaum an langatmigen Erklärungen im schönsten Parteilicht, sondern vielmehr am Tagesgeschehen interessiert.

Gegen harte Devisen

Dem Zeitungsleser in der „DDR“ sind allerdings nur wenige Blätter aus dem Westen zugänglich. Etwa die kommunistische Hauspostille „Unsere Zeit“, die im Vollabonnement für 10 DM oder bei Lieferung der Wochenendausgabe für 3,35 DM bezogen werden kann. Und wer sich drüben über „Die Wahrheit“ informieren möchte, der muß dafür 7,50 DM im Monat anlegen. Informationsfreiheit à la „DDR“ beschränkt sich auf die Gäste der ostdeutschen Republik. In den Interhotel ist von der „FAZ“ bis zum „Spiegel“ so ziemlich alles zu haben. Gegen harte Devisen, versteht sich.

Beim Umweltschutz von den Bayern lernen

PETER SCHMALZ, Leipzig

„Ich bin überzeugt“, sagt Hans Reichelt, stellvertretender Vorsitzender des „DDR“-Ministerrats und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, „daß wir auf dem Gebiet des Umweltschutzes in gegenseitigem Nutzen und vorteilhaft für beide Seiten zusammenarbeiten können.“ Dann, nachdem die Kameras abgeschaltet und die Journalisten vor die Tür des Ostberliner Schlosses Neuschönhausen gebeten sind, kommt Reichelt mit seinem Gast Alfred Dick, dem bayerischen Umweltminister, rasch zur Sache: Die „DDR“ erhofft sich verteilte Umwelttechnologie aus dem Westen, die sie zur Reduzierung ihrer Luftschadstoffe und zur Beseitigung ihrer über Umwelt-schäden besorgten Bevölkerung dringend benötigt, zu deren Erforschung ihr aber die eigenen Mittel fehlen.

Da kommt der Gast aus Bayern gerade recht. Mit wachsendem Interesse lauscht Reichelt den Erläuterungen Dicks über die geplanten Versuchsanlagen in den bayerischen Kohlekraftwerken Sandreuth und Arzberg, wo mit einem Forschungsaufwand von über 200 Millionen Mark bei Stein- und Braunkohle ein Kombiverfahren zur Entschwefelung und Entstickung der Abgase mit dem Ziel erprobt wird, statt des bisher bei der Entschwefelung anfallenden Gipses den wertvollen Rohstoff Schwefel in flüssiger und für die In-

dustrie verwertbaren Weise herauszufiltern.

Der „DDR“-Minister zeigt Begeisterung. Schwefel, sagt er, muß die „DDR“ importieren, andererseits aber schicken wir ihn tonnenweise in die Luft. Der bayerische Weg erscheint ihm als ein Musterbeispiel, wie Ökologie und Ökonomie Hand in Hand arbeiten können. Und Alfred Dick sagt ihm ohne komplizierende Rücksprache mit Fachreferenten zu, die „DDR“ teilhaben zu lassen an den Ergebnissen der beiden Projekte. „Da müssen wir großzügig sein“, sagt er später zur WELT. „Wenn die ihre Braunkohlekraftwerke entschwefeln, dann profitieren auch wir davon.“ Er meint: Weniger Schmutz aus „DDR“-Schloten reinigt auch die Luft im nördlichen Oberfranken, das in diesen Wochen in den schlimmsten Luftverschmutzungen der DDR mit der schlechtesten Luft zu sein. Zumindest vom Westen aus gesehen. Jenseits der innerdeutschen Grenze ist die Situation noch weit kritischer. Im Braunkohlerevier südlich von Leipzig welkt das Gemüse im Garten, sterben schon Birken und Pappeln. Im Erzgebirge, einem der schönsten deutschen Ausflugsgebiete, werfen Fichten und Tannen die Nadeln ab.

Schuld daran sind der an Braunkohle reiche Boden und die energie-wirtschaftliche Situation der „DDR“. Ihre wichtigste primäre Energiequelle. Mit einer Jahresförderung von

18 Tonnen pro Kopf liegt die „DDR“ an der Weltspitze. Steinkohle, die wesentlich umweltfreundlicher verbrannt ist, in keinen abbaufähigen Mengen mehr vorhanden, Erdöl gibt es kaum, das wenige Erdgas gilt als schwefelreich.

Nun wachsen zudem unter Hammer und Sichel ohnehin nicht viele Bäume, nur 77 Prozent der „DDR“ sind Wald, der aber konzentriert sich genau dort im Süden, wohin die Braunkohle Kraftwerke und Betriebe gelockt hat. Rund die Hälfte der „DDR“-Industrieproduktion ist in

BERICHT AUS MITTELDEUTSCHLAND

den vier Bezirken Halle, Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt geballt.

Die Auswirkungen führt Reichelt erstmals einem westlichen Politiker vor: In schwarzen Taffelmänteln rast der Politikerkonvoi auf gesicherten Straßen hinter den kleinen Ort Berggießhübel in der Sächsischen Schweiz und hinein in den sterbenden Wald. Von 5000 Hektar sind hier 2000 Hektar beschädigt, erläutert Oberlandesforstmeister Wolfgang Behnisch dem Gast aus München – und die journalistischen Kollegen aus Ost-Berlin sind verblüfft: Solche Zahlen haben sie bisher noch aus keinem offiziellen Munde gehört.

Nun sehen auch die „DDR“-Behörden dem Sterben ihres Waldes nicht tatenlos zu. Sie glauben, einen Ausweg gefunden zu haben in dem, was sie „Baumarten-Optimierung“ nennen: Wenn die Luft schon so schlecht ist, daß die herkömmlichen Bäume eingehen, dann müssen eben Arten her, die „rauchgasresistent“ sind. Die Blaulichte, die Lärche und mehr Laubbäume als bisher sind die neuen grünen Hoffnungsträger. „Das ist doch nur eine Krücke“, kritisiert der mitreisende Ministerialdirektor Otto Bauer vom Münchner Landwirtschaftsministerium dieses Aufforstungsprogramm und plädiert dafür, das Baumsterben beim Verursacher, den Schloten, zu bekämpfen. Doch da sieht er sich einer Koalition aus Bayern und „DDR“ gegenüber: Dick und Reichelt sind sich einig, daß mit widerstandsfähigeren Bäumen aufgeforstet werden muß.

Wenige Stunden später, in der Forstwissenschaftlichen Sektion der Universität Dresden im idyllischen Tharandt, der nunmehr 173 Jahre alten Wiege der deutschen Forstwissenschaft, kommen aber angesichts der ausschließlich auf Abklärung der Natur gerichteten Forschung auch dem bayerischen Minister und seinen Beamten Zweifel.

„Es gibt noch viele Fragen, die uns die Wissenschaft beantworten muß“, meint Minister Reichelt. Aber es mangelt in der „DDR“ weniger an For-

schern als an Geld. Ein notwendiges Wohnungsbauprogramm und die Elektrifizierung der sanierungsbedürftigen Bahn schröpfen den Haushalt, teure Entschwefelungsanlagen nach dem neuesten technischen Stand können nur langsam realisiert werden.

Aber indirekt und deutlich erkennbar wirkt Reichelt und die Umwandlung der Bundesrepublik Umweltschutz stabilisiert die friedliche Zusammenarbeit, betont er mehrfach. Die Behörden in Ost-Berlin wollen sich offensichtlich durch den Umweltschutz in den fragilen deutsch-deutschen Beziehungen ein Tor öffnen, das offiziell der fachlichen Kooperation dient, was aber jederzeit geeignet ist, als politisches Bindeglied ausgebaut zu werden.

Das Kanzleramt und das Gesamtdeutsche Ministerium sehen deshalb die Münchner Ost-Aktivitäten mit Interesse und Wohlwollen, daß das für den Umweltschutz zuständige Bundesinnenministerium die Reise des bayerischen Umweltministers mit Reserve beobachtet. Liegt eher im Bereich zwischenmenschlicher Rivalität. Immerhin haben die „DDR“-Behörden dem Zimmermann-Ministerium einen Korb gegeben, als dieses für den April ein deutsch-deutsches Umweltpartnerschaftsforum in Bayreuth vorgeschlagen hatte. Man wolle zunächst den Besuch von Dick abwarten.

Nach Besuch der Vertretung Bonns verhaftet

AP, Berlin

In West-Berlin sind gestern zwei Verhaftungen in der „DDR“ und Ost-Berlin bekannt geworden. In einem Fall handelt es sich um den pazifistischen Liedermacher und Arzt Karl Heinz Bombert, im anderen um den 19-jährigen Koch Dirk Stoltenfeld, der offenbar unmittelbar nach einem Besuch der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin festgenommen worden war. Wie die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ mitteilte, hatte der an der Ostberliner Charte beschäftigte Koch erstmals im Oktober 1983 einen Ausreiseantrag gestellt. Bei einem Urlaub in Prag habe er die Beschaft der Bundesrepublik ausgesucht und dort seinen Ausreisewunsch vorgetragen. Beim Verlassen des Gebäudes sei er kontrolliert und fotografiert worden. Berühmte die Arbeitsgemeinschaft. Zurück in der „DDR“ habe er dann erneut einen Antrag gestellt. Die „DDR“-Behörden hätten darauf Mitte April mit einem Einberufungsbescheid zum Militärdienst reagiert und ihn vor die Wahl gestellt, seinen Dienst anzutreten oder in Haft zu gehen. Der 19-jährige sei dann in der Ständigen Vertretung vorstellig geworden und nach Verlassen des Gebäudes vom Sicherheitsdienst verhaftet worden.

SPD favorisiert „Privatgutlösung“

AP, Bonn

Die SPD will den geltenden „Hausbauer-Paragraphen“ 7b des Einkommensteuergesetzes abschaffen. Gleichzeitig soll die staatliche Förderung so umgestellt werden, daß Bauherren mit kleinem Einkommen und mit mehreren Kindern besser als bisher gestellt werden. Einen entsprechenden Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion legten die Abgeordneten Günter Huonker und Otto Reschke gestern in Bonn vor. Ähnlich wie die Parteien der Regierungskoalition setzt sich die SPD dafür ein, die sogenannte „Privatgutlösung“ beim selbstgenutzten Wohnraum einzuführen. Danach wird die eigene Wohnung und das eigene Haus vom Finanzamt weder positiv noch negativ in Rechnung gestellt. Im Gegensatz zu den bisher bekannt gewordenen Vorstellungen der CDU/CSU und FDP wollen die Sozialdemokraten jedoch das bisherige Modell durch eine Förderung ersetzen, die generell vom Einkommen unabhängig ist.

Grüne nominieren Luise Rinser

AP, Bonn

Die Grünen haben die 73-jährige Schriftstellerin Luise Rinser als Gegenkandidatin des CDU-Politikers Richard von Weizsäcker für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt. Nach einem gestern in Bonn veröffentlichten Beschluß des Fraktions- und Bundesvorstands der Grünen ist die in Italien lebende mehrfache Literaturpreisträgerin, die im November vergangenen Jahres dem Landesverband Nordrhein-Westfalen der Grünen beigetreten ist, damit einzige Gegenkandidatin Weizäckers bei der Präsidentenwahl durch die Bundesversammlung am 23. Mai.

Die WELT (Ausg. 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 345.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

FDP-Spitze: Genscher soll Parteichef bleiben

„Bayernkurier“ sieht Bruch von Treu und Glauben

STEFAN HEYDECK, Bonn

Trotz des deutlichen Unmuts innerhalb der Freien Demokraten über das Verhalten des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher in der Frage eines Amnestiegesetzes für Steuer-sünder bei Parteispendingen herrscht bei den FDP-Landesvorsitzenden die einmütige Meinung vor, daß Genscher die Partei weiter führen soll. Das zeichnete sich gestern vor einer gemeinsamen Bundestags- und Bundestagsfraktion in Bonn ab. Dabei herrschte die Auffassung vor, daß die FDP-Führung alles unternehmen müsse, um den Parteitag Anfang Juni in Münster erfolgreich überstehen zu können und ein Bild der Geschlossenheit zu bieten. Dahinter steht eine gewisse Sorge darüber, daß die 400 Delegierten Genscher besonders wegen der Amnestiefraage, aber auch wegen des von ihm Anfang des Jahres als Generalsekretär vorgeschlagenen Karl-Friedrich Brodeur einen „Denkzettel“ verpassen könnten.

So gibt es in FDP-Kreisen, die allerdings noch in einer Minderheit sind, bereits Überlegungen, Genscher abzulösen. In vertraulichen Gesprächen, unter anderem zwischen nordrhein-westfälischen Liberalen, wurde dabei nach WELT-Informationen der ehemalige Generalsekretär und jetzige Vorsitzende der Liberalen-Fraktion im Europaparlament (ELF), Martin Bangemann, als denkbarer Genscher-Nachfolger genannt. An einer dieser Unterredungen hatte vor wenigen Tagen auch der stellvertretende FDP-Chef Gerhart Rudolf Baum teilgenommen, der sich öffentlich jedoch wiederholt für eine Wiederwahl Genschers ausgesprochen hatte. Daneben war auf einer außerordentlichen Sitzung des Kreisverbandes Rhein-Sieg, der einer der mitgliederstärksten ist, am Dienstag nur

mit Mühe ein Antrag auf Ablösung von Genscher verhindert worden.

Kritiker des FDP-Chefs werfen ihm vor allem drei politische „Fehler“ vor: Sein Vorgehen, wie er den Hans Engelhardt geleitete Bundesjustizministerium auf Distanz zu dem Vorhaben zu gehen. Wie ein Sprecher des Hauses gegenüber der WELT klarstellte, hätten die Hausjuristen aus den beiden zuständigen Fachabteilungen für Verfassungs- und für Strafrecht keine regelrechte „Rechtsformlichkeits-Prüfung“ des vorgelegten Gesetzesentwurfs der Koalitionsfraktionen vorgenommen.

Hinzu kommt außerdem ein in der Partei verbreiteter Unwille über Genschers Vorschlag für die Neubesetzung des Amtes des Generalsekretärs, den er nach eigener Ankündigung noch einmal insgesamt überdenken wollte. Auch dieses Thema spielte auf der gestrigen bis in die Nacht dauernden Sitzung eine nicht unerhebliche Rolle. Dabei war bis zum Beginn der Konferenz unklar, welche Position der FDP-Chef beziehen würde.

Der „Bayernkurier“ sieht in dem Verhalten der FDP zum geplanten Amnestiegesetz einen „großen und einmaligen Bruch von Treu und Glauben in der Koalition“. Die scharfen Angriffe des CSU-Parteiorgans gegen den Bonner Koalitionspartner gipfeln in der Feststellung: „Ohne Frage stellt Genschers Wortbruch und der Unfall der FDP die bisher schwerste Panne der Bonner Koalition dar.“ Und weiter heißt es: „Bundeskanzler Helmut Kohl kann hierzu nicht schweigen. Er muß, im Interesse seiner eigenen und im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, einen Ausweg zeigen.“ Der bayrische FDP-Chef Manfred Brunner richtete scharfe Angriffe gegen den Bonner FDP-Justizminister Engelhardt: „Ich wäre davon ausgegangen, daß ein liberaler Justizminister von vornherein sein Veto einlegt.“

Keine Identifikation des Ministeriums

Erhebliches Unbehagen gegenüber den Amnestieplänen im Hause Engelhardt

PETER PHILIPPS, Bonn

Nach dem von den Landesverbänden eingelegten Meinungs-schwung innerhalb der FDP gegen ein Amnestie-Gesetz scheint jetzt auch das von dem Freidemokraten Hans Engelhardt geleitete Bundesjustizministerium auf Distanz zu dem Vorhaben zu gehen. Wie ein Sprecher des Hauses gegenüber der WELT klarstellte, hätten die Hausjuristen aus den beiden zuständigen Fachabteilungen für Verfassungs- und für Strafrecht keine regelrechte „Rechtsformlichkeits-Prüfung“ des vorgelegten Gesetzesentwurfs der Koalitionsfraktionen vorgenommen.

Der Sprecher begründete dies mit dem Hinweis, daß es sich hier um „keinen Regierungsentwurf“, sondern um eine „Initiative aus dem Parlament“ gehandelt habe. Das Justizministerium sei „formal unterhalb der Rechtsformlichkeits-Prüfung“ nur „wie üblich konsultativ gefragt“ worden, genauso wie das Bundesinnen- und das Bundesfinanzministerium. Die „Hausleitung“ habe zwar davon gewußt, aber es gebe keine „Identifikation des Ministeriums“ mit dem Gesetzesentwurf. Im übrigen hätte die „Föderführung“ vermutlich auch das Finanzministerium übernehmen müssen.

Der Ministeriums-Sprecher betonte aber gegenüber der WELT, daß er weiterhin das Amnestievorhaben, das sich „nur auf Steuerrechtliches bezieht“, für „verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden“ halte. Denn es seien die Voraussetzungen erfüllt, daß es wegen des Grundsatzes der Gleichheit „eine Vielzahl von Fällen“ geben müsse und die Maßnahme „nicht willkürlich“ sein dürfe. Da dies so sei, habe der Gesetzgeber „Handlungsspielraum“.

Bei den Spitzenbeamten des Bundesjustizministeriums hat es nach Informationen der WELT jedoch von

Anfang an erhebliches Unbehagen gegenüber den Amnestie-Plänen für Steuersünder im Zusammenhang mit den Parteispendingen gegeben. Es soll deshalb keine der üblichen, auch von den Abteilungsleitern abgezeichneten Gutachten der Fachabteilungen zu diesem Komplex geben, sondern nur einen Vermerk über eine Besprechung darüber. Selbst dieser sei, so ist aus dem Hause Engelhardt zu hören, aber nicht von den Abteilungsleitern mit ihrer Paraphase abgezeichnet worden. Auf Befragen der WELT war der Sprecher des Justizministeriums nicht bereit, dazu Stellung zu nehmen.

Die Zurückhaltung der Spitzenbeamten erklärt sich auch daraus, daß die Fachabteilungen im Dezember 1981 in ihren Vermerken für die Leitung des Hauses die damaligen Amnestie-Pläne der sozialliberalen Koalition rundweg als nicht mit der Verfassung und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vereinbar erklärt hatten. Karlsruhe, so hieß es damals, habe „mit zunehmender Klarheit“ die zulässigen Grenzen für die Parteienfinanzierung gezogen und sein einziges ausführliches Amnestie-Urteil (zum sogenannten „Platow-Fall“) aus den fünfziger Jahren gebe nichts für eine „Vergleichbarkeit“ her.

Damals war es um die Mitarbeit von Beamten am Wirtschafts-Bran-chendienst „Platow-Brief“ gegangen. Die Verfassungsrichter hatten die Amnestie für zulässig erklärt, weil unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und Anfang der fünfziger Jahre in der jungen Republik das Verhältnis der Verwaltung zu einer freien Presse noch nicht entwickelt und Rechtsunsicherheiten deshalb zu be-jagen gewesen seien.

Da im Amnestie-Vorhaben von 1981 auch Elemente wie „tätige Reue“ und nachträgliche Straffrei-

heit bei Füllen von Betrug und Untreue im Zusammenhang mit Parteispendingen vorgesehen waren und sich auch die Rechtslage bei der Parteienfinanzierung zum Teil geändert hat, ist das Gutachten aus dem Jahre 1981 nur bedingt in Zusammenhang mit dem jetzigen Amnestie-Entwurf zu bringen. Noch vor den ihn bestätigenden Voten der Fachabteilungen hatte vor allem der damalige Bundesjustizminister Jürgen Schmude in der SPD-Fraktionsvorstands-Sitzung vom 18. Dezember entscheidend zur Ablehnung des Vorhabens beigetragen. Dennoch ist vieles aus den grundsätzlichen Erwägungen der Ministeriums-Juristen von vor zweieinhalb Jahren interessant auch im Zusammenhang mit der heutigen Situation.

Mit viel Verständnis hatten die Beamten einleitend konstatiert, daß der Parteienfinanzierung „enge Grenzen“ durch den Gesetzgeber gezogen seien und dies „verständlicherweise in der Praxis als unbefriedigend“ angesehen werde. Die Verantwortlichen in den politischen Parteien hätten sich deshalb auf Grund ihrer finanziellen Nöte gezwungen gesehen, „nach Auswegen zu suchen, um die bestehenden Vorschriften zu umgehen“. Aber, so heißt es weiter, dies sei „nicht aus Rechtsverwirrung geschehen“, sondern es handle sich hier „im Gegenteil um vorsätzliches und planmäßiges Zuwiderhandeln“. Ein „unzureichendes Rechtsbewußtsein“ wurde deshalb in beiden Fach-Voten, so wohl von der Abteilung für Verfassungs- als auch in der für Strafrecht, „mit großer Schärfe verneint“.

Am empfindlichsten hatten die Beamten damals im übrigen auf den vorgesehenen Komplex der „tätigen Reue“ reagiert. Sie bezeichneten ihn in ihren Vermerken als „Trick“, da schließlich alle in Frage kommenden Personen bereits geschonnt seien.

<p>Peter F. Drucker</p> <p>Weltwirtschaftswende</p> <p>Tendenzen für die Zukunft</p>	<p>Sir Walter Salomon</p> <p>Ernte Warnung</p> <p>Die Krise der Weltwirtschaft</p>	<p>Günter Schmolders</p> <p>Verhaltensforschung im WIRTSCHAFTSLEBEN</p> <p>Theorie und Wirklichkeit</p>	<h2>Neue Bücher</h2> <ul style="list-style-type: none"> Drucker, Weltwirtschaftswende DM 34,- Salomon, Ernte Warnung DM 29,80 Schmolders, Verhaltensforschung im Wirtschaftsleben DM 26,- Ruda, Der gefesselte Mensch DM 39,80 Mohler, Die 100 Gesetze überzeugender Rhetorik DM 34,- Müller, Saubere Luft DM 19,80 Torberg, Auch das war Wien DM 34,- Thiemann, Stell dich mit den Schergen gut DM 32,- Reitzner, Das Paradies läßt auf sich warten DM 34,- Sinz, Gudrun DM 44,- Schaeffer, Die teuflischen Paare DM 32,- Michael S. Voslensky, Nomenklatura DM 38,- <p>Bestellschein an: Verlagsbuchhandlung Jos. C. Huber KG, Johannisstr. 13, 8918 Diefen am Ammersee Ich erbitte Zusendung der angekreuzten Bücher auf Rechnung. Anschrift des Bestellers:</p> <p>Datum _____ Unterschrift _____</p>		<p>Friedrich Torberg</p> <p>Auch das war Wien</p>	<p>Ellen Thiemann</p> <p>Stell dich mit den Schergen gut</p>	<p>Almar Reitzner</p> <p>Wien</p>
<p>Claus Ruda</p> <p>DER GEFESSELTE MENSCH</p> <p>Neurose und Gesellschaft</p>	<p>Alfred Mohler</p> <p>100 Gesetze</p>	<p>Günter Müller</p> <p>Saubere Luft</p> <p>Rettung für Wald und Mensch</p>			<p>Erin Sinz</p> <p>Gudrun kam vom Schwarzen Meer</p> <p>Die Entzweiung einer Sage</p>	<p>Schaeffer, Die teuflischen Paare</p>	<p>Michael S. Voslensky</p> <p>NOMENKLATURA</p> <p>Die herrschende Klasse der Sowjetunion</p>

London: Streik der Bergarbeiter weiter verschärft

with, London

Die Fronten im britischen Bergarbeiterstreik, der seit zehn Wochen andauert, haben sich in den letzten 24 Stunden drastisch verschärft. Nach schweren Zusammenstößen mit der Polizei wurden 54 Bergarbeiter nach dem bisher selten angewandten „Aufnahgesetz“ vor Gericht gebracht.

Das Gesetz erlaubt Geld- und Haftstrafen in unbegrenzter Höhe. Bisher wurden in diesem Streik Bergleute nur wegen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung festgenommen, die ein Haftlimit von sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 1000 Pfund vorsehen.

Der Polizeichef von Nottinghamshire hielt diese Strafmassnahmen nicht mehr für ausreichend und drang deshalb auf Anwendung des „Aufnahgesetzes“. Nottinghamshire ist seit Streikbeginn das Zentrum einer Reihe schwerer Zusammenstöße zwischen streikenden Bergarbeitern und der Polizei.

Seit Beginn des Streiks befinden sich insgesamt 5000 britische Polizeibeamte aus allen Teilen des Landes im Sonderdienst. Ihre Hauptaufgabe ist, jenen 42 000 Bergleuten, die sich bisher geweigert haben, dem Streik auf der Gewerkschaft zu folgen, den Weg zu den Zechen freizuhalten und sie vor Angriffen ihrer streikenden Kollegen zu schützen.

Der Polizeichef von Nottinghamshire zeigte sich erstaunt über den Mut der arbeitenden Bergarbeiter, die seit zehn Wochen der Bedrohung und Beschimpfung durch ihre streikenden Kollegen ausgesetzt seien. Er berichtete, daß einige streikende Bergarbeiter begonnen hätten, die Wohnung vor arbeitenden Kollegen zu belagern und zu beschädigen. Dies habe bedeutet, daß esinnige Kumpel nicht mehr wagen, zu Nachschicht anzutreten, weil sie ihre Familien nicht allein und ungeschützt zu Hause lassen wollten.

Insgesamt sind seit dem Streikbeginn über 2000 demonstrierenden Bergarbeiter wegen Unbestimmung oder Angriffen gegen die Polizei festgenommen worden. Die Kosten des gesamten Polizeieinsatzes werden bisher auf 30 Millionen Pfund - dies sind etwa 115 Millionen Mark - geschätzt.

Seit einigen Tagen nehmen auch zahlreiche Frauen streikender Bergarbeiter an den Demonstrationen teil. 14 von ihnen wurden inzwischen unter dem Vorwurf des Widerstands gegen die Polizei festgenommen. Unter ihnen ist auch die Frau des Präsidenten der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill.

Teheran geht zum Angriff über

DW, Bahrain

Im Golfkrieg ist nach Ansicht amerikanischer Experten in Kürze mit einem neuen iranischen Angriff an allen Fronten zu rechnen. In einem gestern von dem privaten US-Forschungsinstitut Cambridge Energy Research Associates in Washington veröffentlichten Bericht schreiben der Militärfachmann Thomas McNaugher und sein Kollege William Quandt, von Ende dieses Jahres an werde Irak in der Lage sein, seine Ölanschlüsse über die Türkei durch eine neue Pipeline wesentlich zu erhöhen. Wenn dann noch bis 1986 die neue Pipeline durch Jordanien fertig sei, werde die Hoffnung Irans endgültig zunichte sein, Irak durch das Abschneiden der Ölanschlüsse wirtschaftlich erdrosseln zu können.

Deshalb rechneten sie noch in diesem Jahr mit einer neuen Großoffensive Irans, das Versuchen müsse, das Regime von Staatspräsident Saddam Hussein so rasch wie möglich in die Knie zu zwingen.

Weiter kommen die beiden Experten zu dem Schluß, daß die Chance Irans, einen solchen Angriff abzuwehren, mehr als 50 Prozent betrage. Der Regierung in Bagdad sei es gelungen, durch verstärkte Waffenlieferungen besonders aus der Sowjetunion und Frankreich seinen Vorsprung in der Bewaffnung gegenüber dem Gegner auszubauen.

Dennoch warnen McNaugher und Quandt in ihrem Bericht vor einem Erfolg Irans, der die Macht des islamischen Regimes von Ayatollah Ruhollah Khomeini weiter stärken und Iran zur Vormacht am Persischen Golf machen würde. Zwar würde das Öl auch dann weiter in die westlichen Industrieländer fließen, aber Iran würde Saudi-Arabien verdrängen und eine „Koalition“ unter Leitung Teheran würde über Produktion, Preise und Investitionen bestimmen.

Der saudiarabische Supertanker „Yahbu Pride“ ist nach Angaben aus Schiffsverkehrsreisen am Mittwoch innerhalb der Grenzen des saudiarabischen Ölhafens Ras Tanura von einem Flugzeug unbekannter Nationalität in Brand geschossen worden. Der 212 000 Bruttoregistertonnen große Tanker habe SOS gesendet. Schlepper aus Bahrain waren nach Ras Tanura unterwegs, wo der größte Teil der saudiarabischen Ölexporte verladen wird.

Bereitet Castro eine Endoffensive vor?

Anzeichen für stürmische Entwicklung in Mittelamerika

WERNER THOMAS, Miami

Präsident Reagan zitierte während seiner Mittelamerika-Rede in der vergangenen Woche einen Rivalen, den er sonst selten zu Wort kommen läßt. Fidel Castro habe nach seinem revolutionären Triumph vor 25 Jahren gesagt, jetzt werde ein längerer und größerer Kampf beginnen - der Kampf um den amerikanischen Kontinent. Castro laut Reagan: „Dies ist meine eigentliche Aufgabe.“

Da der Kubaner schon immer in der Weltpolitik mitmischen wollte, kollidierte er oft mit der westlichen Supermacht in der Nachbarschaft. Der Raketenkrisen 1962 folgten die ersten Versuche, mittel- und südamerikanischen Guerilla-Gruppen zur Machtübernahme zu verhelfen. Als diese Bemühungen scheiterten, schickte Castro Mitte der sechziger Jahre Truppen nach Afrika, ein Engagement, das noch anhielt. Nach wie vor sind 25 000 bis 30 000 kubanische Soldaten in Angola stationiert. Nun konzentriert sich der marxistische Revolutionär wieder auf die nähere Umgebung.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht Ende dieses Jahres die bisher gefährlichste Konfrontation zwischen den USA und Kuba in Mittelamerika bevor. Der Herbst dürfte heiß werden. Die salvadorianischen Rebellen wollen noch vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Anfang November eine militärische Entscheidung erzwingen, sie bereiten eine „Endoffensive“ vor. Nicht nur Präsident Reagan, Sicherheitsberater Robert McFarlane, auch Vertreter der Guerrillabewegung in Mexico City beschäftigen sich mit dieser Thematik.

McFarlane erklärte am vergangenen Sonntag bei einem raren Fernsehauftritt, die Kubaner würden diesmal die Partisanenaktionen planen und koordinieren. Wenn das stimmt, fühlen sich diplomatische Beobachter in der mittelamerikanischen Region bestätigt, die vermuten, daß Fidel Castro alles tun will, um Reagans Wiederwahl zu verhindern. Er hat in dieser Frage offenbar die Rückenbedeckung der Sowjets.

Castro konnte den Rückschlag im Oktober vergangenen Jahres auf der karibischen Insel Grenada nicht verwinden. Damals beendeten amerikanische Marineinfanteristen das in ein blutiges Chaos getriebene marxistische Experiment und nahmen fast 800 Kubaner fest. 24 wurden bei Kämpfen getötet. Damals schwor er Rache: „Das werden sie (die Amerikaner) büßen.“

Aufgrund der Grenada-Erfahrungen verstärkten die Kubaner ihr Engagement im sandinistischen Nicaragua, jenem Land, das ihnen am nächsten steht auf dem amerikanischen Kontinent. Anfang dieses Jahres waren nach Schätzungen amerikanischer Geheimdienstkreise noch zwischen 7000 und 8000 Kubaner in Nicaragua. Ein Drittel sollen Militärbereiter sein, etwa 3000 Mann, die nicht nur bei der Ausbildung helfen, sondern auch bei den Kämpfen gegen die konterrevolutionären Brigaden („Contras“) im Einsatz sind. Heute befinden sich nach den Worten Reagans 10 000 Kubaner in Nicaragua.

Castros erfolgreicher Angola- und Äthiopien-Strategie, der General Arnaldo Ochoa Sanchez, kommandiert nicaraguanische Truppenverbände. In Managua kursiert das Gerücht, daß insgesamt acht kubanische Generale Befehle geben. Ein Reporter der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press ist im März Kubanern an der Nordfront (Grenzgebiet Honduras) begegnet. Die Kubaner, die Uniformen der sandinistischen Volksarmee tragen, erhalten nun auch nicaraguanische Pässe. Auf diese Weise wird es freilich bald keine ausländischen Militärbereiter mehr geben, deren Abzug die um eine friedliche Lösung des Mittelamerika-Konfliktes bemühte Contadora-Gruppe fordert.

In einem im März veröffentlichten Bericht des Pentagon über die „sozialistische Militärmacht“ wurden massive Waffenlieferungen der Sowjets im vergangenen Jahr an Kuba registriert: 50 000 Tonnen Material. In den Jahren zuvor betrugen die Lieferungen durchschnittlich 34 000 Tonnen. Sicherheitsberater McFarlane berichtete, Kuba diene oft als Umschlagplatz für Waffen an Nicaragua. Nicaragua, mittlerweile die größte Militärmacht Mittelamerikas (2,8 Millionen Einwohner, 120 000 Soldaten und Milizen), versorge wiederum die salvadorianischen Rebellen mit Nachschub. Reagan nannte das sandinistische Nicaragua „Kubas Kuba“. Die Nicaraguaner spielten die Stellvertreter-Rolle für die Kubaner, wie diese bisher für die Sowjets.

Die kubanische Botschaft in Managua befindet sich in Las Colinas, einem abgesperrten, scharf kontrollierten Bezirk. Hier steht auch die sowjetische Mission und hier wohnen einflußreiche Kommandanten, so Tomas Borge, der Innenminister, zu dessen Ressort der von Kubanern aufgebaute Staatssicherheitsdienst gehört. In der Nähe Managuas unterhalten die salvadorianischen Rebellen ihre Kommandozone und am Xiloa-See vor den Toren der Hauptstadt ein Ausbildungslager. Diplomatische Beobachter glauben, daß Kubaner die Ausbildungsarbeit leisten.

Das bisher so renitente Abgeordnetenhaus genehmigte Präsident Reagan Ende letzte Woche nach seiner alarmierenden Fernsehansprache zum erstenmal eine bedingungslose Militärlieferung für El Salvador. Sicherheitsberater McFarlane signalisierte die Entsendung von US-Truppen, als er gefragt wurde, wie Washington wohl auf eine Niederlage der salvadorianischen Streitkräfte reagieren würde: „Die Vereinigten Staaten werden immer ihre Interessen verteidigen.“ (SAD)

Jetzt deutet Marcos baldige Reformen an

Oppositionelle drohen mit Kampf auf der Straße

CHRISTEL PILZ, Manila

Die philippinischen Parlamentswahlen haben jedermann überrascht. Am meisten Präsident Marcos und seine ehrgeizige Politikerin Imelda, die Gouverneurin von Metromania und Ministerin für sozialen Wohnungsbau ist. Beide hatten einen überwältigenden Wahlsieg für die von ihnen geschaffene Regierungspartei „neue Gesellschaft“ (KBL) prophezeit und dabei höchstens dreißig der 183 Parlamentssitze für die Kandidaten der Opposition eingeräumt.

Frau Imelda glaubte gar, daß alle 21 auf Metromania entfallenden Mandate an die KBL gehen würden. Sie selbst hatte in diesen Wahlen auf eine Kandidatur verzichtet, eine Entscheidung, die sich jetzt als Glücksfall erweist. Frau Imelda hätte wahrscheinlich ebenso verloren wie die meisten der von ihr ausgesuchten KBL-Kandidaten. Die Wahlschiffen nämlich stimmte anders als das Präsidentenpaar es erwartet hat.

In Metromania siegten 15 Anwärter der Oppositionskoalition UNIDO. Die meisten Stimmen erhielt die Ex-Senatorin und Vorsitzende der liberalen Partei, Eva Estrada Kalaw, eine Frau, der man all das nachsagt, was Imelda Marcos offenbar nicht hat: Charme, politische Klugheit, Führerqualitäten und persönliche Bescheidenheit. Eine Frau, die wahrhaftig die Sympathien der Massen, der Armen und der Reichen hat.

Landesweit steht das offizielle Wahlergebnis noch aus. Niemand weiß, wann es verkündet wird. Der bisherige Stand nach Auskunft der offiziellen Wahlkommission: 81 Sitze für die KBL, 73 für die verschiedenen Oppositionsparteien und 14 für unabhängige Kandidaten. Mit wachsender Unruhe verfolgt die Bevölkerung in Manila und den Provinzen den weiteren Auszählungsverlauf. Hunderte von Wahlurnen in entlegenen Gegenden sind offenbar gestohlen worden, Auszählungsformulare wurden zur Unkenntlichkeit mit Tinte bespritzt, Wahlzettel auf Abfallhaufen gefunden. Hinweise auf Wahlfälschungen aus den Provinzen wie in Manila häufen sich.

Über sechzig Prozent der Wählerschaft hat gegen die KBL gestimmt, meint der UNIDO-Wahlkampfmanager, Ernie Maceda. „Wir wissen, daß die Wahlauszählung gefälscht wird, aber wir können nicht mehr tun, als diese Fälschungen so schwierig wie möglich zu machen. Hunderttausende von Freiwilligen wachen seit dem Wahltag Tag und Nacht über den Auszählungsprozeß. In Manila ziehen Demonstranten durch die Straßen, als Warnung an die Marcos-Administration das Volk nicht zu betrügen. Bürgergruppen beraten, welche Aktionen sie unternehmen werden, wenn das offizielle Wahlergebnis nicht akzeptierbar ist.“

Selbst wenn uns die Regierungsstrategen nur 50 Sitze zugestehen, werden wir mitspielen“, sagt Maceda. Sollten sie das Wahlergebnis jedoch auf unter 50 Sitze drücken, werden wir uns weigern, ins Parlament einzuziehen.“

Präsident Marcos hat einen ersten Hinweis gegeben. Nach seinen Informationen, so sagte er, habe die KBL 45 Sitze errungen. Die Opposition und ihre vorwiegend jugendliche Anhänger schaffte interpretiert diese Erklärung als Alarmsignal. „Wir haben uns vor den Wahlen nicht einschüchtern lassen“, sagt ein Arbeiterführer, „wir werden uns auch jetzt nicht einschüchtern lassen. Wenn Marcos uns dazu zwingt, werden wir auf die Straßen gehen, notfalls mit Waffen.“

In politischen Kreisen Manilas aber überwiegt die Ansicht, Marcos werde das Volkstum sorgfältig analysieren, über die Hälfte seines Kabinetts auswechseln und eine Politik der Reform beginnen. Selbst Marcos-Mitarbeiter geben zu, daß das Volk einen Ruf nach Wandel widergebe. Eines scheint jedenfalls festzustehen: diese Wahlen haben die Philippinen einen großen Schritt nach vorn in Richtung zur Demokratie gebracht.

Streit der Eidgenossen um Leopard 2

Von WALTER H. RUEB

Panzer machen in der Schweiz wieder einmal Schlagzeilen: war es Ende der 70er Jahre der skandalumwitterte Mangel-Panzer 68, so ist es diesmal der nach einhelligem Urteil von Fachleuten beste Panzer der Welt, nämlich der deutsche Leopard 2. Im Gegensatz zum Panzer-Skandal der Vergangenheit geht es diesmal jedoch nicht um mangelnde Qualität, sondern um zu hohe Preise.

Die Kritik richtet sich nicht etwa gegen die Hersteller des Leopard 2, die Münchner Firma und Flick-Tochter Krauss-Maffei, sondern gegen die Schweizer Regierung und die Rüstungsindustrie des Landes. Der Regierung wird vorgeworfen, für die Beschaffung des deutschen Kampfpanzers in der Form eines Lizenzbaus im eigenen Land die teuerste und ungünstigste Variante gewählt zu haben. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) und die Christlich-Demokratische Volkspartei (CVP) verlangen, das mit wenigstens fünf Milliarden Franken bisher größte eidgenössische Rüstungsvorhaben genau unter die Lupe zu nehmen. Immerhin seien die Beschaffungskosten in schweizerischer Lizenzfabrikation annähernd zwei Milliarden Franken höher...

Schweres Geschütz fuhr auch die bürgerliche Schweizerische Volkspartei (SVP) auf. Sie spielte der größten Zeitung des Landes den Brief der vier SVP-Vertreter in den Wehrausschüssen von Nationalrat (Parlament) und Ständerat (Kleine Kammern) zu, in welchem die Abgeordneten den erst seit Dezember 1983 amtierenden Verteidigungsminister Jean-Paul Delamuraz just am Ende der üblichen 100tägigen Schonzeit neuer Minister aufforderten, die Kosten des Panzergeschäfts durch ein unabhängiges Unternehmen über-

prüfen zu lassen, um zu hohe Gewinnspannen der eidgenössischen Industrie zu verhindern.

Das Geschrei um das Panzergeschäft ist einigermaßen überraschend, hatten doch die Volksvertreter im vergangenen Jahr einem Lizenzbau mit großer Mehrheit zugestimmt, obwohl schon damals von allen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß ein Lizenzbau die Anschaffung der 420 gewünschten Panzer wesentlich verteuert. Sogar entsprechende Zahlen wurden seinerzeit genannt: 600 Millionen Franken.

Kritik wurde nur an der langsamen Kadenz der Panzerbeschaffung geübt. Nach dem Parlamentsbescheid ist nämlich vorgesehen, in diesem Jahr eine erste Serie von 210 Panzern zu bestellen. Dafür beantragte die Regierung in Bern - der sowohl Sozialdemokraten wie auch Christdemokraten angehören - im Februar 1984 einen Kredit von 2,4 Milliarden Franken. Um die Truppe unverzüglich mit ersten Leopard 2 für Ausbildung und Übung auszustatten, ist geplant, 35 Kampfpanzer direkt beim Hersteller zu kaufen, die übrigen 175 der ersten Serie sowie auch die zweiten 210 Kampfpanzer unter Federführung des Generalunternehmers Contraves AG in Zürich in Serien von je 35 pro Jahr herzustellen.

Führende Schweizer Sozialdemokraten errechneten, daß der Leopard 2 in der von der Schweizer Regierung gewählten Lizenzfabrikation auf 6,6 Millionen Franken pro Stück kommt. Demgegenüber bezahle die Bundeswehr für ihre 1800 Leos nur einen Stückpreis von 3,8 Millionen... Ferner wurde darauf verwiesen, daß sämtliche für die Schweizer Armee bestimmten 420 Leopard 2 nach dem Auslaufen der Produktion

für die Bundeswehr und die Niederlande im April 1987 innerhalb eines Jahres in der Bundesrepublik fabriziert werden könnten. Dadurch ließe sich ein Stückpreis in der Größenordnung von vier Millionen Franken aushandeln. Von dem Argument der Arbeitsplatzsicherung in der Schweiz werde man sich in diesem Zusammenhang nicht ständig erpressen lassen, fügten die Sozialdemokraten hinzu.

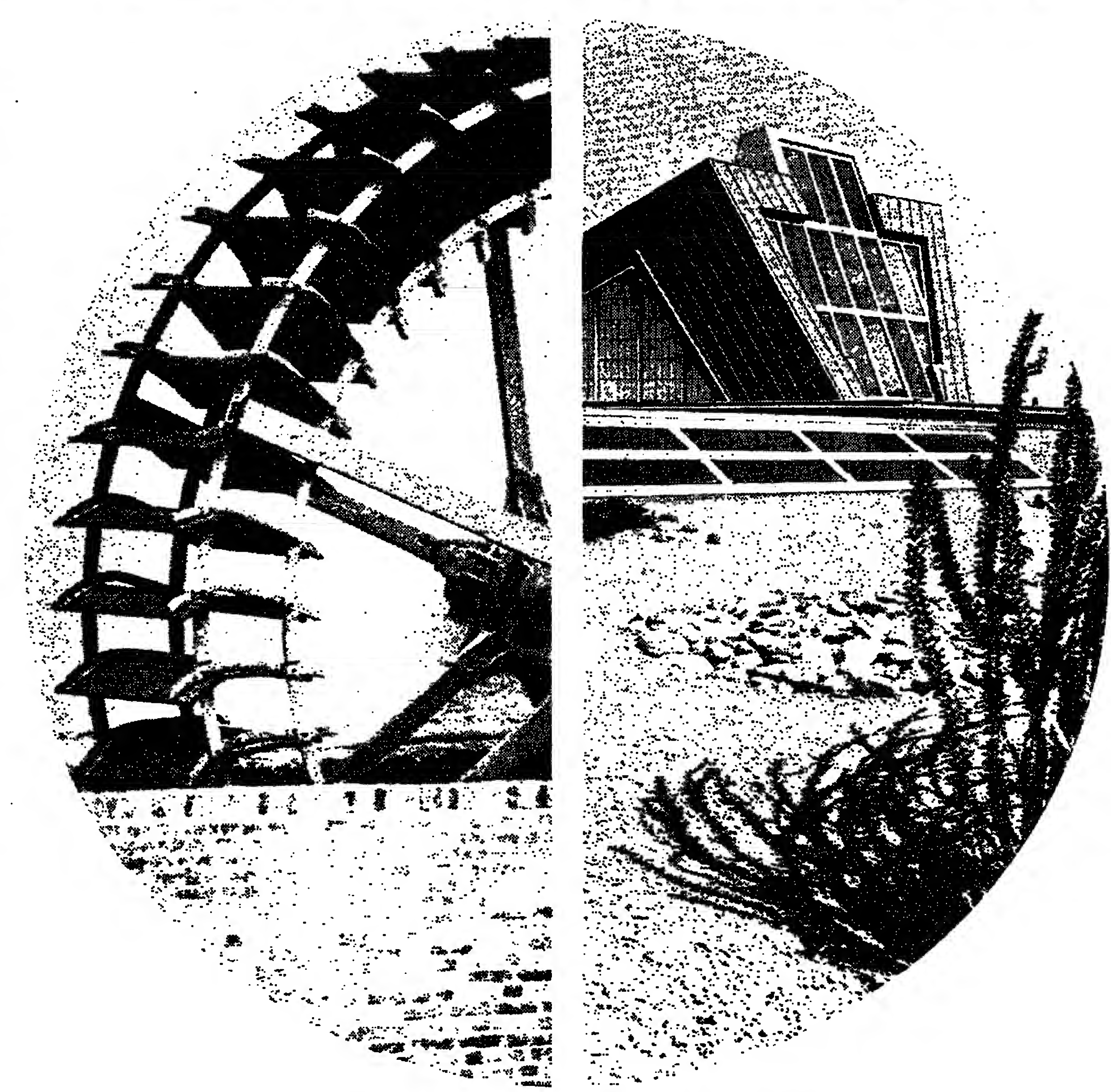
Diese Bemerkung erregte angesichts der auch in der Schweiz spürbaren wirtschaftlichen Flaute gerade in der Maschinenindustrie Aufsehen und Unwillen. Die Gegner der „politisch beinahe unzeitigen Allianz“, wie eine Wochenzeitung das Zusammengehen von SPS, CVP und SVP bezeichnete, hatten auch bald ausgemacht, um was es Sozialdemokraten und bürgerlichen Kritikern des Rüstungsgeschäfts geht: Um politischen Bodengewinn nach schlechten Abstimmungen bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1983 bei allen drei Parteien, um Ablenkung von innerparteilichen Schwierigkeiten und drohender Spaltung bei den Sozialdemokraten.

„Die Sozialdemokraten haben mit großem Eifer in Bonn recherchiert und sich nach den Preisen der 1800 beziehungsweise 445 Leos erkundigt, die der Bundeswehr und dem holländischen Heer verkauft wurden. Um die Situation in der Schweizer Industrie und die wirtschaftliche Zukunft ihrer eigenen Wähler angesichts der Unsicherheit der Arbeitsplätze aber kümmern sie sich nicht“, sagte ein Vorstandsmitglied des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM). „Immerhin sichert der Lizenzbau Tausenden von Arbeitern während 15 Jahren den Arbeitsplatz.“

Die Attacken von SPS, CVP und SVP blieben nicht unbeantwortet. Die mit der Projektleitung für den Lizenzbau beauftragte Bührle-Tochter Contraves wies die Vorwürfe, überhohe Gewinne anzustreben, als „unberechtigt“ und „absolut verfehlt“ zurück. Im Verteidigungsministerium sagte Pressesprecher Christian Kurth, erstens sei nichts endgültig beschlossen, zweitens könnten Preisvergleiche zwangsläufig nicht schlüssig sein, weil ja auch die jeweiligen Grundbedingungen unterschiedlich seien und drittens trete die Militärkommission des Ständerats erst Ende der Woche zusammen. Sie und jene des Nationalrats hätten zu prüfen, ob die vorgesehene Lizenzproduktion des neuen Kampfpanzers militär- und finanzpolitisch sowie volkswirtschaftlich zu vertreten sei. Es sei bedauerlich, daß die Kritiker mit derart schwerwiegenden und nicht näher begründeten Verdacht vorgeprellt seien, ohne die Kommissionsberatungen abzuwarten. Im übrigen hätte der Minister den Brief der SVP-Politiker bereits am 17. April beantwortet und schließlich schütze eine sogenannte Meistbegünstigungsklausel die Interessen der Schweiz. Dies bedeute, daß ein günstiger Preis automatisch auch für die Schweiz gelte, wenn ein anderes Land den Leopard 2 zum gleichen Zeitpunkt zu besseren Konditionen erhalte.

Ende dieser Woche wird der deutsche Kampfpanzer Leopard 2 Öffentlichkeit, Armee-Chefs und Militärkommissionen des Ständerats im Raum Chur am Hinterstein erstmals bei Schießversuchen mit dem Schweizer Panzer 68 sowie dem Centurion Panzer aus den 50er Jahren vorgestellt. In der anschließenden Pressekonferenz wird aber möglicherweise noch schärfer geschossen als zuvor auf dem Übungsgelände.

Der Aufschwung braucht den Sparer.



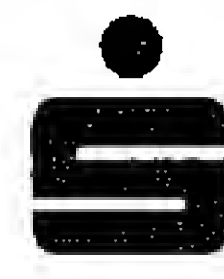
Die neuen Energien sind so alt wie unsere Erde.

Wind, Wasser- und Sonnenkraft werden genutzt, seit es Menschen gibt. Doch die alten Techniken reichen nicht aus, den wachsenden Energiebedarf unserer Tage zu decken. Neue Wege müssen gesucht werden. Dazu ist ein hoher Entwicklungsaufwand notwendig. Die Investitionskredite stammen aus den Rücklagen der Sparer.

Die Sonne kann heute mehr als nur scheinen.

Mit Sonnenenergie lassen sich Strom erzeugen, Häuser beheizen und Wasser erwärmen. Wer das in seinen eigenen vier Wänden nutzen möchte, spart dafür Eigenkapital. Damit trägt er gleichzeitig dazu bei, daß Energieprobleme gelöst werden.

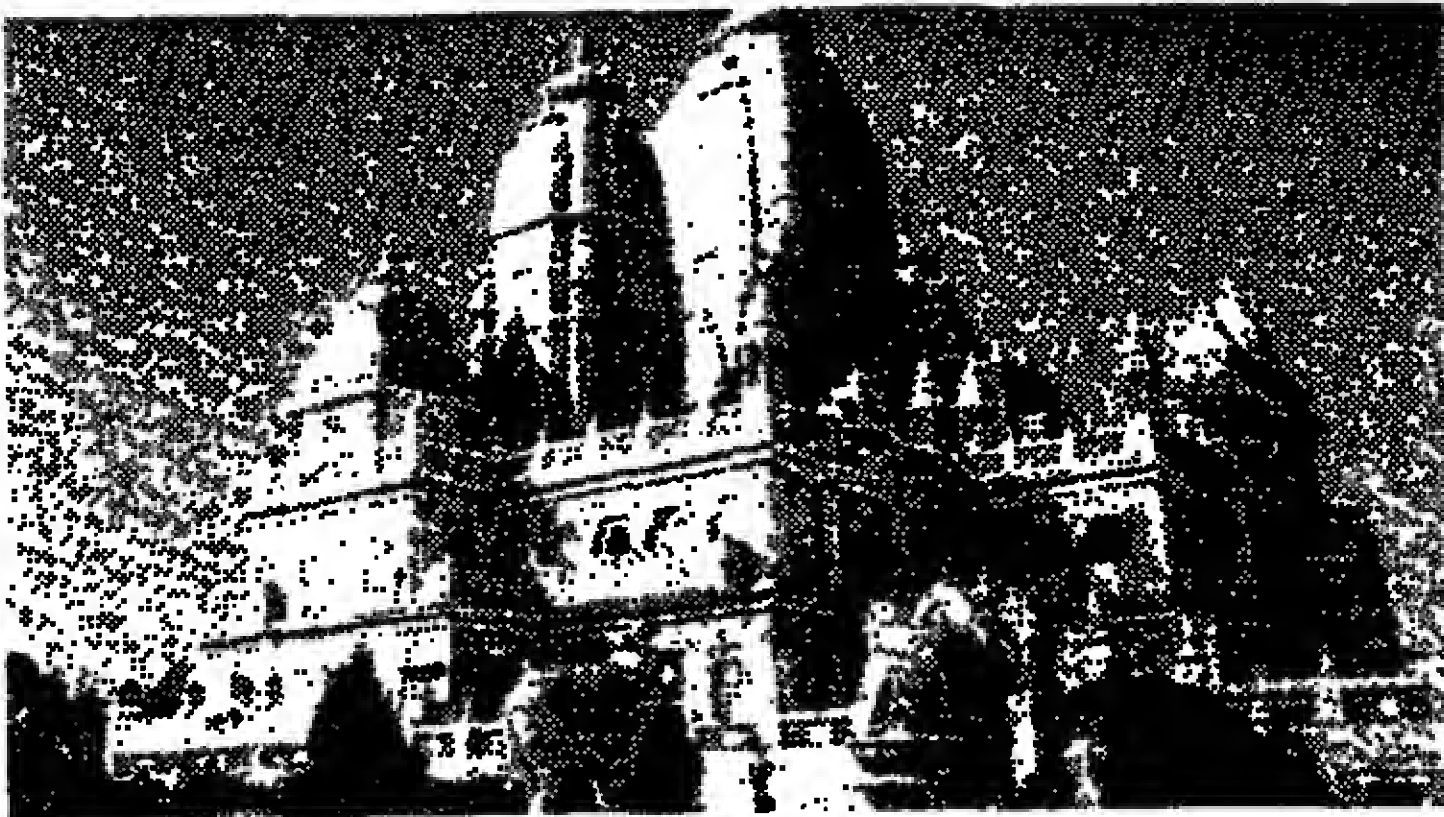
Die Sparkassen



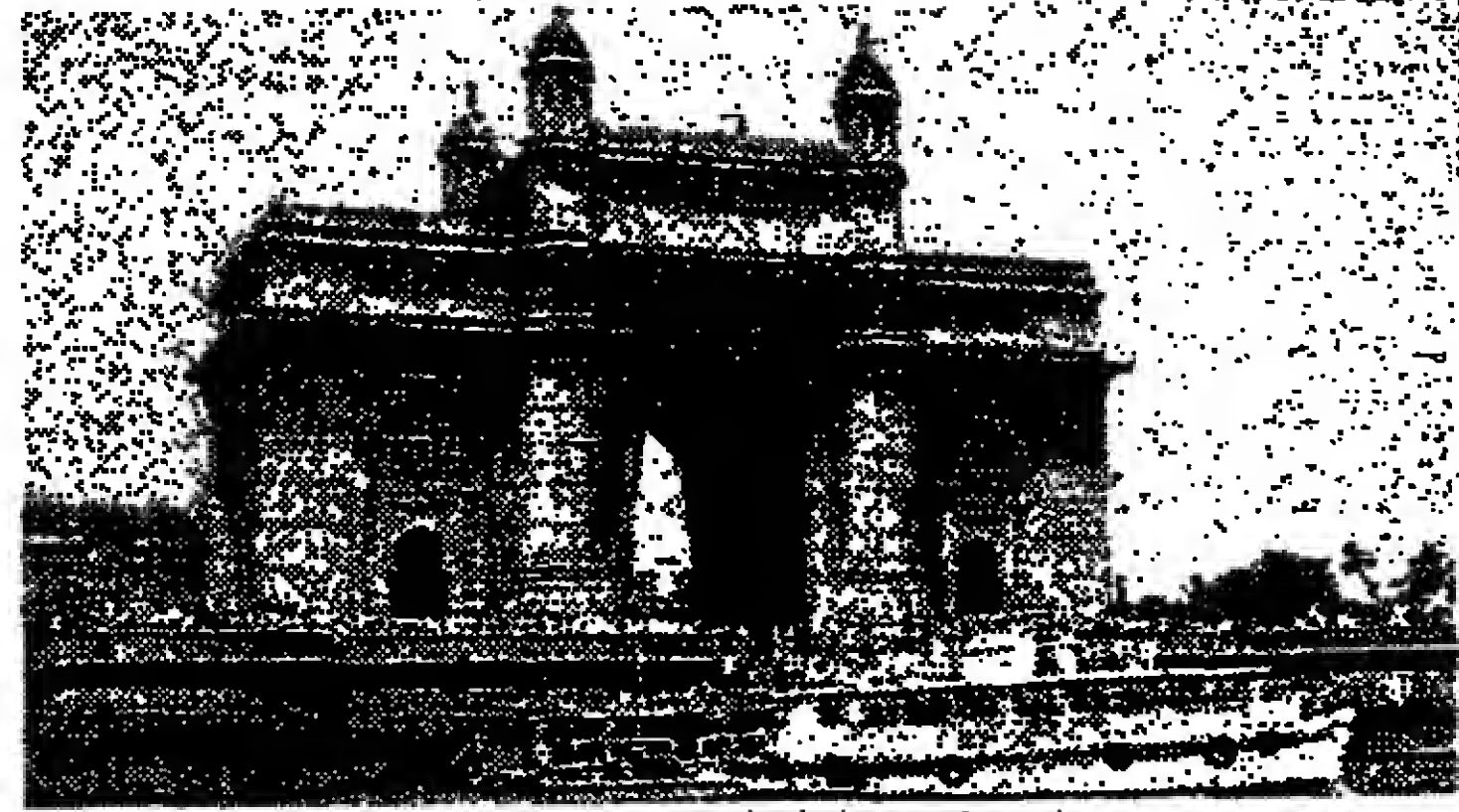
Wer nicht sooft Halt macht, kommt schneller ans Ziel: mit Lufthansa nach Fernost.



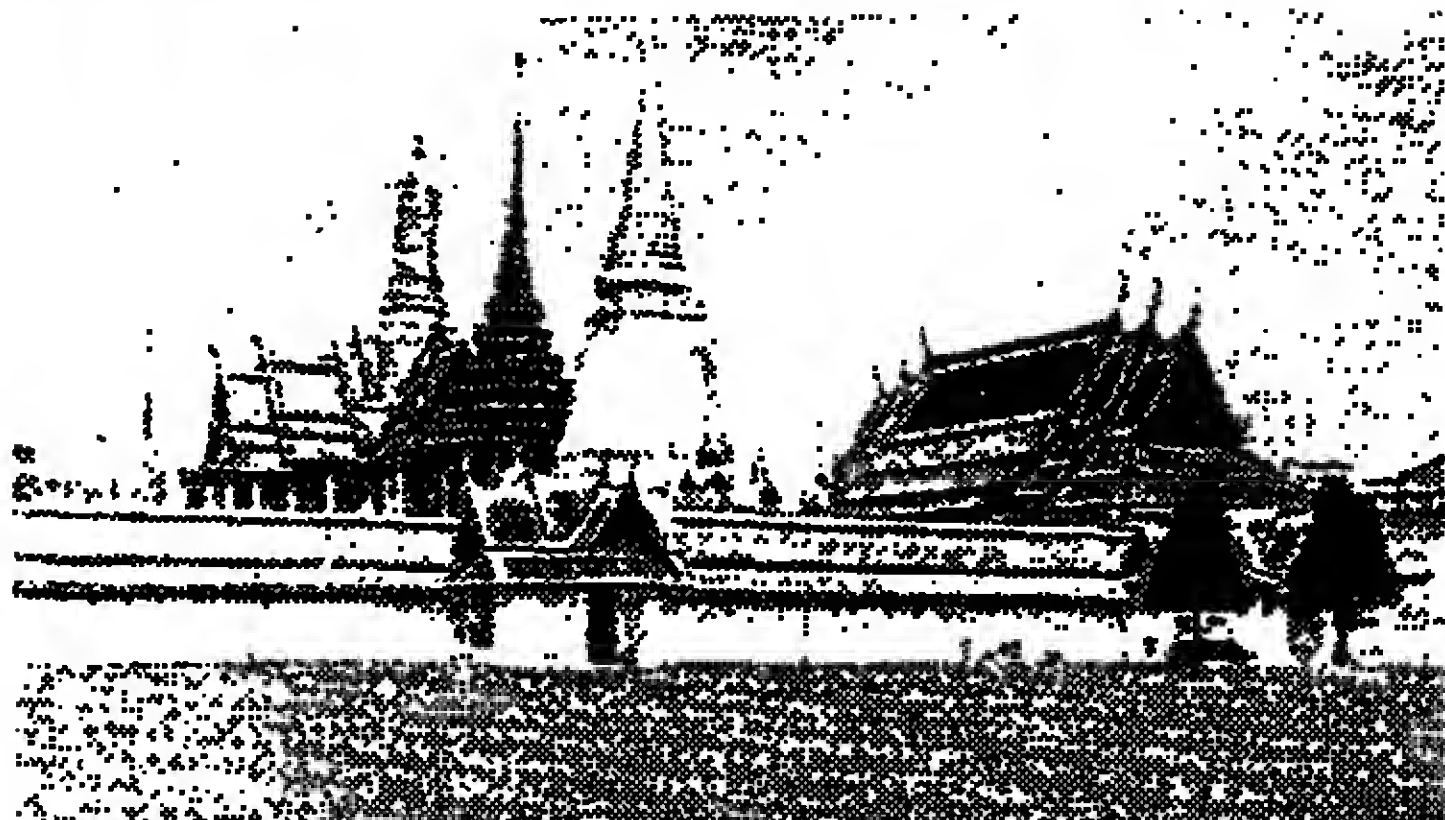
Nonstop nach Karachi in 7 Std. 30 Min.



Nonstop nach Delhi in 8 Std. 15 Min.



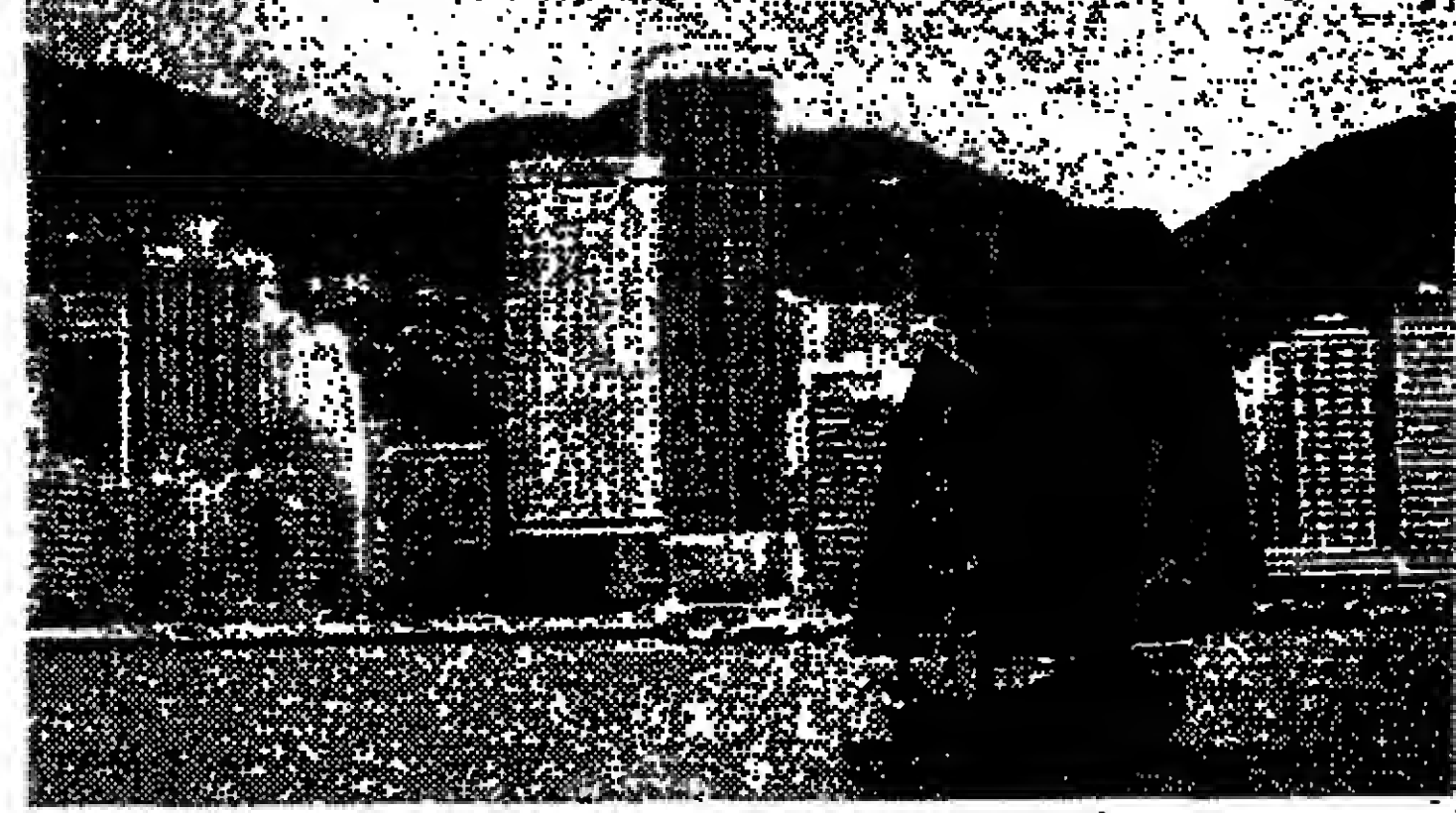
Nonstop nach Bombay in 8 Std. 25 Min.



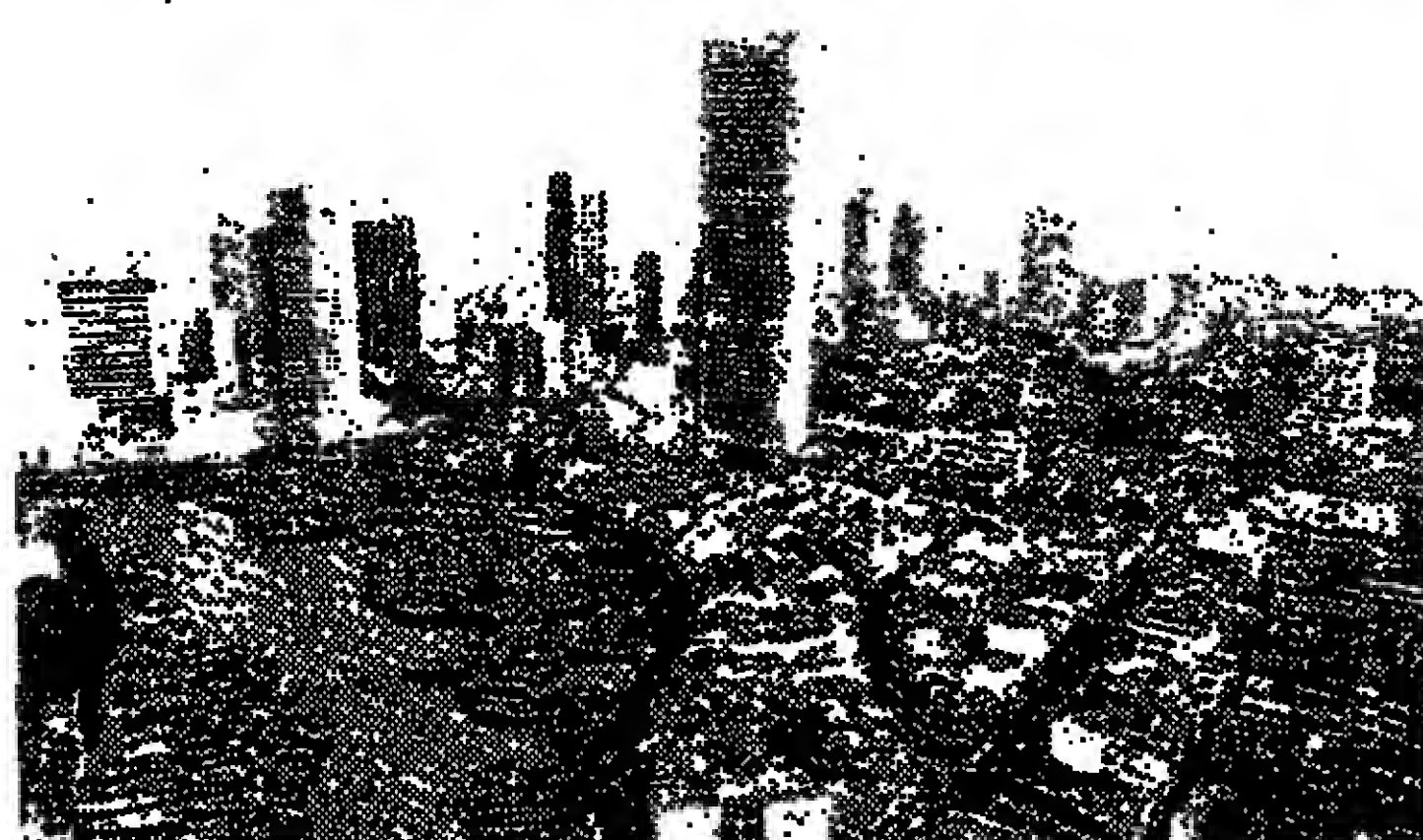
1 Stop nach Bangkok in 13 Std.



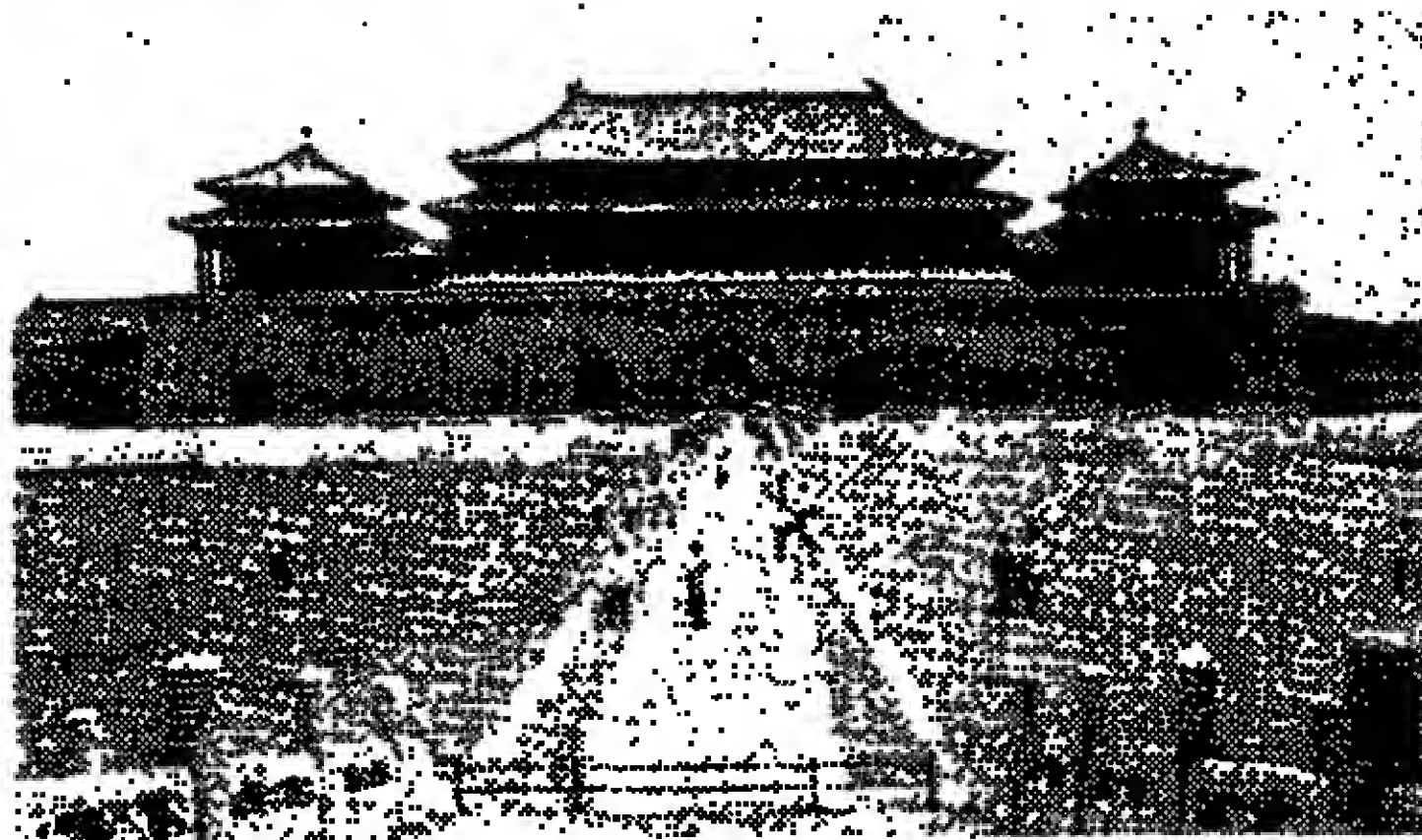
1 Stop nach Kuala Lumpur in 13 Std. 50 Min.



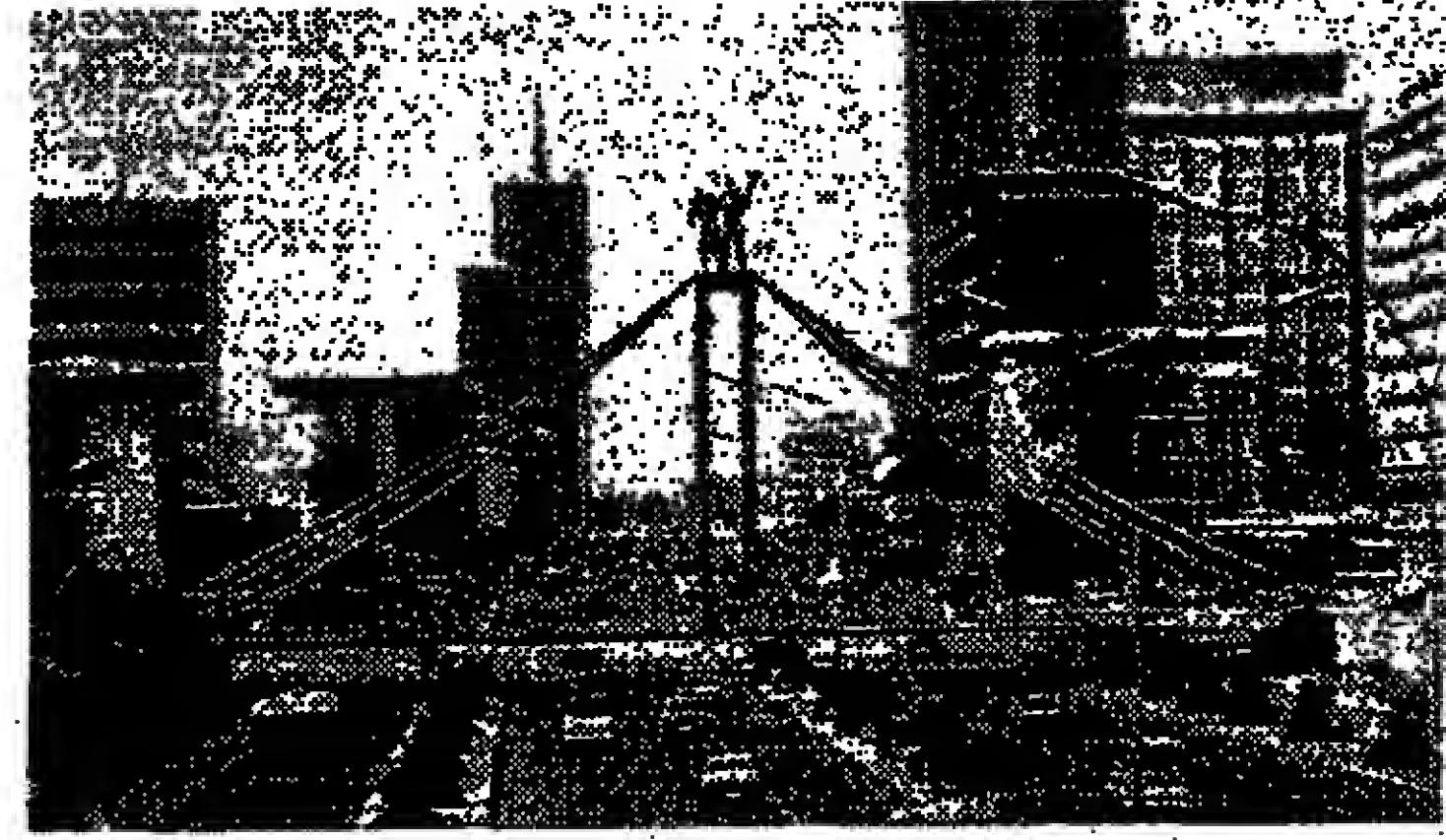
1 Stop nach Hongkong in 14 Std. 25 Min., Do.



1 Stop nach Singapore in 14 Std. 35 Min.



1 Stop nach Peking in 15 Std. 30 Min.



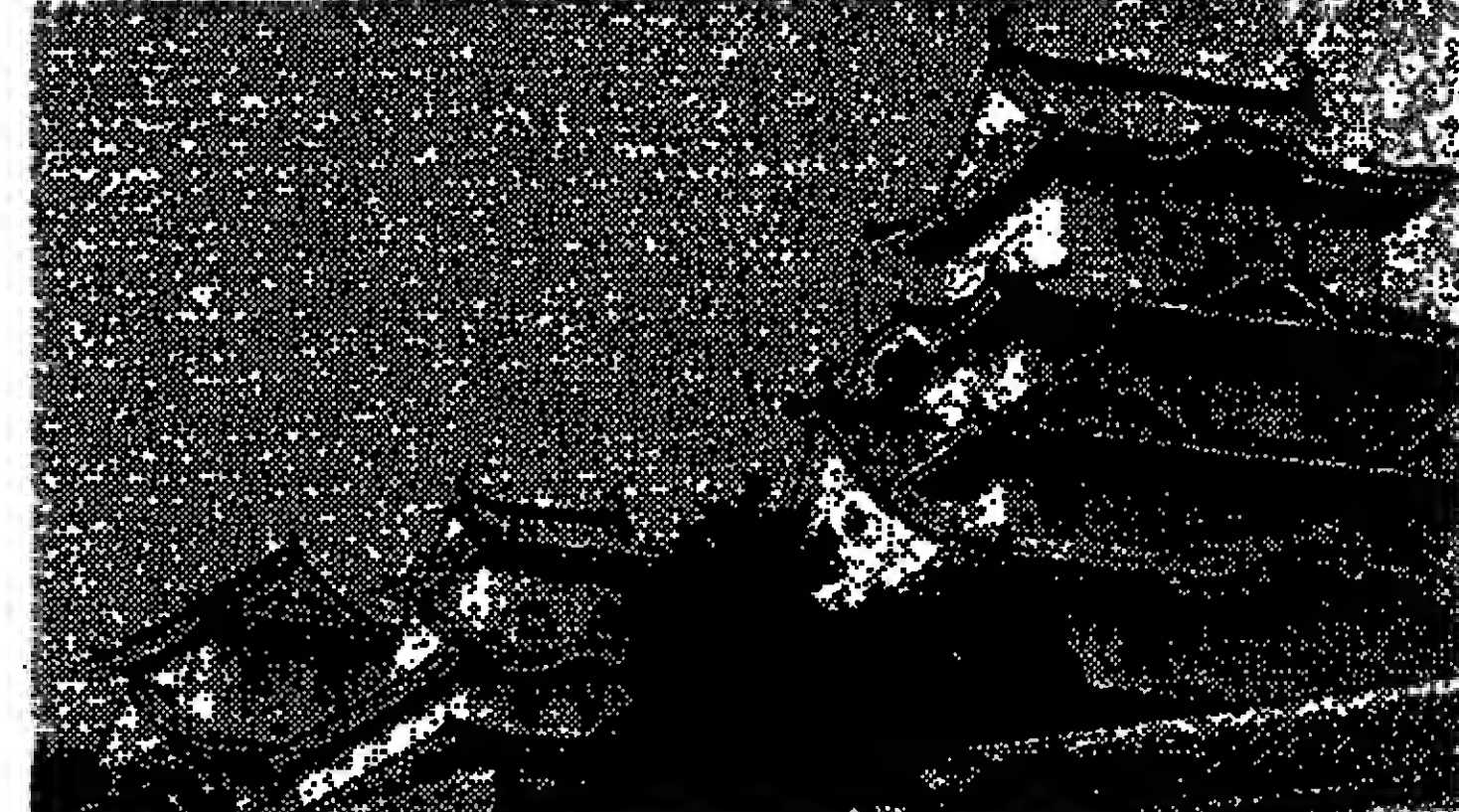
2 Stop nach Jakarta in 17 Std. 10 Min.



2 Stop nach Manila in 17 Std. 15 Min., Montag



1 Stop nach Tokio in 18 Std. 10 Min., Freitag



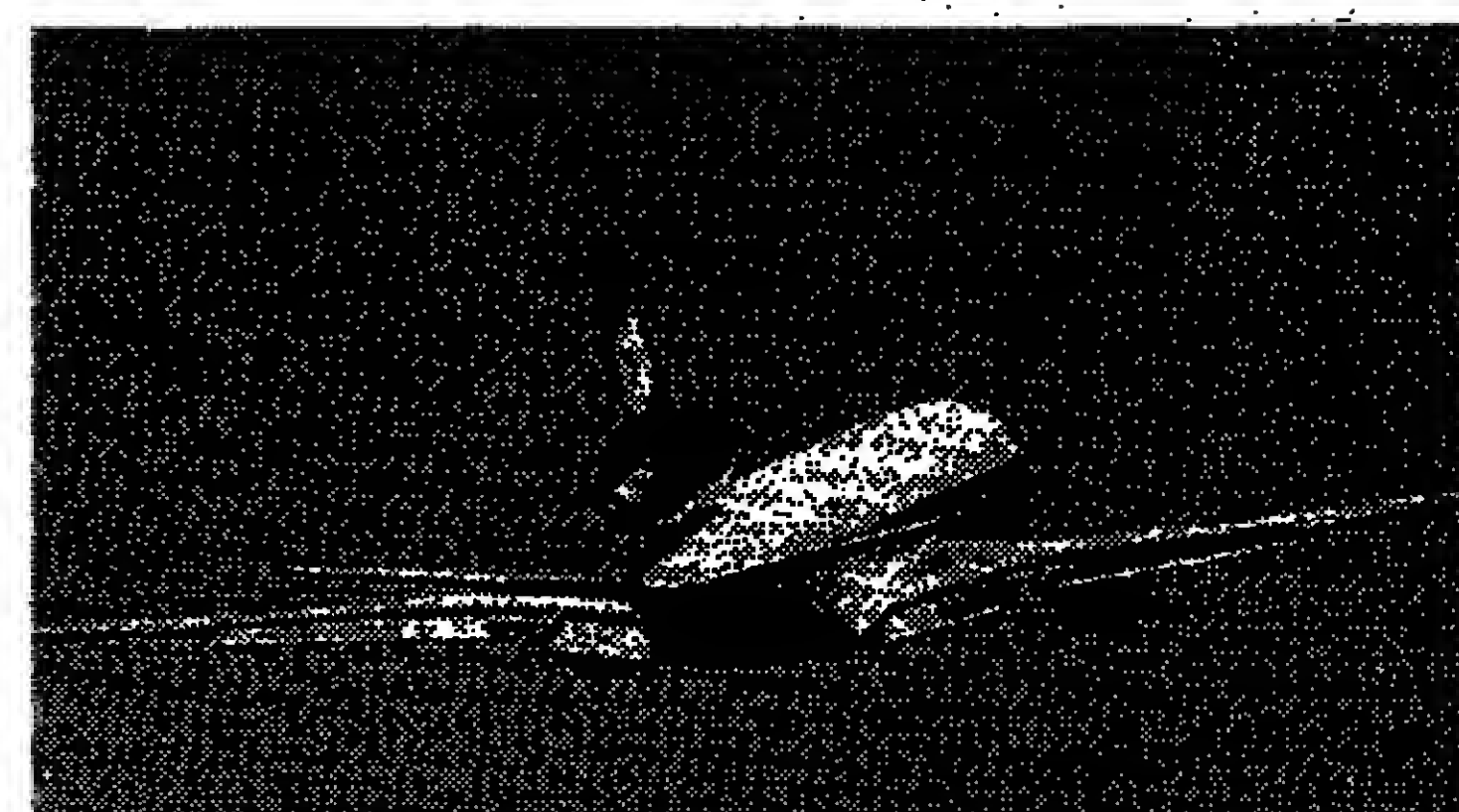
3 Stop nach Osaka in 20 Std. 55 Min.



2 Stop nach Melbourne in 22 Std. 20 Min.



3 Stop nach Sydney in 24 Std. 40 Min.



Fliegen mit allem Komfort.

Der Ferne Osten rückt immer näher. Denn Lufthansa hat auf den meisten Fernost-Routen die Flugzeiten erheblich verkürzt. Durch weniger

Zwischenlandungen. So erreichen Sie Bombay, Delhi und Karachi nonstop, Hongkong und Tokio mit nur einer Zwischenlandung. Auch das Fern-

ziel Australien ist schnell zu erreichen. Trotzdem bleibt genügend Zeit für den hervorragenden Langstrecken-Service der Lufthansa. In der Ersten

Klasse mit besonders komfortablen Schlafsesseln, in der Lufthansa Business Class mit weiteren Komfortverbesserungen. Gleich für welche

fernöstliche Metropole und für welche Klasse Sie sich entscheiden – buchen Sie Lufthansa. Dann sind Sie schneller am Ziel.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Der Risikofaktor Georgswerder

Von HERBERT SCHÜTTE

Wenn Hamburgs designierter Finanzsenator, Horst Gobrecht (SPD) in den nächsten Wochen die Eckdaten für den neuen Haushalt 1985 aufstellt, muß er vor allem mit einem Risikofaktor rechnen: Georgswerder. Die „Bündigung“ der Giftmülldeponie bedeutet nicht nur eine (finanz)mathematische, sondern auch eine chemische Unbekannte in seiner Haushalts-Kalkulation.

Es gibt Experten, die für die Sanierung Beträge in Milliardenhöhe errechnen haben. Der zuständige Entsorgungssensor, Jörg Kuhnert, hat vorsorglich 50 Millionen Mark für Sanierungsmaßnahmen vorgesehen. Hamburg hofft im übrigen auf Hilfe des Bundesforschungsministers Heinz Riesenhuber. Denn Georgswerder – so wird Bürgermeister Klaus von Dohnanyi nicht müde zu beteuern – sei nur ein altes Licht getretenes exemplarisches Problem, das auch bei anderen Großstädten mit Sicherheit vorhanden sei.

Während Sanierungssachleute Modelle für die Einkapselung und spätere Ausrottung des Bergkammes von 14 Millionen Kubikmeter Müll erarbeiten und sich über die Beseitigung von 50 000 Fässern Chemikalien – gerade in dieser Woche wurden die höchsten Dioxin-Funde gemacht – bemühen, sieht auch die Hamburger Parlamentarier um Aufklärung. Die oppositionelle CDU hatte im Januar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, der die Ablagerung in Georgs-

werder und in anderen Deponien überprüfen soll.

Im Ausschuss, in dem die SPD über die Mehrheit verfügt und den Vorsitzenden stellt, gab es von Anfang an Spannungen. Die Beschlagnahme von Akten bei den Chemiewerken C. H. Boehringer (Gift-Lieferant für Georgswerder) und die Aktenführung im Garten der Abfallbeseitigungsfirma Uhlig – geschahen gegen den Willen der CDU.



Bei der ersten öffentlichen Zeugenvernehmung am Dienstagabend eskalierten die Kontroversen innerhalb des „Parlaments-Gerichts“.

Die Linke hatte die Grün-Alternative Liste angelegt. Sie behauptete, daß der Boehringer-Konzern Hamburger Parteien Schmiergelder gezahlt habe. Der Untersuchungsausschuss wurde um die Aufklärung dieses Vorwurfs erweitert. SPD und CDU setzten gegen die Stimme des GAL-Vertreters durch, daß dieser Punkt als erster überprüft wurde. Der Versuch, die von der breiten Zustimmung aller Fraktionen getragenen Bemühungen um die Untersuchung des Georgswerder-Skandals in einen „Fick-Ersatz-Ausschuss“ umzufunktionieren, schlug allerdings fehl.

Die als Zeugen geladenen Genossen, wie auch der Vorsitzende der

CDU-Fraktion, Hartmut Perschau, erklärten klipp und klar, daß ihre Partei oder Fraktion weder direkt noch auf Umwegen über bestehende Gesellschaften Spenden von Boehringer erhalten hätten. Oswald Paulig, zehn Jahre lang Hamburger SPD-Parteivorsitzender, „bürstete“ den GAL-Vertreter, Rechtsanwalt Bernd Vetter, nach Strich und Faden ab. Als ihm Vetter mit einer nicht vom Untersuchungsausschuss gedeckten Frage kam und Paulig auf einen Einwand beschied: „Sie haben mich nicht zu belehren“, entgegnete der ehemalige Chef der legendären „Bergerdorfer Mafia“: „Im Kabarett trete ich nur gegen Gage auf.“

Dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Hartmut Perschau, war ebenso wenig beizukommen wie den ehemaligen Partei-Obersten und Schatzmeister der SPD. „Es wäre wohl kaum zweckmäßig, ausgerechnet die Opposition finanziell auszustatten, wenn man auf Verwaltungsentscheidungen Druck ausüben wollte“, informierte Perschau den ebenfalls in Opposition stehenden GAL-Vertreter über die Einflußlosigkeit, wenn man auf der anderen Seite sitzt. Als der Schatzmeister der hanseatischen Christdemokraten, der Bundestagsabgeordnete Gunnar Uldall, nach Spendenbriefen der CDU an Hamburger Fraktionen gefragt wurde, meinte Uldall zu Vetter: „Diese Briefe werden von uns an viele Firmen turnusmäßig verschickt. Wenn Ihre Antwortkassette etwas größer wäre, hätten Sie vielleicht auch einen solchen Brief erhalten.“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Besinnung

„Besinnung ist das – Helmut Wollert fordert Mut zur Vergangenheit.“ WELT vom 4. Mai

In einer Zeit, in der der Verlust der deutschen Identität immer mehr beklagt und die Notwendigkeit der Selbstfindung und des Selbstbewußtseins zunehmend gefordert wird, fordert der Erlanger Historiker „Mut zur Zukunft“.

Was die Menschen brauchen (und hauptsächlich die jüngeren unter uns) sind Werte, und zwar Werte als Identifikationsmöglichkeiten. Alle Neu-Erkennnisse der Vergangenheit, alle Wahrheitserkenntnisse dient doch allein der Gewinnung der Zukunft. Es sind deshalb die großen Werte unseres Volkes, das Bewußtsein des eigenen Wertes, der eigenen Identität, wieder auszugraben und für kommende Geschlechter zu bewahren.

Wenn wir uns alle wieder ins Gedächtnis zurückrufen, daß es eben auch einen eigenen Wert gibt, nämlich Deutscher zu sein, haben wir schon sehr viel gewonnen.

Die Wende des deutschen Schicksals, geistige Wiedergeburt anstatt biologischer Volkstod, wird aber nur dann möglich sein, wenn sich der Geist der Deutschen erneuert, wenn sie sich auf ihre ihnen einwohnende Kraft, die sich so oft in der Geschichte gezeigt hat, besinnen. Diese Erneuerung hat viele Vorbilder in unserer Vergangenheit. Viele Zeichen sprechen deutlich dafür, daß die Deutschen heute wieder auf dem Wege zu sich selber sind. Man spricht allen Orts wieder von der „deutschen Identität“. Mit Adalbert Stifter zum Schluß sollten wir es haben, der einst mahndend sagte: „Ein Volk, das seine eigene Geschichte vergißt, vergißt, was es zusammenhält. Ihm geht das Bewußtsein gemeinsamen Schicksals verloren.“ Wie wahr!

W. Walz, Jettigen

Mehrheiten?

Sehr geehrte WELT-Redakteure, ich bin erschrocken, wie leicht sich in der Öffentlichkeit eine „Mehrheit“ verkaufen läßt, die überhaupt keine ist. So sind z. B. im Metallbereich von Nordwürttemberg und Nordbaden 620 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Nach Auskunft der Gewerkschafter sind davon 380 000 in der IG-Metall organisiert. Davon sind laut Gewerkschaftsverlautbarung 240 000 stimmungsberechtigt. Nach meiner Rechnung sind das jedoch nur 38,7 Prozent der Gesamtbelegschaft. Ein Stimmenanteil von 19 Prozent für den Streik würde bedeuten, daß nur 180 000 oder 29 Prozent aller Belegschaftsmitglieder für den Streik wären. Mehrheiten werden auf diese Weise zu Mehrheiten.

Laut letztem Geschäftsbericht hat

die IG-Metall im Tarifbezirk Hessen 216 000 Mitglieder. Als stimmungsberechtigt wurde eine Anzahl von 90 000 Mitgliedern genannt. Wird die IG-Metall zur Schrumpfgewerkschaft? Muß man in der Zukunft unterscheiden zwischen Gewerkschaftsbedürfnis-Gewerkschaft und Urstimmungsberechtigung? Wird der Elefant IG-Metall zur Maus, um durch das Nadeiß einer erfolgreich durchgeführten Urabstimmung durchschlüpfen zu können?

Durch diese Berechnung der Gewerkschaften kann es passieren, daß Minderheiten die Zukunft der Mehrheit bestimmen. Ein so entscheidendes Problem wie die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich darf jedoch meiner Meinung nach nicht einer kleinen Minderheit überlassen werden.

Dieter Arenz, BfL-Vorstandssprecher Nordrhein, Bonn

„Unglaublich“

Die Angabe der Gewerkschaft, mehr als 90 % der Arbeiter sei für den Streik als Kampfmaßnahme zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, halte ich für unglaublich.

Anlässlich der Betriebsratswahlen vor ca. 6 Wochen hat nämlich der Betriebsrat der Firma TRACTO-TECHNIK die gewerblichen Arbeiter in geheimer Abstimmung gefragt, wer für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei. Dabei haben von 66 Befragten nur 6 dafür gestimmt, das sind weniger als 10 %.

Ohne Meinungsfanatismus oder falschverstandene Solidarität könnten doch sonst solche selbstschaden- den Ideen, wie die der 35-Stunden-Woche, nicht solche Abstimmungsergebnisse bringen.

P. Schmidt, Lennestadt 1

Wort des Tages

„Das Leben ist selbst mit Kummer und Qual gut. Ein Leben ohne Mühsal, Gram und Härte kommt in guten Zeiten allgemeiner Wohlfahrt einem wertlosen, langweiligen, uninteressanten Leben gleich. Nur ein Leben, das alles einschließt, gute und schlechte Zeiten, Leid sowohl als auch Glück, ist reich und lebenswert.“

Thomas Wolfe; am. Autor (1900-1938)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Die deutsche Sekretärin des japanischen Botschafters Hiromichi Miyazaki in Bonn, Anne-Maria Zyczynski, ist gestern mit dem Orden vom Heiligen Schatz in der Kanzlei der Japanischen Botschaft ausgezeichnet worden. Anne-Maria Zyczynski ist seit 1942 als Sekretärin bei den japanischen Botschaften tätig, angefangen von Botschafter Hiroshi Oshima bis zu Botschafter Miyazaki, dem zwölften Botschafter in ihrer Dienstzeit. In den Jahren, in denen sie während des Krieges ihren Dienst in der Kaiserlichen Botschaft ausübte, herrschte in Berlin wegen der alliierten Luftangriffe und dem Feuer der sowjetischen Truppen äußerste Verwirrung. Sie hat sich damals Verdienste um das Leben der Mitglieder der Botschaft erworben. „Sie hat alle gestärkt und diente ihnen als geistige Zufluchtsstätte“, wie Botschafter Miyazaki erklärte.

VERANSTALTUNG

Der Bernard & Graefe Verlag in der Verlagsgruppe Mönch hat gestern im Restaurant „Am Tulpenfeld“ in Bonn in Anwesenheit des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, ein brisantes Buch in deutscher und engli-

präsentation erschienen, war sehr viel in- und ausländische Prominenz aus dem Militär- und Sicherheitsbereich. Darunter Israels Militärattaché Oberst Schmel Schacham, der stellvertretende US-Heeresattaché Me Daniel und auch der Verteidigungs-Attaché der Volksrepublik China Yu Gang.

DIPLOMATIE

Hans-Werner Graf Flack von Finckenstein, seit fünf Jahren Protokollchef der Bundesregierung, soll in Kürze neuer deutscher Botschafter in Argentinien werden. Zur Zeit im Gespräch als Nachfolger von Graf Finckenstein in Bonn ist Werner Graf von der Schulenburg, bisher Leiter des Organisationsreferates. Bisheriger Botschafter in Argentinien ist Dr. Paul Verbeek.

Klaus Blech, bisher Botschafter in Tokio, soll neuer Staatssekretär im Bundespräsidialamt werden, wenn Richard von Weizsäcker sein Amt als Bundespräsident antritt. Blech ist dann Nachfolger von Staatssekretär Hans Neusel.

ERHRUNGEN

Der Aachener Mikroelektronik-Professor Heinz Beneking ist mit der Carl-Friedrich-Gauß-Medaille der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft geehrt worden. Professor Günter Lautz von der Technischen Universität Braunschweig hob in seiner Laudatio hervor: Beneking hat mit neuartigen Präparationsverfahren und Meßtechniken wesentliche Voraussetzungen für die weitergehende Integration elektrischer Schaltkreise geschaffen.

Der Schriftsteller Martin Walser hat von seiner Geburtsortsgemeinde Wasserburg am Bodensee, in der er im März 1927 geboren wurde, die Ehrenbürgerschaft verliehen bekommen. In der Laudatio für den Schriftsteller erinnerte sein ehemaliger Deutschlehrer Professor Friedrich-Wilhelm Wetzlaff an den jungen Walser im Jahre 1946 in Lindau, wo dem Abiturienten nach einem literarischen Schülerstreich das Zeugnis der Reife aberkannt werden sollte, hätte sich sein Lehrer damals nicht für ihn eingesetzt.

GEBURTSTAG

Zum 150. Geburtstag des Chinesen-Forschers Ferdinand von Richthofen werden seit gestern bis zum 12. Juni im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen-Hösel bei Düsseldorf chinesische Kartensätze und europäische Forschungsdokumente über Ostasien gezeigt. Die Schau kam im Zusammenwirken mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zustande.



Maschinenpistole eingesetzt in die Kugelblende des GSG 9-Fahrzeuges. FOTO: H. WESSLING

scher Sprachvorgestellt: „GSG 9 – Kommando gegen den Terrorismus“. Der BGS-Kommandeur Ulrich K. Wegner – der Gründer der GSG 9 – hob bei der Buchvorstellung besonders die Verdienste des Autors Rolf Tophoven hervor. Dem Publizisten und WELT-Autor sei es gelungen, mit diesem Werk ein äußerst sachliches und informatives Werk für die Öffentlichkeit zu erstellen. Tophoven, der zahlreiche Veröffentlichungen über das Phänomen Guerilla und das des internationalen Terrorismus geschrieben hat, ist zugleich ein Freund der GSG 9, ein Insider auf dem Gebiet von Anti-Terror-Strategien“, wie Wegner betonte. Unter den Gästen, die zur Re-

Die Banken zum „Produktivkapital“:

An jedem Arbeitsplatz arbeiten im Durchschnitt 200.000 Mark

Auch neue Arbeitsplätze haben ihren Preis. In der Bundesrepublik kosten sie im Durchschnitt 200.000 Mark.

Das bedeutet: Wo Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, muß Kapital bereitgestellt werden. Und wo Arbeitsplätze verloren gehen, muß meistens auch Kapital abgeschrieben werden. Maschinen und Anlagen verlieren ihren Wert. Bei Verlusten an Geld und Arbeit gibt es nur einen Weg: Neue und verbesserte Produktionen müssen für Ausgleich sorgen. Wir brauchen neue Technologien, neue unternehmerische Initiativen und risikobereites Kapital.

Wir Banken meinen: An Produktivkapital für einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch wird es nicht fehlen. Neue Finanzierungsformen



stehen bewährten Förderungs- und Kreditprogrammen zur Seite: die Börse lebt wieder auf. Ohne Zweifel: Die Zukunft hat wieder Kredit.

Bundesverband deutscher Banken
Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft:
Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.



BASKETBALL

Klein rechnet mit einem dritten Rang

sid, Orleans

Strenge Disziplin, professionelles Denken und bedingungsloser Einsatz bis zum letzten Schlußstreich – so lautet die Devise von Basketball-Bundestrainer Ralph Klein, mit dem die großen Hoffnungen auf die dritte Teilnahme einer deutschen Nationalmannschaft bei Olympischen Spielen nach 1936 (Berlin) und 1972 (München) verknüpft sind. Beim Qualifikationsturnier für Los Angeles betreute Klein die DBB-Auswahl beim 88:65-Auftaktspiel in Orleans (Frankreich) gegen Österreich erstmals bei einem internationalen Turnier.

„Die Mannschaft ist gut vorbereitet und hat große Chancen auf den dritten Platz“, verkündet Klein aufgrund der Eindrücke nach einer sechswöchigen Vorbereitung. „Eine gute Kondition, aber auch Glück mit den Schiedsrichtern werden wir benötigen“, meint der 52 Jahre alte Trainer, der eine gute Platzierung in Orleans und Paris als wichtigen Meilenstein im Hinblick auf die Europameisterschaft 1985 in Deutschland sieht.

„Nach dem achten Platz bei der Europameisterschaft im letzten Jahr müssen wir diese große Chance nutzen, um den Basketball in Deutschland noch populärer zu machen“, erklärte Klein, an dem erste Kritiken laut wurden, nachdem er mit dem BSC Saturn Köln die Meisterschaft und den Pokalsieg an Göttingen verloren hatte. „Ich bin es aus der Zeit bei Maccabi Tel Aviv gewohnt, unter Erfolgsdruck zu arbeiten“, meinte der 120malige Nationalspieler, dessen spektakuläre Verpflichtung in der Domstadt vor Beginn der letzten Saison für einiges Aufsehen sorgte.

„Ein Team muß wachsen“, sagt der ehemalige Dozent am Wingate-College (Tel Aviv), der Basketball als seinen Lebensinhalt bezeichnet. Seine Erfolgsliste ist imponierend: Mit Maccabi gewann der gebürtige Berliner, der seit 1951 in Israel lebte, neunmal den Meistertitel und achtmal das Double, also Meisterschaft und Pokal in einer Saison. Dreimal führte er den Klub, für den er selbst von 1951 bis 1964 spielte, in das Europapokal-Finale. 1981 feierte er mit dem Gewinn des Cups den bisher größten Erfolg.

FUSSBALL

Lattek von Mailand sehr enttäuscht

dpa, Mailand/Gelsenkirchen

Das Millionenspiel wurde zum Flop. Karl-Heinz Rummenigge, der im Freundschaftsspiel bei Inter Mailand einen Teil seiner Ablösesumme von zehn Millionen Mark wieder einspielen sollte, war enttäuscht vom schwachen Besucherzuspruch (10 288 sowie 5000 Jugendliche mit Freikarten) im 80 000 Zuschauer fassenden Mailänder Meazza-Stadion. „Ich fühle den schlechten Besuch auf das miserable Wetter zurück. Wenn hier die Sonne scheint und ein guter Gegner da ist, ist hier sicher was los.“ In der 83. Minute war Rummenigge für die Bayern an seinem neuen Arbeitsplatz erfolgreich, ehe seinem künftigen Mannschaftskollegen Muraro der Ausgleich gelang. Bayern-Trainer Udo Lattek über die Mailänder: „Oben würden die bei uns in der Bundesliga bestimmt nicht mitspielen.“

Nach dem Spiel fand ein Essen bei der Teams in einem noblen Nachtclub statt. Dabei kam es zu einem längeren Gespräch zwischen Rummenigge und Hansi Müller, den Inter zum Saisonende wahrscheinlich nach Verona abschiebt. Rummenigge: „Ich glaube, mit ihm gut spielen zu können, aber auf die Vereinspolitik will ich keinen Einfluß nehmen.“

Mit einem 5:0-Erfolg über Alemannia Aachen tat Schalke 04 einen großen Schritt zur erfolgreichen Rückkehr in die Bundesliga. Euphorie aber war unerwünscht. Manager Rudi Assauer: „Heute gibt es noch Wasser.“ Der Champagner soll am Samstag getrunken werden, wenn bei Fortuna Köln der noch fehlende Punkt zum Aufstieg geholt wurde.

Für diesen Zeitpunkt haben die Schalke schon vorausgedacht: Mit Dieter Schatzschneider vom Hamburger SV und Gerd Kleppinger von Karlsruhe werden zwei Spieler verpflichtet, die Trainer Diethelm Ferner noch aus gemeinsamen Zeiten bei Hannover 96 gut kennt. Dritter Neuzugang soll der Norweger Anders Giske (bisher Nürnberg) sein. Noch unklar ist, wie der Schatzschneider-Transfer finanziert werden soll. Präsident Hans-Joachim Fenne, ein Unternehmensberater, sagt: „Irgendwie machen wir das schon.“

Olympia ständig in Olympia – Gefühl und Logik

Die Idee ist plausibel – und gerade deshalb auch so alt. Älter noch als Pierre de Coubertin, der als Vater der modernen Olympischen Spiele gefeiert wird und eben diese Idee schon bekämpfte, als er „seine“ Spiele ins Leben rief. Er mußte überstimmt werden, das Jahr 1896 paßte ihm ebensowenig wie der Austragungsort Athen. Der Beginn neuer sportlicher Zeiten sollte mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts zusammenfallen, im Jahre 1900 in Paris, keine Frage, schließlich war der Baron Franzose.

Der Plan klingt so selbstverständlich – gerade deshalb ist er nie aus der Diskussion verschwunden: Gebt den Griechen, was der Griechen ist, Olympia gehört ins antike Olympia. So dachte schon der Engländer Robert Dover vor 380 Jahren, doch seine „Englischen Olympischen Spiele“ mußten 1604 dann doch in Britannien stattfinden. Olympia stand, weil von den Osmanen okkupiert, nicht zur Verfügung.

Der kommunistische Boykott der Sommerspiele von Los Angeles hat nur neu belebt, was im regelmäßigen Abstand von nun schon drei Olympiaden Schlagzeilen macht und vor vier Jahren – der Boykott der Spiele in Moskau war in Washington beschlossen – zu einer Abstimmung im Senat der USA führte. Mit 88:4 Stimmen folgten die Senatoren ihrem Präsidenten Jimmy Carter, für Griechenland als künftigen festen Standort der Sommerspiele einzutreten. Die „New York Times“ sekundierte: „Logik und Gefühl sprechen für Griechenland.“

1976, nachdem die Schwarzafrikaner Montreal verlassen hatten, 1980 und jetzt wieder kämpfte und bemüht sich Griechenlands Staatspräsident Konstantin Karamanlis, das sportliche Spektakel zu seinen Ursprüngen zurückzuführen. Heute zielt er wieder auf einen Brief, den er 1976 an das Internationale Olympische Komitee (IOC) geschrieben hatte und auf den er sich auch 1980 berief. „Ich glaube, daß die Wahl Griechenlands als ständiger Austragungsort der Olympischen Spiele der einzige Weg ist, diese Einrichtung zu sanieren... Denn hierdurch wird der olympische Gedanke von den weltpolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen, von dem Zusammenspiel von Ruhmsucht und Berufssport sowie von den kommerziellen Nutzung und den wirtschaftlichen Problemen, die das Ergebnis ihrer heutigen Form sind, befreit.“

Das IOC tat, was Politiker auch tun: Es setzte eine Kommission ein, die berichtete beim Olympischen Kongreß von Baden-Baden (1981), die Vollversammlung lehnte ab. Die wichtigsten Argumente des Nein: Es diene der Idee mehr, wenn die Spiele durch die ganze Welt wanderten; die

andere überfällt, nicht ohnehin von den Spielen ausgeschlossen werden müßte.)

Und dennoch: Die Zerstörung eines Traumes hat den Beginn eines nächsten noch nie verhindert. Die Idee, unweit der Ausgrabungsstätten der antiken Olympia eine exterritoriale, autonome olympische Region zu schaffen, sollte nicht nur die Phantasie beflügeln. Der Vatikan oder Mini-Staaten wie San Marino als Beispiel. Dort könne das IOC seinen Sitz haben, seine Funktionäre die Sportstätten betreten, alles finanziert nach Art der Unesco, entsprechend dem Pro-Kopf-Einkommen der IOC-Mitgliedsländer.

Der politische neutralen, weltweit finanzierte Olympia-Staat – eine neue Utopie, die nur bläulich die Träume der ausgehenden 19. Jahrhunderts ersetzt, die jetzt unter dem Druck der Realitäten zerbröckelt. Griechenland ist bei seinen Bemühungen, zu retten, was noch zu retten ist, schon lange nicht mehr alleine. Die CDU-Abgeordneten Horst Langens, Einar Brock und Egon Klepsch wollen für den 24. Mai einen Dring-

lichkeitsantrag im Europäischen Parlament einbringen. EG-Kommission und Ministerrat sollen aufgefordert werden, sich für die Abhaltung der Olympischen Spiele nur noch in Griechenland einzusetzen. Senator Bill Bradley, 1964 Mitglied der Basketball-Nationalmannschaft, die für die USA-Gold gewann, will, daß der amerikanische Kongreß eine ähnliche Resolution verabschiedet. „Die Zeit ist gekommen, die Olympischen Spiele ständig in einem Land auszugetragen, das es ermöglicht, die Spiele vom ständigen Druck der internationalen Politik zu befreien.“

Warum also nicht ein Olympia-Staat auf dem Gebiet Griechenlands? Das IOC schweigt und beharrt auf seiner Maxime, die Spiele gehören der ganzen Welt. Wie denn noch, wann denn wieder, vielleicht 1988 in Seoul? Entweder: Das ganze Unternehmen vergessen, bis es irgendwann einmal – wie die antiken Spiele nach 2000 Jahren – neu belebt wird. Oder (Victor Hugo): „Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“

FRANK QÜRDNAU

STANDPUNKT

politischen Probleme verschoben sich nur. Schwarzafrika hätte auch Griechenland aus Protest gegen ein Rugby-Spiel Neuseelands in Südafrika verlassen (wie 1976 Montreal). Und ob die USA im antiken Olympia ihre Athleten in den Wettstreit gegen Bürger der in Afghanistan kriegführenden Sowjetunion geschickt hätten, sei ebenfalls fraglich. (Zumindest letzteres ist belanglos im Vergleich zur Frage, ob ein Land, das ein

OLYMPIA / Afrikaner kommen nach Los Angeles

„Boykott unter Einfluß der UdSSR ist nicht vorstellbar“

dpa, Hamburg/Washington

Die afrikanischen Nationen werden nach den Worten des Generalsekretärs des Obersten Afrikanischen Sportrates, Amadou Lamine Ba, an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen. Nach einem Bericht der „Washington Post“ erklärte Lamine Ba in Yaounde/Kamerun, ein Boykott durch afrikanische Staaten „auf Ersuchen oder unter dem Einfluß der Sowjetunion ist derzeit nicht vorstellbar.“

Mit der Teilnahme der Afrikaner würde sich der von der Sowjetunion initiierte Olympia-Boykott möglicherweise nicht in dem Ausmaße ausweiten, wie offensichtlich selbst vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) befürchtet. IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch hatte am Rande der Sportministerkonferenz von 21 Ländern des Europarats in La

Valletta auf Malta erklärt: „Im Moment rechne ich damit, daß ungefähr 100 statt der ursprünglich erwarteten 140 Länder in Los Angeles teilnehmen.“

Lamine Ba kündigte in Yaounde an, daß das Exekutiv-Komitee des afrikanischen Sportrates am 16. und 17. Juni in Overvolta die durch die sowjetische Absage entstandene Lage erörtern und seine abschließende Entscheidung treffen werde. Er bedauerte die Moskauer Entscheidung und verurteilte zugleich die Tournee der britischen Rugby-Nationalmannschaft durch Südafrika als „einen Akt bewußter Provokation“. 1978 hatten 26 afrikanische Länder die Olympischen Spiele in Montreal boykottiert, weil ein neuseeländisches Rugby-Team in Südafrika gespielt hatte und das IOC Neuseeland daraufhin nicht von den Spielen ausschloß.

SPORT-NACHRICHTEN

„DDR“-Schwimmer floh

Rom (dpa) – Der 19 Jahre alte Schwimmer Frank Hoffmeister hat sich in Rom von der „DDR“-Mannschaft abgesetzt und die Botschaft der Bundesrepublik in Italien um Ausstellung eines Passes gebeten. Die Mannschaft ist inzwischen ohne ihn in die „DDR“ zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß der Exkürer in der Bundesrepublik bleiben wird.

Japaner als Co-Trainer

Bielefeld (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Arminia Bielefeld hat den Japaner Ryohi Suzuki (32) für ein Jahr als Assistenz-Trainer verpflichtet. Der Japaner besitzt die erforderliche Fußball-Lehrer-Lizenz des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), die Bielefelds Cheftrainer Gerd Rognessack nicht besitzt. Rognessack bekam vom Verein die Auflage, die Lizenz im nächsten Lehrgang zu erwerben.

Kein Veto gegen Torjubil

Frankfurt (dpa) – Auf deutschen Fußballplätzen dürfen sich die Spieler weiter auslassen über ein Tor freuen. Damit wird der Deutsche Fußball-Bund (DFB) der neuen Bestimmung der Europäischen Fußball-Union (UEFA) nicht Folge leisten, wonach ein Spieler die gelbe Karte erhalten soll, der sein Tor zu ausgiebig feiert.

Eder zu Bayern München

Nürnberg (sid) – Für eine Ablösesumme von 150 000 Mark wechselt der 28 Jahre alte Verteidiger Norbert Eder von Fußball-Bundesliga-Absteiger Nürnberg zum FC Bayern München. Manfred Müller, bisher Reservetorwart in München, wird in Nürnberg Lizenzspieler-Obmann und Assistent von Trainer Heinz Höher. Der frühere Nationalspieler Egon Müller soll künftig für die Nürnberger als Talentsucher arbeiten.

ZAHLEN

FUSSBALL

Privatspiel in Mailand: Inter Mailand – Bayern München 1:1 (0:0). – Englische Meisterschaft: Liverpool – Norwich 1:1. – Länderspiel in Konvoia: Finnland – UdSSR 1:2. – Freundschaftsspiel: CSSR 3 (ehemals Olympia-Auswahl) – Saarbrücken 3:1.

TENNIS

77. Internationale Deutsche Meisterschaften der Damen in Berlin (150 000 Dollar), erste Runde: Okigawa (Japan) – Wieser (Deutschland) 6:3, 6:3. – 68. Internationale Bayerische Meisterschaften in München, erste Runde: Baranowski (Belgien) – Beutel (beide Deutschland) 3:6, 6:1, 7:6, Gehring (Deutschland) – Doyle (USA) 6:1, 6:4.

LEICHTATHLETIK

Hochsprung-Meeting in Leirwien/Belefeld, erster 1. Amey (Belgien) 2,23 m. 2. Thirnhard (Deutschland) 2,23 m. – Frauen: 1. Soetewey (Belgien) 1,90, 2. Wlozontek (Deutschland) 1,83.

BASKETBALL

Olympia-Qualifikation, Herren: in Belgien, erster Spieltag, Gruppe C in Orleans: Deutschland – Österreich 88:65, Frankreich – Belgien 111:106 nach Verlängerung.

Seit 388 Seemeilen keine Steckdose vorm Bug.



Der Rota 84 'Accu Traveller' mit integriertem Ladeteil. Ladeleistung: ca. 15 unabhängige Rasuren. Optimiertes Philips-2-Schritt-System, optisch-elektronische Ladekontrolle, Langhaarschneider, Überladungsschutz, 110/220 V.

Im handlichen Reiseetui.

Vor dem Urlaub kaufen!

PHILIPS

Rota 84 'Accu Traveller'. Der Unabhängige.

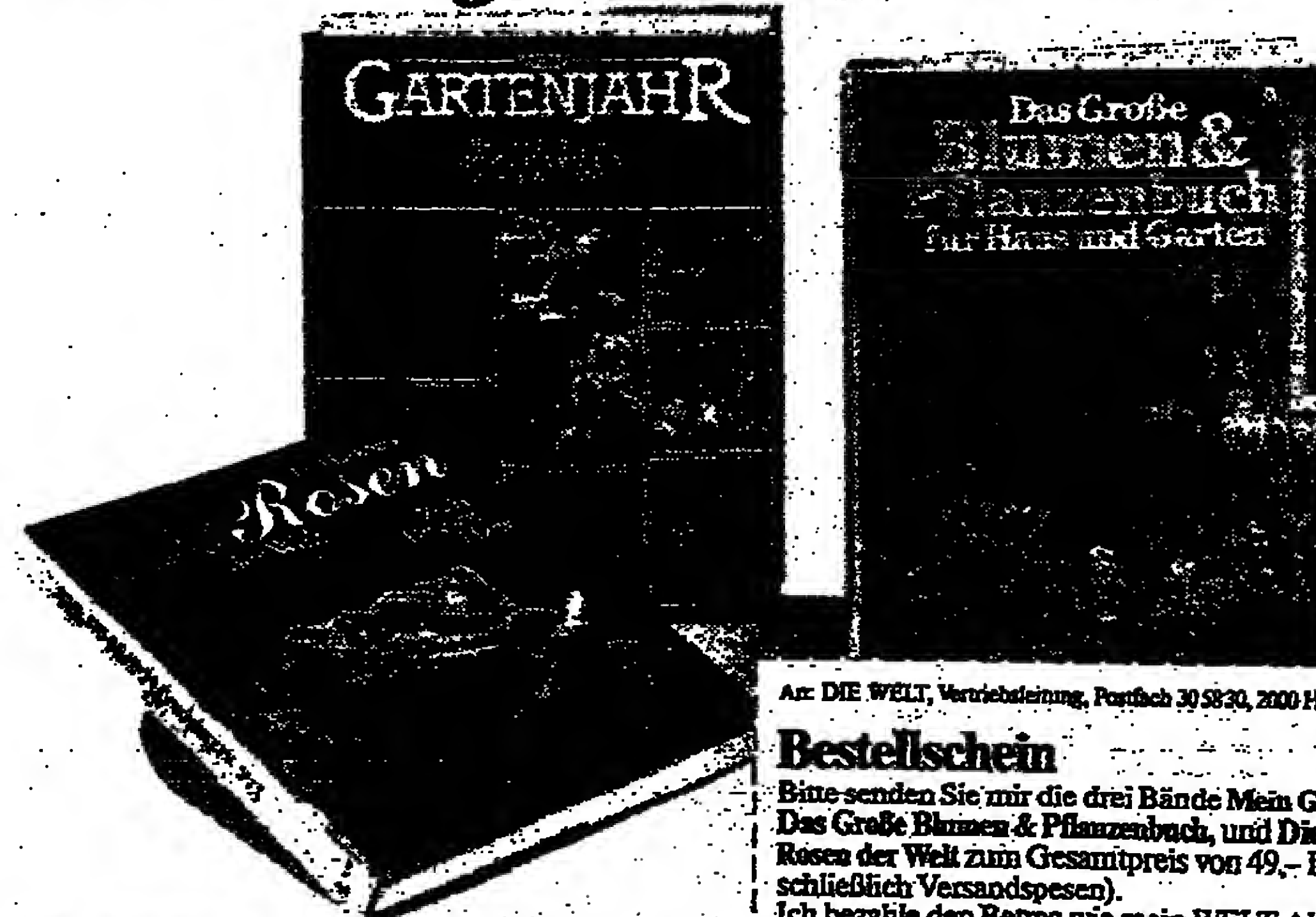
DIE WELT

WELTANZEIGEN VERLAGSGESellschaft FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

3 prächtige Bücher für den schönsten Garten, den Sie je hatten

für WELT-Abonnenten zum Sonderpreis von nur 49,- DM



Mein Gartenjahr
Der Große Bildband vom Pflanzen, Wachsen, Blühen und Ernten. Dieses Standardwerk für alle Gartenliebhaber läßt keine Frage offen. Auf 608 Seiten im Format 20,5 x 27,5 cm finden Sie mehr als 1.400 farbige Abbildungen und alle Informationen, die Sie für jede Art von Garten gebrauchen können.

Das Große Blumen- & Pflanzenbuch
für Haus und Garten
ist eine schöne Ergänzung zum Gartenjahr. Auf 256 großformatigen Seiten bietet es Ihnen schenenswerte farbige Pflanzenfotos und viele praktische Tipps.

Die schönsten Rosen der Welt
Zucht, Umgang, Pflege
123 Rosensorten werden in Wort und Bild vorgestellt und durch Auskünfte über alle Belange der Rosenzucht eindrücklich ergänzt.

Bestellschein

Bitte senden Sie mir die drei Bände Mein Gartenjahr, Das Große Blumen- & Pflanzenbuch, und Die schönsten Rosen der Welt zum Gesamtpreis von 49,- DM (einschließlich Versandkosten).

☐ Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement

☐ nach Rechnungsstellung

☐ durch Abbuchung

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Kunden-Nr.:

Abonnenten-Service

DIE WELT

WELTANZEIGEN VERLAGSGESellschaft FÜR DEUTSCHLAND

[illegible]

NATO: Wörner hat wenig Spielraum

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die sowjetische Ankündigung, in nächster Zeit „taktisch-operative Raketen“ mittlerer Reichweite in der „DDR“ und der Tschechoslowakei zu stationieren, hat bei der gestern in Brüssel begonnenen zweitägigen Tagung der NATO-Verteidigungsminister nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Bundesverteidigungsminister Wörner erklärte, danach werde sich für die Bundesrepublik die „Bedrohungslage“ nicht verändern. Man müsse in dem sowjetischen Schritt ein „psychologisches Manöver“ sehen. Der Westen halte dennoch an seiner Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen mit Moskau fest, werde aber keinen Preis dafür bezahlen, „daß die Sowjets an den Tisch zurückkehren“.

Bestimmende Themen der Tagung der NATO-Verteidigungsminister sind die Verbesserung der Militär-Infrastruktur in Westeuropa und ein Konzept zur Nutzung neuer Technologie für die konventionelle Verteidigung. Auf Bonner Anregung haben sich die NATO-Verbündeten zur Vorbereitung der gegenwärtigen Frühjahrstagung auf ein Vorhaben geeinigt, mit dem die von den USA hochgesteckten Ziele auf ein realistisches Maß zurückgeschraubt werden sollen, die auch finanzierbar erscheinen. Nach diesem Konzept hat die Verteidigung gegen den Angriff der sogenannten Ersten Staffel Priorität; danach rangiert der Kampf der NATO gegen die fliegenden Angriffskräfte des Warschauer Paktes auf dessen Basen im Hinterland; schließlich wird von der NATO als drittes der Kampf gegen die Zweite Staffel gesehen. Nach harten Vorgesprächen im Bündnis sind inzwischen auch die Amerikaner auf dieses Konzept eingeschwenkt.

Die Zustimmung dazu, welche Waffensysteme schließlich konkret von der NATO produziert werden, will Bonn auch von der amerikanischen Bereitschaft abhängig machen, dafür tatsächlich die „Zweibahnstraße“ einzurichten. Bisher nehmen sieben Achtel des NATO-Rüstungsmaterials den Weg von den USA nach Europa, nur ein Achtel wird in Westeuropa produziert. Besondere Spannungen wurden für die Erörterung über die Verbesserung der militärischen NATO-Infrastruktur erwartet. Für das neue Programm, das von 1986 bis 1991 reicht, haben die Militärs nötige Ausgaben von 42 Milliarden Mark errechnet, die USA verlangen mindestens 28 Milliarden Mark. Die Bundesregierung dagegen hält in der augenblicklichen Finanzlage insgesamt nur neun Milliarden Mark für finanzierbar. Die Kosten für das Infrastruktur-Programm sind nach einem Schlüssel verteilt, der Bonn 26,5 Prozent zuteilt und den Amerikanern Anteil auf 36,9 Prozent bemißt. Nach diesem Schlüssel müßte Bonn rund zwei Milliarden bereitstellen, die USA verlangen aber fast vier Milliarden Mark von deutscher Seite.

Genscher soll Kreml Sorge um Sacharow vortragen

Deutsches Helsinki-Komitee fordert „Interventionen“

WERNER KAHL, Bonn

Der Vorstand des „Deutschen Helsinki-Menschenrechts-Komitees“ hat gestern in Bonn Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gebeten, bei seiner Moskauer Reise den sowjetischen Politikern nachdrücklich die tiefe Sorge um das Leben von Andrej Sacharow und Jelena Bonner vorzutragen. Gleichzeitig wurde die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu Demonstrationen und humanitären Interventionen aufgerufen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees, Werner Marx (CDU), sprach in Bezug auf das Ehepaar Sacharow von einer „dramatischen Entwicklung“. Nach den neuen, alarmierenden Nachrichten über den Gesundheitszustand des Nobelpreisträgers und seiner Ehefrau hatte Marx von Paris aus kurzfristig die Sitzung des Helsinki-Komitees vorgeschlagen. Der Unionspolitiker hielt sich als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages in der französischen Hauptstadt auf. Die Mitglieder des Ausschusses sprachen dort mit französischen Politikern unter anderem über Hilfsmaßnahmen für das Ehepaar Sacharow. „Es besteht Anlaß zu größter Sorge“, sagte Marx nach der Rückkehr in Bonn.

Die Sacharows befinden sich seit kurzer Zeit im Hungerstreik. Andrej Sacharow ist erst jüngst am Bein operiert worden. Der im Januar 1980 nach Gorki verbannte Friedensnobelpreisträger und Physiker mußte sich dieser Operation unterziehen, weil er an einer Venenentzündung mit der Gefahr einer Thrombose litt. Seine Frau ist herzkrank. Marx sagte, nach Informationen aus der Sowjetunion sei sie in der letzten Zeit bereits so schwach gewesen, daß sie nur mühsam Treppen habe steigen können.

Verpflichtung der Konferenz von Helsinki

Das auf überparteilicher Basis arbeitende deutsche Helsinki-Komitee hat deshalb die bevorstehende Reise des Bundesaußenministers nach Moskau zum Anlaß genommen, die sowjetische Führung an die gemeinsame Verpflichtung der KSZE-Konferenz von Helsinki zu erinnern. Der Kreml habe seinerzeit jahrelang auf diese Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gedrängt. Zusammenkunft in Europa gedrängt, sagte Marx. Jetzt müsse es sich die Sowjetunion gefallen lassen, daß die Zusicherungen in der politischen-moralischen Absichtserklärung von Helsinki, aber ebenso der Nachfolgetreffen von Belgrad und Madrid, „eingeklagt“ würden. Zwar habe sich die sowjetische Seite anschließend „ineigenen Fällen positiv“ verhalten, so Marx, „in den meisten Fällen jedoch bisher nicht“.

Die sowjetischen Behörden werden vom Deutschen Helsinki-Komitee ersucht, dem Ehepaar Sacharow die dringend notwendige und von Andrej Sacharow geforderte medizi-

nische Hilfe durch Behandlung in der Moskauer Klinik der Akademie der Wissenschaften zu ermöglichen. Sacharow ist Akademienmitglied. Zugleich wandte sich das Komitee unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) an die sowjetischen Behörden, den Eheleuten „die sofortige Ausreise in ein Land ihrer Wahl“ zu gestatten.

Der Appell des Helsinki-Komitees richtet sich auch an die deutsche Öffentlichkeit, an die Bundestagsparteien und an die Bundesregierung: „Durch Demonstrationen, Parlamentsdebatten und rasche politische und humanitäre Interventionen gegenüber den verantwortlichen Stellen in der Sowjetunion darauf hinzuwirken, daß das bedrohte Leben des Ehepaares Sacharow gerettet und den in Verbannung und Isolation Lebenden, die sich gegenwärtig im Hungerstreik befinden, die sofortige Ausreise gestattet wird“.

Einweisung in Gefängnisse und psychiatrische Kliniken

Mit diesem Aufruf weist das Komitee gleichzeitig auf das schwere Los der Mitglieder unterdrückter Helsinki-Gruppen in der Sowjetunion und in der CSSR hin, die sich den gleichen Zielen verpflichtet haben. Sie wurden verfolgt, in Gefängnisse eingewiesen, in harten Straflager verurteilt oder in psychiatrische Kliniken eingesperrt, heißt es in dem Protest. „Für uns sind Andrej Sacharow und Jelena Bonner“, so erklärte der deutsche Helsinki-Vorstand, „Symbole für jene tausende aufrechter Verfechter der unveräußerlichen Rechte des Menschen auf Würde und Freiheit“.

Die Sowjets haben angesichts weltweiter Proteste Jelena Bonner inzwischen staatsfeindlich Hetze beschuldigt. Der Vorwurf basiert darauf, daß sich die Ehefrau des Nobelpreisträgers in Moskau gerichtlich gegen eine Verleumdungskampagne in sowjetischen Medien zur Wehr setzen wollte. Sowjetische Stellen, die sich einer Reisegeheimhaltung für die Sacharows widersetzen, so meinte gestern Werner Marx, versuchten offenbar, „ein Exempel zu statuieren“.

Die Gesellschaft Kontinent e.V., eine kulturelle Vereinigung zur Unterstützung der Menschenrechte in Osteuropa, hat anläßlich des bevorstehenden 63. Geburtstages Professor Sacharows am 21. Mai für den Vorabend um 19.30 Uhr zu einer Demonstration vor die Botschaft der UdSSR im Bonner Diplomatenviertel Bad Godesberg aufgerufen.

Mit einer Ansprache will Professor Lew Kopelew vor der diplomatischen Vertretung des Kreml am Sonntagabend an die Behörden in der Sowjetunion appellieren, die Repressalien einzustellen, eine medizinische Behandlung durch Ärzte zu gestatten, die das Vertrauen Andrej Sacharows haben und dem Ehepaar auf Wunsch eine Reisegeheimhaltung zu einem Ort seiner Wahl auszustellen.

„Arbeitskampf bremst Konjunktur“

Auch Daimler Benz einbezogen / BMW-Betriebsratschef für Vorruhestand

DW, Stuttgart / Bonn

Die Einbeziehung der gewerblichen Arbeitnehmer des Daimler-Benz-Werks Sindelfingen in den Streik der IG Metall im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden bedeutet eine erhebliche Ausweitung des Arbeitskampfes. Von dem Streik auf betroffen waren 32.000 Mitarbeiter. Bis zum Mittwoch waren schon 13.000 Beschäftigte in 15 Betrieben, zumeist Zulieferfirmen für die Autobauer, im Ausstand.

Mit der Einbeziehung des Sindelfinger Werks reagiert die IG Metall auf die Absicht der Unternehmensleitung, heute mit Beginn der Frühsschicht wegen fehlender Teile ausbestrichen Betrieben die Produktion einzustellen. Nach Angaben der Daimler-Benz AG seien von der Produktionseinstellung in Sindelfingen 20.000 Mitarbeiter – rund die Hälfte der Belegschaft – betroffen.

Gestern sagte der Sprecher der Daimler-Benz AG in Berlin, angesichts des Arbeitskampfes in Nordwürttemberg/Nordbaden seien im Berliner Werk mit seinen rund 3000 Beschäftigten von der kommenden Woche an mit Einschränkungen im Produktionsbetrieb zu rechnen. Die Berliner Arbeitgeber äußerten heftige Kritik am Verhalten der IG Metall. Die Streiks bremsen den gerade begonnenen wirtschaftlichen Aufschwung in der Stadt. Leidtragende der „eisernen Taktik“ der Gewer-

schaft seien in erster Linie Tausende von Arbeitnehmern, „die nicht im Traum daran gedacht haben, für die Funktionsänderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen“.

Diese Einschätzung deckt sich im wesentlichen mit Untersuchungen des in Berlin ansässigen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Anhaltende und umfangreiche Streiks, so die Prognose des DIW, würden den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland spürbar beeinträchtigen. Bei einer kurzen Tarifrunde dagegen sei mit einem fortgesetzten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen, das in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 um 3,5 Prozent gestiegen sei. Die stärksten Impulse für das Wachstum gingen weiter vom Export aus.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sollte nach Auffassung des BMW-Betriebsratsvorsitzenden Kurt Golda im Arbeitskampf der Metallindustrie schlichter, wenn die Tarifparteien einen Kompromiß finden. In einem AP-Gespräch sagte Golda am Mittwoch: Dem Streikschopper von Helmut Schmidt sollen sich sowohl die IG Metall wie auch die Arbeitgeber unterwerfen.

Golda setzte sich zugleich für eine Lohn- und Gehaltsverbesserung von mindestens 3,8 Prozent für die Metal-

ler ein. „Vier Prozent wären mir allerdings lieber“, fügte er hinzu. Ferner schlug er vor, eine bis 1990 befristete Vorruhestandsregelung „abzuschließen“, wobei die ausscheidenden Arbeitnehmer je nach Betriebszugehörigkeit bis zu 80 Prozent des letzten Bruttoeinkommens erhalten sollten. Außerdem solle „eine Kommission von IG Metall und Gesamtmetall gebildet werden. Diese Kommission sollte bis spätestens Dezember 1984 einen ernstzunehmenden Vorschlag für 1985 zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche ausarbeiten. Dieser Vorschlag sollte auch für Mittelbetriebe vertretbar sein. Er sollte so angelegt sein, daß er für Arbeitgeber wie auch für Arbeitnehmer vertretbar ist“, sagte der BMW-Betriebsratsvorsitzende.

Der Sprecher der Industriegewerkschaft Metall, Jörg Barczyk, sagte, der Vorschlag Goldas für einen Kompromiß zur Arbeitszeitverkürzung sei „nicht ernst zu nehmen“. Die Zuständigkeit für die Tarifpolitik liege zudem beim Vorstand der Gewerkschaft und nicht beim BMW-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, der „im übrigen nichts weiter als ein einfaches, zahlendes Mitglied der IG Metall ist“. Flankiert wurde der Arbeitskampf in den Bereichen Metall und Druck gestern von Mitgliedern der DGB Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die punktuelle Streiks ankündigten.

IG Druck dehnt den Streik aus

Gestern 90 Betriebe betroffen / Worum es der Gewerkschaft geht

DW, Bonn

Ungeachtet des für kommenden Dienstag vereinbarten Spitzengesprächs hat die Industriegewerkschaft Druck und Papier gestern ihre Streiks erheblich ausgeweitet. Die zentrale Streikleitung gab in Stuttgart bekannt, die Zahl der in den Arbeitskampf einbezogenen Betriebe werde von neun auf etwa 90 steigen. In vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland werden deshalb heute Tageszeitungen nicht oder nur in beschränktem Umfang erscheinen.

Die Chefredaktion der Illustrierten „Quick“ sprach gestern von einem Dauerstreik der IG Druck und Papier gegen das Blatt. Dies sei „Gewerkschaftszensur“. Zum zweiten Mal sei die Illustrierte binnen zwei Wochen Opfer des Streiks, während Konkurrenzblätter erscheinen könnten, erklärte Chefredakteur Gert Braun. Dieses Verhalten der IG Druck und Papier stehe im krassen Widerspruch zu der Versicherung der Gewerkschaft, durch Streiks keine Wettbewerbsverzerrung entstehen zu lassen.

Die Chefredaktion von „Quick“ äußerte den Verdacht, hinter dem Vorgehen der Gewerkschaft stehe die Absicht, eine kritische Berichterstattung über Arbeitskämpfe zu verhindern. Tatsächlich hatte die Zeitschrift in ihrem jüngsten Heft geschildert, „mit welchen agitatorischen Maßnahmen Stimmung für die Gewerkschaftsforderung gemacht wird“. Als

„Streik-Einpeitscher“ war dabei der stellvertretende IG Druck-Vorsitzende Detlef Henschke bezeichnet worden. Im selben Heft hatte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die IG Druck und Papier als „kommunistische Kaderorganisation“ bezeichnet.

Unterdessen wurde in einem weiteren Kleinbetrieb des Druckgewerbes ein Betriebsarbeitsvertrag zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn vereinbart. Der Vertrag für 33 Beschäftigte der Typographischen Werkstätten Jüllenbeck und Schlepper in Essen beendet einen fünfjährigen internen Prozess der Wochenarbeitszeitverkürzung.

Die Arbeitszeitverkürzung ist nur Teil eines Forderungspakets der IG Druck im derzeitigen Tarifkonflikt. Hefig umstritten ist auch der Katalog der Forderungen: zum Manteltarif. Dabei geht es nach Einschätzung der Arbeitgeberseite um eine fast lückenlose Bevormundung der Unternehmerrichtlinie. Die Soziale Marktwirtschaft zu unterminieren. Denn ein Großteil der Entscheidungsleistungen soll von den Unternehmensleitungen auf die Betriebsräte übertragen werden. Die gravierendsten Beispiele:

Der Betriebsrat soll bei Stellenplänen mitbestimmen. Darin seien die Arbeitgeber einen Verzicht auf jegliche Flexibilität durch die Unternehm-

er. Der Betriebsrat soll bei der Anschaffung von Maschinen und Anlagen mitentscheiden.

Die Betriebsräte sollen bei jeder Kündigung ein Vetorecht haben.

Überstunden sollen tariflich eingeschränkt werden. Eine Bewältigung von Spitzenbelastungen wäre dann nur noch durch Neueinstellungen möglich, die in schwachen Zeiten zu bezahltem Leerlauf führen müßten.

Dieses Forderungspaket zeigt, so die Unternehmensseite, daß nicht allein ein finanzielles Problem beherrscht wird, auch wenn die berechnete Gesamtbelastung aller dieser Forderungen zu einer Lohnkostensteigerung von 40 Prozent führen würde. Als viel wesentlicher werden die von der Gewerkschaft angeordneten Einschnitte in die Dispositionsfreiheit der Betriebe gewertet.

Hinzu kommt die Beunruhigung angesichts von Äußerungen des stellvertretenden IG Druck-Vorsitzenden Henschke, daß eine Reform der gedruckten Medien notwendig sei. Diese Bemerkung knüpft nämlich an frühere Forderungen der Gewerkschaft an, die private Organisationsform der Presse zu überwinden. Auf der Verlegerseite wird konkret der Vorwurf erhoben, die IG Druck und Papier strebe eine „Zangenbewegung“ an, um die gesamte Presseindustrie in der Bundesrepublik Deutschland von Grund auf zu verändern.

Auch Kohl ist über die FDP enttäuscht

Fortsetzung von Seite 1

Strauß ging in das Gespräch mit dem Kanzler mit der Forderung, in der Koalition müsse Verlässlichkeit und Linie herrschen. Ob auch die Frage einer Kabinettsumbildung angeschnitten wurde, falls es doch zu einer Anklage gegen Graf Lambsdorff kommen sollte, blieb zunächst offen. Jedenfalls ist in der CSU-Führung zu hören, nach diesen Ereignissen der letzten Tage wäre es unmöglich, die Position des Bundeswirtschaftsministers mit einem „schwachen Mann aus der FDP zu besetzen. Wiederholt war der Gedanke ventiliert worden, in einem solchen Fall das Amt des Ministers kommissarisch mit einem Staatssekretär, etwa mit Martin Grüner vom Ministerium, bis zu dem erwarteten Freispruch Lambsdorffs zu besetzen. Eine solche Entscheidung, so heißt es auch im Kanzleramt, wäre jetzt wohl nicht mehr möglich, weil sich die Koalition keinen weiteren personellen Schwachpunkt mehr leisten könne. Unglücklich zeigt man sich in der Union, aber auch bei Teilen der FDP über den mangelnden Glanz des Bundesjustizministers.

Das CSU-Organ „Bayernkurier“ hat gestern heftige Vorwürfe an die Adresse der FDP gerichtet. Den Rückzieher vom Amnestiegesetz nannte die Zeitung einen „großen und einmaligen Bruch von Treu und Glauben in der Koalition. Die Vorwürfe gipfelten auch in der Aussage: „Ohne Frage stellt Genschers Wortbruch und der Umfall der FDP die bisher schwerste Panne der Bonner Koalition dar“. Bundeskanzler Kohl könne dazu nicht schweigen. „Er muß im Interesse seiner eigenen und im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung einen Ausweg zeigen“. Dem FDP-Vorsitzenden wird vorgeworfen, er habe nicht für seine Position gekämpft.

Allerdings erscheinen die Vorwürfe gegen Genscher übertrieben, wenn man seine Aussagen in den Besprechungen heranzieht, die schließlich zum Beschluß des Amnestiegesetzes führten. Nach WELT-Informationen hat dabei der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick von Anfang an darauf hingewiesen, daß es „sehr sehr schwer“ werde, diese Entscheidung durchzusetzen. Genscher habe keine Garantie abgegeben, sondern lediglich zugesagt, er werde alles in seiner Kraft stehende tun, damit die Mehrheit der FDP zu diesem Amnestiegesetz stehe.

Gestern Vormittag haben Genscher und Mischnick den Kanzler aufgesucht und ihm erklärt, in der FDP gebe es keine Mehrheit mehr für den Gesetzesentwurf. Der Kanzler zeigte sich darüber enttäuscht, obwohl er diese Mitteilung aufgrund der in den vergangenen Tagen immer breiter gewordenen Widerstände in der FDP vorausberechnet hatte. Wenige Stunden später wurde dann der Gesetzesentwurf für eine Amnestie für Steuerhinterzuger bei Parteipenden nach einem Koalitionsgespräch auf der Ebene der beiden Fraktionen zurückgezogen.

Die Bentz-Brüder stellen ihr Unternehmen auf den Kopf

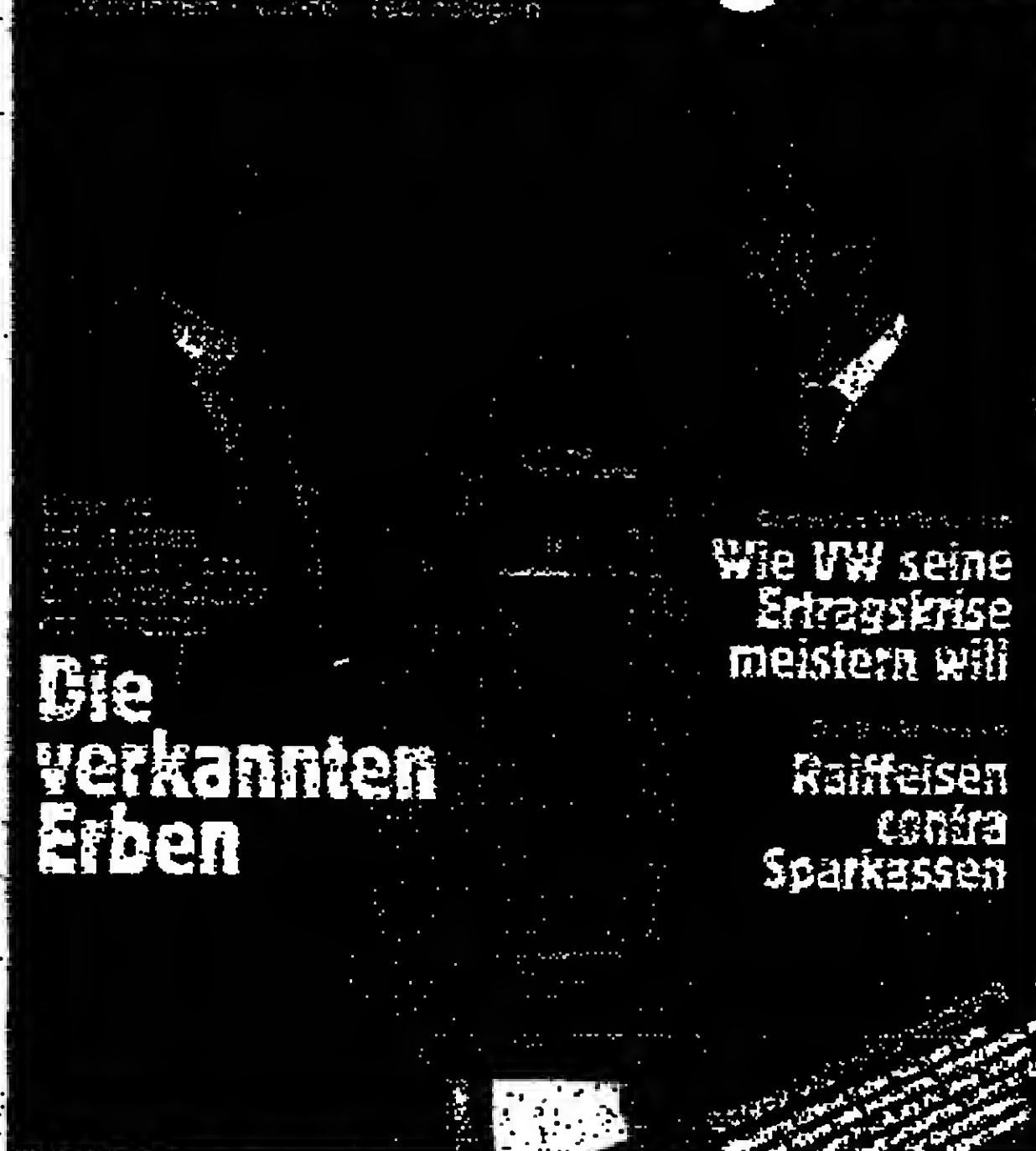
Melittas muntere Macher

Jörg und Thomas Bentz haben Grund zur Freude: Ihre drastischen Maßnahmen schlagen an.



Unternehmer Horst Bentz hat die Filter-Fabrik Melitta großgemacht. Doch er wollte einfach nicht aufhören. Starsinnig und selbstherrlich blockte er zum Schluß alles Neue ab. Als er endlich die Macht an seine Söhne verlor, paßte beim Marktführer nichts mehr zusammen. Jörg und Thomas Bentz jedoch, vom Bann des übermächtigen Vaters befreit, räumen rigoros auf.

Industriemagazin



Weitere Themen in der aktuellen Ausgabe
Abfallbeseitigungsgesetz, Zimmermanns
jüngster Streich.
Erfolgsstrategien, IBM/Kellogg/
Windhoff.
Alterssicherung, Mit Zero-
Bonds in Pension.

Industriemagazin

Die handfeste Alternative

Coupon

Bitte schneiden Sie hier entlang und füllen Sie das Formular aus. Geben Sie Ihren Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer an. Das ist die einzige Möglichkeit, das Magazin zu erhalten.

Name: _____
Adresse: _____
Telefon: _____
Datum: _____

Auch Kohl
st über die
DP enttäus

Fortsetzung von Seite 1

Donnerstag, 17. Mai 1984
Nr. 115

WELT DER WIRTSCHAFT

11

Kampf den Überstunden

gim (Stockholm) - Schwedens Arbeitsministerin Anna-Greta Gyllen hat den Überstunden den Kampf angesagt. Der Tag für einen gesetzlichen Eingriff rückt immer näher. Derzeit werden etwa vier Prozent aller Arbeiter außerhalb der regulären Arbeitszeit verrichtet, und rein theoretisch bedeutet dies ungefähr 140 000 Vollzeitbeschäftigten. Damit wird die offene ausgewiesene Zahl der Erwerbslosen, 137 000 oder 3,2 Prozent, übertrafen.

Nun kann die Rechnung nicht ganz so einfach gemacht werden, denn eine nähere Untersuchung zeigt, daß die meisten Überstunden auf betriebliche Schlüsselpositionen in den mittleren und oberen Angestelltenkategorien entfallen. 30 und 26 Prozent der dort Beschäftigten arbeiten mehr als 40 Stunden pro Woche, unter den Arbeitern sind es lediglich zehn Prozent. Die Ministerin will dennoch schärfere Gesetze. Denn die derzeitige Regelung, daß nicht mehr als 200 Überstunden jährlich verrichtet werden dürfen, wird meistens durch auch von den Gewerkschaften genehmigungspflichtigen Ausnahmen durchbrochen. Im übrigen scheint der Pflegesektor ein Bereich zu sein, der am ehesten geeignet ist, Mehrarbeit durch Neueinstellungen zu bewältigen, denn die verarbeitende Industrie verbucht nur ein

Prozent der Gesamtarbeitszeit als Überstunden.

Andererseits ist es, die am intensivsten nach Fachkräften sucht. Allein auf Diplomingenieuren warten fast 1000 offene Stellen, und erstmals seit vielen Jahren stehen schwedische Firmenvertreter wieder vor den Türen finnischer Hochschulen, um Abgänger anzuwerben.

Experten

Mk. - Schon seit Jahren gibt es „Experten“, die der deutschen Landwirtschaft Chancen bei der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe vorhersagen. Die Überlegung, die dahinter steht, ist recht simpel. Da mehr Nahrungsmittel erzeugt als verbraucht werden, soll ein Teil der Produktion auf andere Bereiche umgelenkt werden. So kann, wie die Befürworter meinen, ein Beitrag zur industriellen Rohstoffversorgung geleistet werden. Durch die Beimischung von Äthanol könne Rohöl gespart werden und ähnliches mehr. Technisch ist dies kein Problem mehr. Nur: Wie steht es um die Wirtschaftlichkeit? Die ist nun überhaupt noch nicht in Sicht. Sicher, die Forschungsanstrengungen sollen noch verstärkt werden, wogegen auch nichts spricht. Denn die herkömmlichen Energierohstoffe werden auch in Zukunft im Preis steigen. Ob dann mehr Ersatzstoffe gefragt sind, muß der Markt entscheiden. Neue Subventionen sind jedenfalls ein Weg, der nicht beschritten werden sollte.

Zinstreibender Boom

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Die Schubkraft der enormen Steuergeschenke und Verteidigungsausgaben, die Amerikas Haushaltsdefizite in schwindende Höhen getrieben haben, ist weit unterschätzt worden. Die US-Wirtschaft befindet sich in einer mächtvollen Boomperiode, wie die jüngste kräftige Zunahme der Industrieproduktion unterstreicht. Die rasch wachsende private Kreditnachfrage kollidiert nun mit dem Finanzbedarf des Staates. Daraus wird ersichtlich, daß weiter steigende Zinsen nicht zu vermeiden sind, wenn Washington die Inflation in Schach halten will.

Einen Dämpfer hat das Federal Reserve Board den Analysen in der Reagan-Administration aufgesetzt, die nicht müde würden, eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstemplos in den USA vorauszusagen. Nach Angaben der Notenbank nahm die Industrieproduktion im April um 1,4 Prozent zu, verglichen mit nur 0,5 und ein Prozent in den beiden Vormonaten. Damit ist der Index, der 1981 Punkte (1987 = 100) erreichte, in den vergangenen 17 Monaten ohne Unterbrechung gestiegen. Er liegt jetzt um sechs Prozent über dem Höchststand, der im Juli 1981 ausgewiesen worden war.

Längst aufgeholt hat Amerikas Industrie mit den Rezesionsverlusten. Seit Jahresfrist wuchs die Gesamtproduktion um 14,4 Prozent. Bei Endprodukten betrug das stolze Plus 12,5, bei Halbfertigwaren 14,3 und bei Vormaterialien 16,6 Prozent. Seit April 1983 erhöhte sich die Erzeugung von kurz- und langlebigen Konsumgütern um 6,7 und 16,7 Prozent. Bei Investitions- und Rüstungsgütern waren es 19,4 und 12,3 Prozent. Die Weiterverarbeitung lag mit 15,2 Prozent vor dem Bergbau und den Versorgungsgesellschaften (10,5 und 5,6 Prozent).

Bisher beherrschte die Automobilindustrie die Ausstoß-Statistiken. Das war aber im April nicht mehr der Fall, was auf eine erhebliche Verbreiterung der Basis hindeutet. Die Produktion von kurz- und langlebigen Erzeugnissen wuchs diesmal um 1,3 und 0,4 Prozent, wobei Detroit auf Jahresbasis nur 7,7 (März: 8,2) Millionen Fahrzeuge von den Bändern laufen ließ. Dagegen nahm der Ausstoß von Investitions- und Rüstungsgütern um 1,5 Prozent zu.

Diese Beschleunigung hat am Potomac praktisch niemand vorausgesehen. Sie kommt aber nicht von ungefähr; denn immerhin sind im April die Einzelhandelsumsätze um 2,9 Prozent gestiegen. Der amerikanische Verbraucher behält angesichts der realen Einkommenszuwächse die Spenderhosen an; von einer Abschwächung der Kaufbereitschaft kann also keine Rede sein. Die statistische Erfassung führt häufig in die Irre; im März (minus zwei Prozent) sind zweifellos saisonale Faktoren falsch interpretiert worden.

Daß die Verbrauchernachfrage in den USA der stärkste Konjunkturmotor bleibt, signalisiert auch die Zunahme der Ratenkredite. Sie machte im 1. Quartal 1984 17,5 Prozent aus, gegenüber 11,5 Prozent im Gesamtjahr 1983. Im März wuchs allein hier die Nettoverschuldung um 5,9 Milliarden Dollar. Der Handel reagiert darauf mit einer weiteren Lageraufstockung (1,8 und 0,9 Prozent im Februar und März). In dieser Situation rechnet das Commerce Department in Washington denn auch nicht mit einer größeren Revision der Wachstumsrate des US-Bruttosozialprodukts in der Januar-März-Periode (real 8,3 Prozent), die Freitag fällt ist.

Bisher hat der Boom noch nicht zu inflationären Flaschenhälsen geführt. Diese Gefahr nimmt jedoch mit wachsender Kapazitätsauslastung zu; zur Zeit liegt sie bei rund 81 Prozent. Verhindert werden Preisexplosionen überdies noch durch die wechselungsbedingten Billigeneinführen. Außer bedenklich ist indes die Kreditverknappung, die eindeutig ein Ergebnis des „crowding out“ ist. Das heißt, die Finanzmärkte können den staatlichen und privaten Kreditbedarf nicht ohne steigende Zinsen absorbieren.

Seit Mai 1982 hat sich die Rendite 30jähriger Treasury Bonds von 10,30 auf 13,32 Prozent erhöht. Schlimmeres steht bevor: Von Juli bis September muß das US-Schatzamt zur Defizitfinanzierung 45 bis 50 Milliarden Dollar aufnehmen, während der Cash-flow der Unternehmen zyklusgerecht schrumpft. Wegen der steuerlichen Absetzbarkeit der Zinsen haben in den USA die Kreditkosten viel von ihrer Bremswirkung verloren, nicht aber in anderen Ländern.

LUFTFAHRTINDUSTRIE / ILA soll „technisch angereichert“ werden

Verstärkte Nachfrage im zivilen Bereich erst 1986 umsatzwirksam

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, die im vergangenen Jahr mit erheblichen Problemen konfrontiert wurde, erkennt wieder ein Anzeichen der Nachfrage im zivilen Bereich. Ernst Zimmermann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI), rechnet allerdings mit dem daraus resultierenden Umsatzschub erst für 1986.

Anlässlich der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung ILA '84, die am Sonntagabend von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Hannover eröffnet wird, erklärte Zimmermann, maßgeblich für die günstige Entwicklung seien vom internationalen Markt ausgehende Impulse. Ohnehin, so Zimmermann, sei die deutsche Luftfahrtindustrie in starkem Maße vom Ausland abhängig. Der Inlandmarkt im zivilen Bereich sei praktisch identisch mit dem Bedarf der Luftfahrt. Der hohe Stellenwert der Branche und ihre Leistungskraft könne nur erhalten werden, wenn die Exportchancen genutzt würden. Für die Bundesrepublik sei die Zielrichtung eindeutig: Markterweiterung bedeute die stärkere Einbeziehung der westeuropäischen Länder. Ebenso wichtig aber sei die internationale Zusammenarbeit.

Zwar liegen die endgültigen Zahlen für 1983 noch nicht vor. Zimmermann schätzt aber, daß die deutsche Luftfahrtindustrie mit ihrem Umsatz nur das Niveau des Vorjahres erreicht hat. Das leichte Minus im zivilen Bereich dürfte dabei vom militärischen Sektor kompensiert worden sein. Für 1982 weist das BDLI

20 Prozent des Umsatzes. Zimmermann weist darauf hin, daß die Branche nach wie vor ein „gewaltiges technisches Innovationspotential“ habe, vor allem in den Bereichen Werkstoffe und Triebwerke. Dort bedürfe es weiterhin beträchtlicher Anstrengungen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. In Japan etwa werde derzeit intensiv an Werkstoff-Neuentwicklungen gearbeitet.

Nachdrücklich befürwortet Zimmermann die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Staat, weil die Spin-off-Effekte des militärischen Bereichs wirksam werden und der zivilen Luft- und Raumfahrt zugute kommen. So gesehen sei die Entscheidung der Bundesregierung, sich an der Entwicklung des Airbus 320 zu beteiligen, zukunftsweisend. Zu bedauern indes sei die Zurückhaltung zu zwei Projekten im militärischen Bereich, dem Panzerabwehr-Hubschrauber und dem Jäger.

Zimmermann bezeichnete die ILA als ein für die deutsche Luftfahrtindustrie dringend benötigtes „eigenes Schaufenster“. Ebenso wie Messe-Vorstandsmitglied Hubert Lange plädierte er für eine „technische Anreicherung“ der alle zwei Jahre stattfindenden Ausstellung. Dabei gehe es um die Aufwertung der ILA im Vergleich zu den Luftfahrt-Ausstellungen in Frankreich und England.

Seite 22: Langer Anlauf zum Erfolg

EUROPÄISCHER REGIONALFONDS

Gießkannensystem soll endlich beseitigt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Über die Grundzüge einer Reform des Europäischen Regionalfonds haben sich die Außenminister der EG nach dreijährigen Verhandlungen verständigt. Sie soll eine Abkehr vom bisherigen „Gießkannensystem“ bringen und die Zuschüsse der Gemeinschaft stärker auf die wirklich bedürftigen Länder konzentrieren.

Zwar hat Frankreich, das sich in der Vergangenheit dieser Konzentration widersetzt, auch jetzt noch nicht auf Rückflüsse aus dem mit 1,45 Milliarden Ecu (3,25 Milliarden DM) dotierten Fonds verzichtet. Anstelle der bisherigen Festquoten sollen für die Zuschüsse jedoch künftig nur noch Mindest- und Höchstmengen vergeben werden, was der EG-Kommission mehr Bewegungsfreiheit bei der Genehmigung von Anträgen schafft.

So wird der deutsche Anteil von früher sechs auf künftig 3,7 bis 4,8 Prozent der Gesamtschüttungen reduziert. Nur Griechenland und Irland erhalten die gleichen Quoten wie in der Vergangenheit, da sie eine besonders zurückgebliebene wirtschaftliche Struktur besitzen.

Während bisher 95 Prozent der Mittel nach dem Quotensystem vergeben wurden, sollen in Zukunft 15 Prozent Gemeinschaftsprogrammen vorbehalten bleiben, die mit absoluter Mehrheit vom Rat bestimmt werden müssen. Aus dieser Neuregelung ergibt sich erstmals die Chance, dem Fonds den Charakter eines reinen finanziellen Lastenausgleichs zu nehmen und ihn statt dessen mehr als bisher in den Dienst einer grenzübergreifenden europäischen Regionalpolitik zu stellen.

Der Beteiligungssatz der EG an förderungswürdigen Regionalvorhaben soll von bisher 30 auf 50 Prozent angehoben werden. Damit kam der Ministerrat einem Wunsch der besonders bedürftigen Mitgliedsländer entgegen, die oft nicht genügend Eigenmittel aufbringen können. In Ausnahmefällen ist sogar eine Aufstockung auf 55 Prozent geplant.

Schließlich wurde auch eine Einigung über eine Liste von Infrastrukturprojekten erzielt, die nicht aus Brüssel gefördert werden dürfen. Auf dieser Forderung hatte besonders die Bundesrepublik bestanden. Die „Negativliste“ enthält unter anderem Krankenhäuser, Schulen, Kasernen, Behördenbauten und Wohnungen. Ziel des Regionalfonds soll vor allem die Milderung des wirtschaftlichen Gefälles in den Regionen sein, die vom Niedergang veralteter Industriezweige betroffen sind oder besonders unter der Erweiterung der EG leiden.

Mit den Reformbeschlüssen, deren Einzelheiten allerdings noch bestimmt werden müssen, folgte der Rat einem ausdrücklichen Auftrag der Staats- und Regierungschefs. Als erstes war 1983 bereits eine Neuorientierung des Brüsseler Sozialfonds angekündigt. Beide Maßnahmen sollen einen effizienteren Einsatz der EG-Mittel ermöglichen.

AUF EIN WORT



„In unserem rohstoffarmen Land können wir nur mit Hilfe der Technik die Zukunft sichern. Ohne die Technik würden wir mehr als den Wohlstand verlieren; denn auch das System der sozialen Sicherheit bräche zusammen, und Bildung wäre wieder Privileg für wenige.“

Dr. Ulf Merbold, Physiker und Astronaut

FOTO: TRUPRESS

DIW: Streiks bremsen Konjunktur

Wz, Berlin
Mit einer spürbaren Beeinträchtigung der Produktionsentwicklung rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), falls sich die Streiks weiter ausdehnen sollten. Wenn sich die Streiks jedoch begrenzen ließen, werde weiter eine positive konjunkturelle Entwicklung erwartet. Die stärksten Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum gehen nach Angaben des Berliner Instituts vom Export aus. Für das zweite Quartal erwartet das Institut eine Zunahme des Bruttosozialprodukts wie im Vorquartal von 0,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresquartal wäre dies wieder ein Plus von 2,5 Prozent. Seit Jahresbeginn hätten die Auftragsengpässe der Industrie - von monatlichen Schwankungen abgesehen - weiter zugenommen - im Inland ebenso wie aus dem Ausland.

HWWA

Verbraucherpreise werden nur sehr verhalten steigen

JAN BRECH, Hamburg

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird auch im weiteren Verlauf dieses Jahres sehr verhalten bleiben. Nach Meinung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, spricht für eine relativ stabile Entwicklung einmal die stabilitätsorientierte Geldpolitik und zum anderen die noch weithin unausgelasteten Kapazitäten in der Produktion. Auch von der Kostenseite erwartet das HWWA in nächster Zeit keine kräftigen Anstöße. Wenn die bisherigen Tarifabschlüsse richtungsweisend für die weiteren seien, werde der Lohnkostenanstieg nicht allzuweit über die Produktivitätszunahme hinausgehen. Da auch eventuelle Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen in diesem Jahr kaum konsumwirksam werden können, werden nach Meinung des HWWA die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten nur leicht zunehmen.

Stabilität erwartet das HWWA vor dem Hintergrund leichter Aufwertungsstendenzen der D-Mark, unter Schwankungen vor allem gegenüber dem Dollar und nur sehr langsam anziehenden Weltmarktpreisen für Rohstoffe auch bei den Einfuhrpreisen. Ebenso dürften sich nach den letzten EG-Beschlüssen Nahrungsmittel kaum verteuern.

Insgesamt rechnet das HWWA über das ganze Jahr mit einer Inflationsrate von drei Prozent, die zum Jahresende etwas niedriger liegen wird. Seit Herbst 1983 steigen nach Angaben des Forschungsinstituts die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit einer laufenden Jahresrate von nur zwei Prozent. Der nur mäßige Preisauftrieb sei in hohem Maß ein Erfolg der Geldpolitik.

ZENTRALBANKRAT

Ängste vor einer Erhöhung der Leitzinsen sind gewichen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach dem neuerlichen leichten Rückgang des Dollar-Kurses unter die Marke von 2,74 DM und der freilich möglicherweise nur vorübergehenden Zinsberuhigung in den USA am Dienstag sind die Ängste vom Markt gewichen, der Zentralbankrat werde auf seiner heutigen Sitzung eine Erhöhung der Leitzinsen beschließen. Spekuliert wurde zuvor auf eine Anhebung des Diskontsatzes von vier auf fünf Prozent und des Lombardsatzes von 5½ auf 6 Prozent.

Vor diesem Hintergrund besserte sich gestern die Stimmung an den deutschen Wertpapierbörsen spürbar. Am Rentenmarkt setzte sich eine freundliche Tendenz durch, und der Aktienmarkt tendierte teilweise sogar fest mit Kursgewinnen bis zu 5 DM. Eine zunehmende Nachfrage aus dem In- und Ausland stieg auf leergefegte

Markte. Der Aktienindex der WELT erhöhte sich von 148,9 auf 149,9 Punkte.

Mit Appellen an die Bundesbank, in der Geldpolitik nicht in Hektik zu verfallen, meldeten sich jetzt zwei Landesbankiers zu Wort. Heinz Sippel, Chef der Hessischen Landesbank, verwies darauf, daß sich die Bundesbank auch bei einem Dollar-Kurs von 2,94 DM nicht habe nervös machen lassen. Deswegen sei auch jetzt kein zinspolitisches Signal nötig, wenn sich nichts Gravierendes ändere. Im gleichen Sinne äußerte sich Ludwig Huber, Präsident der Bayerischen Landesbank. Eine Korrektur der Leitzinsen würde jetzt auf jeden Fall mißverstanden, denn die klassischen Orientierungsdaten wie Konjunktur, Geldmenge und Preise, böten der Notenbank keine überzeugende Argumentationshilfe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

250-Millionen-Kredit für die UdSSR

Frankfurt (adh) - Über ihre Luxemburger Tochtergesellschaft hat die Dresdner Bank AG gemeinsam mit anderen Banken einen 250-Mill.-Dollar-Kredit für die Sowjetunion arrangiert. Die ursprünglich für den mittelfristigen Konsortialkredit vorgesehenen 150 Mill. Dollar wurden vom Markt so gut aufgenommen, daß der Kreditbetrag auf 250 Mill. Dollar aufgestockt werden konnte, teilt die Dresdner Bank mit. Die Laufzeit beträgt fünf Jahre, verzinst wird der Kredit mit 5/8 Prozent über der Londoner Interbank-Rate. Insgesamt gehören dem Konsortium 31 Banken aus 17 Ländern an.

Interesse an Ruhrkohle

Düsseldorf (AP) - Die nordrhein-westfälische Landesregierung will Anteile an der Ruhrkohle AG (RAG) erwerben. Dadurch solle die Ausgewogenheit in der Eigentümerstruktur erhalten bleiben, erklärte Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen. Über die Höhe des Anteils machte der Minister keine Angaben. Begründung sei, daß einige der krisengeschüttelten Stahlunternehmen zur Verbesserung ihrer Liquidität ihre Anteile an der RAG zum Teil an Elektrizitätsunternehmen veräußern müßten.

Teil-Privatisierung

Berlin (Wz) - Die Berliner Bank AG, deren Alleinaktionär das Land Berlin ist, soll zum Teil privatisiert werden. Wie Finanzsenator Gerhard Kunz jetzt bestätigte, sollen die neuen Aktien an der Kapitalerhöhung um 65 auf 250 Mill. DM privaten Anlegern über die Börse angeboten werden. Dadurch verringert sich der Anteil des Landes Berlin am Aktienkapital der Berliner Bank auf 74 Prozent. Vorgesehen ist eine möglichst breite Streuung der neuen Aktien und die Ausgabe von Belegschaftsaktien. Über den Ausgabekurs und die Einzelheiten der Aktienemission wird

nach beraten. Konsortialführerin bei der Börseneinführung ist die Deutsche Bank.

Elefanten-Hochzeit

Washington (dpa/VWD) - Die Handelskommission der US-Regierung wird voraussichtlich auch den Zusammenschluß der Ölgesellschaften Mobil und Superior Oil genehmigen. Dies wäre die dritte große „Öl-Hochzeit“ nach Texaco-Getty und Standard-Gulf in diesem Jahr. Wie es in Washington hieß, liegt der Handelskommission, der Federal Trade Commission, eine Empfehlung vor, dem 5,7 Mrd. Dollar-Geschäft zuzustimmen. Mit der Übernahme würde Mobil seine weltweiten Öl- und Gasreserven um 18 Prozent erhöhen und dem Umsatz nach hinter Exxon an die zweite Stelle in den USA rücken.

Großhandelspreise

Wiesbaden (VWD) - Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik stiegen im April gegenüber dem Vormonat um 0,4 Prozent. Sie lagen damit um 4,9 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Index, der die Höhe des Anteils machte der Minister keine Angaben. Begründung sei, daß einige der krisengeschüttelten Stahlunternehmen zur Verbesserung ihrer Liquidität ihre Anteile an der RAG zum Teil an Elektrizitätsunternehmen veräußern müßten.

Wohnungsbaulücke

Hamburg (dpa/VWD) - Der Bundesverband Freier Wohnungsunternehmen (BFW), Bonn, befürchtet nach dem Auslaufen steuerlicher Vergünstigungen für den Eigentümernwerb einen drastischen Rückgang des Wohnungsneubaus und eine Versorgungslücke im Wohnungsbau. Zwar sei der Wille zum Eigentum weiterhin ungebrochen, die Realisierung verzögerte sich aber durch die erschwerte gesamtwirtschaftliche Lage und durch die langatmige Diskussion über die Wohnungspolitik. Die Auftragsbestände sicherten die Beschäftigung nur noch für durchschnittlich etwa 2,5 Monate.

SCHIFFFAHRT-FÖRDERUNG

Bonn gewährt Zuschüsse von 250 Millionen Mark

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat jetzt über das Schiffsfahrts-Förderungsprogramm der Bundesregierung entschieden. Mit dem im Bundeshaushalt 1984 vorgesehenen Förderungsvolumen von 250 Millionen Mark werden Schiffbauzuschüsse in Höhe von 12,5 Prozent der Baukosten für 90 Vorhaben deutscher Reeder gewährt. Die Schiffe haben zusammen eine Tragfähigkeit von 438 000 Tonnen. Der Auftragswert wird vom Ministerium mit rund zwei Milliarden Mark angegeben. Er entspricht damit der Summe, die von den deutschen Werften als Aufträge aus dem Inland für unbedingt notwendig gehalten werden.

Für das diesjährige Programm lagen dem Ministerium Anträge für 158 Bauvorhaben vor. Die Auswahl erfolgte nach den schiffahrtspolitischen

Grundsätzen für die Förderung der deutschen Seeschifffahrt. Damit sollen unter anderem die Wettbewerbsverhältnisse der deutschen Seeschifffahrt an das internationale Niveau angeglichen werden und ein angemessener Schiffsbestand unter deutscher Flagge erhalten bleiben.

Die Förderung führt einerseits zur Kostenentlastung bei Reedern und erhöht zusammen mit den wieder eingeführten Finanzbeiträgen (Zinssubventionen) die Chance, den Bestand der deutschen Handelsflotte zu sichern.

Dollinger erwartet, von dem Programm eine Initialzündung für Investitionen in hochproduktive Schiffe. Von dem Programm gehe überdies eine positive Wirkung auf die Beschäftigung der Werften aus, deren Schwierigkeiten ohne die Bundeshilfen noch größer wären.

OECD / Ministerrat will den Abbau des Protektionismus beschleunigen

Keine Einigkeit über Zollsenkungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wie der wirtschaftliche Wiederaufschwung in den westlichen Industrieländern zu einer verstärkten Liberalisierung des Außenhandels genutzt werden kann, ist das zentrale Thema der heute in Paris beginnenden Jahrestagung des OECD-Ministerrats. Der bereits vor einem Jahr von den Außen- und Wirtschaftsministern beschlossenen Absichtserklärung über den Abbau des Protektionismus sollen jetzt Taten folgen. Insbesondere stehen Importerleichterungen gegenüber den Entwicklungsländern zur Diskussion.

Vom OECD-Generalsekretär wird dazu vorgeschlagen, die im Rahmen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) zum 1. Januar 1985 beschlossenen Zollsenkungen um ein Jahr vorzulegen. Darüber herrscht aber noch kein Einvernehmen zwischen den 24 Mitgliedsstaaten. Verschiedene Regierungen wol-

len sich damit begnügen, eine neue Zollsenkungsrunde anzuzugehen, ohne sich aber bereits konkret festzulegen. Dagegen besteht die Bundesregierung zunächst einmal auf der Vorverlegung der letzten Runde.

Eine Einigung scheint eher möglich bei der Revision der OECD-Richtlinie von 1978 über internationale Investitionserleichterungen. Von der Regelung betroffen sind hauptsächlich die multinationalen Unternehmen. Auch hier gilt als Ziel, die Investitionsmöglichkeiten in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Wie üblich befähigt sich der Ministerrat mit der allgemeinen Wirtschaftslage der OECD-Zone. Sie ist durchweg besser, als auf der letzten Jahrestagung erwartet worden war. Vor allem in den Vereinigten Staaten hat sich das Wachstum stark beschleunigt. Es dürfte sich aber 1985 etwas verlangsamen, während es in Europa zunehmen und in Japan unverändert

bleiben soll. Dies ergibt sich aus der jüngsten Prognose des OECD-Sekretariats.

Obwohl in einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet wird, wollen die Minister in ihrer Wirtschaftspolitik die Preisstabilisierung weiterhin Vorrang einräumen. Zu diesem Zweck sollen insbesondere die Budgetdefizite abgebaut werden. Meinungsverschiedenheiten bestehen hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die von deutscher Seite propagierte flexible Arbeitsmarktpolitik stößt vor allem in den sozialistischen Mitgliedsstaaten der OECD auf Skepsis.

Frankreichs Wirtschaftsminister Delors kritisierte, daß die Tagesordnung der Sitzung mit Handelsfragen überlastet sei. In erster Linie müßten jedoch die kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsperspektiven und die Verschuldung der Dritten Welt behandelt werden.

Manitoba / Kanada

lädt mittelständische Unternehmen ein.

Einmalige Möglichkeiten für erfolgreiche und sichere Investitionen und die Chance, am gesamten nordamerikanischen Markt teilzuhaben. Wir helfen Ihnen bei der Standortsuche und bei der Einwanderung. Wir besorgen Marktinformationen, Geschäftskontakte und Gelegenheiten für Beteiligungen. Vom 17. - 30. Mai 1984 stehen Ihnen Regierungsbeamte aus Manitoba in Düsseldorf zu Gesprächen zur Verfügung. Hotel Intercontinental, Reg. Ebbeling, Düsseldorf, Tel. 02 11 / 4 55 30. Kanadisches Konsulat, Immermannstr. 3, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 / 35 34 71. Bitte, schicken Sie diesen Coupon in jedem Falle an: Government of Manitoba, Department of Industry, Trade and Technology, Reg. Ebbeling 701-155 Carlton Street, Winnipeg, Manitoba R3C 0V8, Tel. 001 20 49 44 24 71, Telex 07 587 833

Coupon

Ich möchte mit Ihnen gern ein Gespräch führen:

Name: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____

VERSCHULDUNG

Gipfeltreffen der Lateinamerikaner?

dpa/VWD, Buenos Aires
Der argentinische Präsident Raul Alfonsín überlegt, ob er sich wegen der erneuten Erhöhung der amerikanischen Prime Rate um 0,5 auf 12,5 Prozent um ein Gipfeltreffen der Chefs der verschuldeten lateinamerikanischen Länder bemühen soll. Eine gemeinsame Haltung gegenüber den internationalen Banken sei unter diesen Umständen notwendig. Die Auslandsschuld Lateinamerikas wird auf 340 Mrd. Dollar geschätzt.

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. - Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

HERAUSGEBER: WELTVERLAG GMBH
VERLAGSSTELLE: 1000 BERLIN 30, POSTFACH 30 30 30

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT
Vertrieb, Postfach 30 30 30, 1000 Hamburg 30.

An DIE WELT Vertrieb, Postfach 30 30 30, 1000 Hamburg 30

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 26,00 (Ausland 35,00). Luftfracht und Aufträge, anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

PLZ: _____

PLZ Ort: _____

Beauf. _____

Telefon: _____

Unterzeichnet: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT Vertrieb, Postfach 30 30 30, 1000 Hamburg 30.

Unterzeichnet: _____

schätzt. Sie stieg durch die Prime Rate-Anhebung um 3,5 Mrd. Dollar.

Argentinien: Schuldverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über eine Umschuldung der knapp 45 Mrd. Dollar sollen noch in dieser Woche beginnen. Wie verlautet, will der IWF ein Staatsdefizit von 13,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts akzeptieren, außerdem eine Inflationsrate von maximal 280 Prozent im Jahr 1984. Ein Haushalts 1984 fehlt allerdings immer noch.

DEUTSCHE BANK HV / Aktionäre mit Dividendenerhöhung nicht ganz zufrieden

Geringe Aussichten für Zinssenkung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Mit einer Dividendenerhöhung von 11 auf 12 DM je Aktie habe die Deutsche Bank zu wenig für die Aktionäre getan, kritisierten Aktionärssprecher unter Applaus auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt. Sie hätten gerne mehr in eigenen Portemonnaie gesehen als in den Polstern der Bank. Auch die Bank hätte es lieber anders gesehen, räumte Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians ein. Aber die Risikoträchtigkeit des Geschäfts mache nun einmal eine innere Stärkung notwendig. In diesem Zusammenhang warnte sein Sprecherkollege Wilfried Guth die Aktionäre, sich keine falschen Hoffnungen auf eine baldige größere Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen zu machen.

Auf der sehr ruhig verlaufenen Hauptversammlung, die nach rund fünfständiger Dauer beendet wurde und auf der 68,9 Prozent des Kapitals vertreten waren, berichtete Guth, das Betriebsergebnis der Bank habe in den ersten vier Monaten dank des guten Abschneidens des Wertpapiergeschäfts etwa dem Vorjahresdurchschnitt entsprochen. Ohne die Eigenhandelsgewinne sei das Ergebnis dagegen leicht gesunken. Die Zinsmarge habe weiter unter Druck gestanden und sich von 3,32 Prozent im Vorjahresdurchschnitt auf 3,19 Prozent ermäßigt. Der Vorstand rechnet damit, daß sich dieser Druck bei stagnierendem Zinsniveau weiter vergrößert. Ob sich im Eigenhandel wieder ein so gutes Ergebnis wie 1983 erzielen läßt, könne man heute noch nicht sagen, obwohl Guth die Aussichten dafür nicht ungünstig beurteilt. Die Bank will jetzt versuchen die unvermeidliche Einbuße bei der Zinsmarge durch eine Ausweitung des Kreditvolumens und durch vermehrte Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft aufzufangen.

Das Kreditgeschäft der Deutschen Bank hat sich etwas belebt, und der Vorstand geht aufgrund seiner positiven Konjunkturbeurteilung auch davon aus, daß sich diese Tendenz fortsetzen wird, aber er rechnet nicht mit einem stärkeren Anstieg. Einer lebhafteren Nachfrage wirke nicht zu letzt entgegen, daß viele Firmen ihre Kassenhaltung zu straffen versuchen.

Als Nachfröster für die Konjunktur bezeichnete Guth den Arbeitskampf, der, je nachdem wie lange und in welcher Breite er ausgefochten werde,

manche Hoffnungen für 1984 in Frage stelle. Wie auch immer der Ausgang sein werde, warnte Guth: "Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung nehmen dabei Schaden." Heute könne es leider nur noch darum gehen, den Schaden so gering wie möglich zu halten. Guth appellierte an die Tarifpartner, das gerade in Gang gekommene Wachstum nicht durch neue Belastungen zu gefährden. Ein Aktionärssprecher äußerte die Sorge, wenn weiter ein so harter gewerkschaftlicher Kurs verfolgt werde, könnten die inländischen Kreditrisiken der Banken bald so bedrohlich werden wie die ausländischen.

Zur Zinsentwicklung in der Bundesrepublik meinte Guth, die Aussichten für eine weitere leichte Zinssenkung seien in letzter Zeit trotz der erfreulich gebliebenen Preisentwicklung und der Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung geringer geworden. Nach dem jüngsten Anstieg des Dollarkurses habe die nach oben tendierende amerikanische Zinsentwicklung wieder stärkeren Einfluß auf das Zinsgeschehen in der Bundesrepublik genommen. Bei dieser Konstellation erwarte die Deutsche Bank in der nächsten Zeit keine größeren Zinsveränderungen.

Als Nachfröster für die Konjunktur bezeichnete Guth den Arbeitskampf, der, je nachdem wie lange und in welcher Breite er ausgefochten werde,

FRANKREICH / Opposition: Kurzfristige Auslandsschulden auch berücksichtigen

Verschärfte Austerität-Politik notwendig

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich schuldet dem Ausland 630 Mrd. Franc oder gut 200 Mrd. DM. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Senats, der sich auf Einkünfte des Internationalen Währungsfonds (IWF) stützt. Das von den Oppositionsparteien beherrschte "Oberhaus" meint, daß diese Auslandsschuld, die jeden Franzosen mit 12 750 Franc belastet, an der Grenze des Ertrügliehen liegt. Um ihr weiteres Anwachsen zu verhindern, müßten steigende Leistungsbilanzüberschüsse erzielt werden.

Demgegenüber hatte Finanzminister Delors die französische Bruttoverschuldung gegenüber dem Ausland per Ende 1983 mit 451 Mrd. Franc angegeben, nachdem diese ein Jahr zuvor erst 295 Mrd. Franc erreicht hatte. Der Zuwachs um 53 Prozent erklärt sich allerdings zum Teil aus der Verwertung der amerikanischen Währung, auf die 58 Prozent der Schuld lautet. In Dollar ausgedrückt stieg die Bruttoschuld aber um 22 Prozent auf 57,7 Mrd. Dollar.

Der Senat bestreitet diese Ziffer nicht. Jedoch weist er darauf hin, daß es sich hier nur um die mittel- und langfristigen Auslandsschulden handelt. Die von der französischen Regierung bisher niemals bekanntgegebenen kurzfristigen Verbindlichkeiten, die sich inzwischen durch fortschreitende Revolverkreditierung zu einer permanenten Schuldverpflichtung hätten, werden vom Senat auf 150 Mrd. Franc beziffert. Alles in allem habe danach die Gesamtschuld Ende 1983 rund 600 Mrd. Franc erreicht und sei auf inzwischen 630 Mrd. Franc angewachsen.

Tatsächlich hat Frankreich im bisherigen Verlauf dieses Jahres weitere Auslandskredite aufgenommen, wenn auch in vermindertem Maße. An mittel- und langfristigen Krediten waren es nach OECD-Angaben bis Ende April 3,2 Mrd. Dollar gegenüber 4,5 Mrd. Dollar in der gleichen Vorjahreszeit, bzw. 27,2 Mrd. Franc nach dem jüngsten Dollarkurs.

Angesichts der Senatsuntersuchung wies der Minister jetzt darauf

hin, daß den kurzfristigen Schulden französische Guthaben an das Ausland in gleicher Höhe gegenüberstünden. Außerdem verfüge Frankreich über mittelfristige langfristige Forderungen von 250 Mrd. Franc. Diese Rechnung läßt der Senat allerdings nicht gelten. Denn der größte Teil der Forderungen besteht seinen Angaben nach gegenüber notleidenden Entwicklungsländern. Vor allem aber veranschlagen die Senatoren den künftigen Schuldendienst viel höher als Delors - für das Jahr 1988 auf 150 statt 90 Mrd. Franc.

Wenn die derzeitige "Politik der Strenge" fortgeführt wird, sagte Delors, könne Frankreich bereits im ersten Halbjahr 1985 einen für die Honorierung seiner Auslandsschuldenverpflichtungen "ausreichenden" Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaften. Andernfalls würde sich die Frage nach einem Schuldensanierungsplan stellen. Der Senat dagegen verlangt eine Verschärfung der Austeritätspolitik, um ein Moratorium zu vermeiden.

BAYERISCHE LANDESBANK / Zuversicht zum Geburtstag - Attraktive Rendite

Den Erfolgskurs sicher gehalten

DANKWARD SEITZ, München
Zuversicht strahlte der Vorstand der Bayerischen Landesbank-Girozentrale, München, aus. Nicht zuletzt, weil für das Institut in diesem Jahr der 100. Geburtstag ansteht - 1884 wurde die Bayerische Landesbodenkreditanstalt gegründet, eine der beiden Vorgängerbanken. Ein Ereignis, zum dem man nach den Worten von Landesbankpräsident Ludwig Huber auch ein "rundes Ergebnis" präsentieren möchte. Was er darunter versteht - außer, daß es "zufriedenstellend" sein soll - wollte er anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 nicht näher erläutern.

Nur so viel scheint festzustehen: Ein "Geburtsdagsgeschenk" sollen nur die über 4000 Mitarbeiter erhalten, nicht aber die Gewährträger der Bank. Die 7 Prozent Dividende, die auch für 1983 wieder ausgeschüttet werden, nehmen sich im Vergleich zu vielen Privatbanken "in der Optik nicht gerade üppig aus", unter den Landesbankern, so Huber, sei dies aber doch ein "bemerkenswerter Satz". In Rechnung gestellt werden müsse dabei, daß alle Kapitalerhöhungen seit 1972 - das waren immerhin acht über 450 Mrd. DM auf jetzt 850 Mrd. DM Grundkapital - zu pari durchgeführt worden seien, eine "durchaus attraktive Rendite".

Im ersten Quartal 1984 hat sich die Ertragslage der Bank etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegt. Wegen saisonaler Einflüsse und der niedrigeren Bewertung des Dollars im März

ging die Bilanzsumme um 3,2 Prozent auf 97,2 Mrd. DM zurück. Ein Abbau der Gesamtverbindlichkeiten um fast 4,0 Mrd. DM und ein um rund 1 Mrd. DM geringeres Kreditvolumen bei gleichzeitiger Zunahme des Umlaufs an Schuldverschreibungen um 1,5 Mrd. DM seien die markantesten Veränderungen gewesen.

Im Geschäftsjahr 1983, das national wie international "unter dem Primat Qualität vor Quantität" gestanden habe, ist es der Landesbank gelungen, an ihre bisherigen Erfolge anzuknüpfen. Huber: "Wir sind auf Kurs geblieben und konnten sicher ansetzen." Die Verbesserungen des Betriebsergebnisses ist erneut vor allem auf den Anstieg des Zinsüberschusses auf die Rekordmarke von fast 850 Mrd. DM zurückzuführen. Die Zinsmarge konnte dabei "ganz leicht auf knapp unter 1 Prozent" zulegen. Einschließlich des Eigenhandelsbeitrags dürfte das Gesamtüberschussergebnis der Bank etwa 600 Mrd. DM erreicht haben. Zum Ausdruck kommt die Ertragssteigerung auch in dem höheren Steueraufwand von knapp 88 (79,9) Mrd. DM.

Von Rekordzahlen möchte Huber dennoch wegen der hohen Risikovorlage nicht sprechen, die allerdings keine Mühe bereite. Für Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen wurden 233,5 (157,9) Mrd. DM aufgebracht; dabei sei aber, so Huber, zwischen "müssen" und "können" ein großes Gefälle. Weniger als die Hälfte von diesem Betrag ent-

fiel auf Auslandsengagements. Keine Erklärung gab der Landesbankpräsident dazu, warum die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen mehr als deutlich von 0,5 Mrd. auf 18,9 Mrd. DM gestiegen sind.

Im Kreditgeschäft, in dem man sich vor allem auf langfristige Ausleihungen an die Energiewirtschaft und die öffentliche Hand konzentriert, bekam die Landesbank das noch langsame Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr zu spüren. Ausländische Kunden standen Ende 1983 mit rund 7,4 Mrd. DM (plus 5,7 Prozent) als Schuldner in den Büchern der Bank. Von Vorteil für die Ertragslage erwies sich bei der Refinanzierung, daß die erhöhten Gesamtverbindlichkeiten und der Nettovermögenszuwachs den Verkauf von Schuldverschreibungen der Bank einen Mittelzufluß von 4,5 (3,6) Mrd. DM brachte, der zu 75 (63) Prozent vom Kreditgeschäft beansprucht wurde.

Bayerische Landesbank	1983	±%
Bilanzsumme (Mrd. DM)	100,5	+ 4,7
Eigenkapital	23	+ 5,9
Gesamtkreditvolumen	68,6	+ 3,8
Gesamtverbindlichkeiten	42,7	+ 2,4
Besondere Schuldverschreibungen	40,8	+ 6,9
Teilbetriebsgebnis	594,3	+ 15,0
Zinsüberschuss	849,9	+ 58,8
Provisionsüberschuss	113,1	+ 25,2
Gewinn vor Steuern	294,1	+ 5,5
Jahresüberschuss	139,0	+ 2,7
Bilanzgewinn	58,0	+ 8,7

Veransch. Bayerische Landesbankpublikation

Bast-Bau wächst weiterhin flott

HARALD POSNY, Düsseldorf

Aufgrund des vorliegenden Auftragsbestands rechnet die E. Bast Baumtreuhand KG, Erkrath, 1984 mit einer Gesamtleistung von rund 400 Mrd. DM. Eine Verkaufsprognose fällt Altkleinhaber Emil Bast freilich schwer. Es sei nicht auszuschließen, daß neben dem Wegfall der Mehrwertsteueroption durch eine ungünstige Zinsentwicklung und eventuelle negative gesetzgeberische Maßnahmen eine Verschlechterung der Voraussetzungen für Erwerber und Verkäufer eintreten könnte.

Der derzeit ungünstigeren Situation auf dem Markt will Bast, als erstes Baumunternehmen mit einer 10-Jahres-Garantie für alle eigenen, vom Unternehmen selbst technisch durchgeführten Objekte begegnen. Dabei haften er auch für alle Leistungen seiner Subunternehmer.

Das Unternehmen, eines der langfristig am schnellsten und stetigsten wachsenden auf dem Baummarkt, hat 1983 seine Gesamtleistung um 30 Prozent auf 376 Mrd. DM gesteigert. Dabei ging der Rohbau-Anteil (ausschließlich für fremde Auftraggeber) auf 12 (18) Mrd. DM zurück, während sich der Baubereich mit 74 Mrd. DM fast verdoppelte. Auch Schlüsselfertigbau und Betreuung hatten mit 210 (173) und 80 (60) Mrd. DM kräftige Zuwächse. Es wurden insgesamt 1291 (1396) Objekte aller Art im Wert von 400 (411) Mrd. DM verkauft. Zum Jahresende wurde ein Auftragsbestand von 283 Mrd. DM (plus 10 Prozent) ausgewiesen.

Die Investitionen erhöhten sich auf 14,6 (5,4) Mrd. DM, denen Abschreibungen von 6,6 (3,5) Mrd. DM gegenüberstanden. Die Ertragslage bezeichnete Bast als zufriedenstellend. Zum besseren Ergebnis hätten hauptsächlich die Bereiche Baubürger und Schlüsselfertigbau beigetragen. Auch die Belegschaft hatte davon ihren Nutzen. Neben den leistungsbezogenen Prämien werden für 1983 rund 1,4 (1,1) Mrd. DM als Ertragsbeteiligung an die 812 (682) Mitarbeiter ausgeschüttet.

SUBVENTIONEN / DIW gegen einseitigen Abbau

Erhöhter Handlungsbedarf

PETER WEERTZ, Berlin

Gegen eine einseitige fiskalische Sicht beim Abbau von Subventionen wendet sich die Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Im Rahmen einer effizienten und zielgerichteten Subventionspolitik komme es vielmehr darauf an, nicht nur Einsparungen, sondern zugleich Verlagerungen und Umstrukturierungen im Subventionshaushalt vorzunehmen. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme, besonders der Massenarbeitslosigkeit, lasse sich ein erhöhter Handlungsbedarf des Staates kaum leugnen, unterstreichen die Berliner Wirtschaftsforscher.

Wie aus den Angaben des Berliner Instituts hervorgeht, haben sich die staatlichen Subventionen von 1970 bis 1979 mehr als verdoppelt; seither sind sie jedoch gesunken. Für das gesamte System kennzeichnend sei die Konzentration der Subventionen

auf wenige Wirtschaftsbereiche wie Bundesbahn, Wohnungswirtschaft, Landwirtschaft, Ernährungsgewerbe, Großhandel und Bergbau mit einem Anteil von 70 Prozent an dem Gesamtsubventionen.

Für den Agrarbereich, den Kohlebergbau, die Wohnungsförderung sowie Modernisierungshilfen und direkte Investitionsubventionen hat die Berliner Institut zwar einen Katalog von abbaufähigen Subventionen von insgesamt 6,2 Milliarden Mark zusammengestellt; es schließt aber Erhöhungen in anderen Bereichen nicht aus.

Gleichzeitig bekräftigt das Institut bei den Subventionen eher Finanzhilfen, als Steuervergünstigungen wegen der größeren Transparenz und dem höheren Nutzen der gezielten Förderung. Gefordert wird darüber hinaus die Orientierung an längerfristigen Zielen.

HOCHSEEFISCHER / Unzufrieden mit Fangquoten

Flotte wird noch schrumpfen

W. WESSENDORF, Bremen

Die deutschen Hochseefischer schäppern weiter einer ungewissen Zukunft entgegen. Das meint der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Hochseefischer e. V., in Bremerhaven, Dieter Koch. Er ist unzufrieden mit den Fangquoten unter Grönland und Island: "Wenn das so weitergeht, dann wird unsere Fischereiflotte noch weiter schrumpfen".

1972 gab es noch insgesamt 97 Schiffe in der deutschen Hochseeflotte, heute sind es nur noch 22.

Zwar sei ein Vertrag mit den Grönländern auf fünf Jahre festgeschrieben, aber die vereinbarten Fangmengen seien zu gering, kritisierte der Verbandsvorsitzende. Dies betraf insbesondere den lukrativen Kabeljaufang. Koch: "Uns fehlen jährlich fast 30 000 Tonnen Kabeljaufisch. Diese Lücke habe Auswirkungen auf die

Fangabflotte, die sich nur noch aus 14 Schiffen zusammensetzt. Diese Schiffe sind nur in einem bestimmten wirtschaftlichen Rahmen einsetzbar, der aber gegenwärtig nicht gegeben ist."

Seit 1977 könnten die Deutschen nicht mehr in ihren angestammten Fischgründen unter Island fischen. Seitdem hätten die Importe isländischer Fische in zweistelliger Prozentzahl zugenommen, betonte Koch. Er kritisierte außerdem, daß den Isländern bei der Einfuhr keine Zollschranken gesetzt würden. "Und ohne Zugang zu Island ist unsere Fischereiflotte gefährdet." Zudem könnten die Isländer in der Bundesrepublik ihren Fisch zum Preis von billiger anlanden als die Deutschen, die ihren Fisch unter Grönland unter sehr schweren Bedingungen (Eis) fischen müßten.

VÖEST-ALPINE / Seit Jahren Verluste in beinahe allen Unternehmensbereichen

Verbesserung des Ergebnisses erwartet

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Noch hat Österreichs größtes Unternehmen die Vöest-Alpine AG, den Weg aus der Krise nicht gefunden. Der Stahlkonzern macht seit Jahren Verluste, die in fast allen Unternehmensbereichen angefallen sind. 1983 hatten sich die Verluste sogar auf 2,5 Mrd. Schilling (356 Mrd. DM) verdoppelt. Für dieses Jahr erwartet die Unternehmensführung wieder eine Verbesserung des Ergebnisses.

Nachdem schon 1982 die Reserven des Konzerns weitgehend aufgebraucht waren, mußten zur Finanzierung der Betriebsabgänge finanzielle Unterstützung seitens des Eigentümers Staat in Anspruch genommen werden. Bilanzverlusten wurden für 1983 drei Mrd. Schilling zugesprochen. Für 1984 hat die Vöest neuerlich Finanzwünsche von gut zwei Mrd. Schilling angemeldet.

Angesichts der schwierigen Lage des Unternehmens will das Management nach wie vor an der Kürzung der üppigen freiwilligen Sozialleistungen festhalten. Dies, obwohl nach massiven Streikdrohungen der Belegschaft Bundeskanzler Fred Sinowatz erst vor wenigen Wochen entsprechende Verhandlungen zwischen Management und Belegschaftsvertretern einseitig beendet hatte, in denen das Management letztlich klein beigeg-

ben mußte. Ebenfalls in den Sanierungsplänen vorgesehen ist eine weitere Reduktion der Belegschaft von derzeit 72 000 Mitarbeitern im Gesamtzentrum.

Hauptursache für die anhaltend triste Situation des Staatsbetriebes ist wohl die durch ständige politische Interventionen bisher immer garantierte Strukturkonservierung. Entgegen den Veränderungen auf den Weltmärkten wurde sokehrt sichergestellt auch infolge mangelnder Durchschlagskraft des Managements die Schließung von unrentablen Produktionsstätten verhindert. Auf der anderen Seite ist es dem Unternehmen jahrelang nicht gelungen, in den als zukunftsreich bezeichneten Bereichen Finanzindustrie und Anlagenbau die Verluste zu beseitigen.

Als größte Problembereiche bezeichnet Generaldirektor Heribert Agher derzeit die Schmiederei und Gießereien sowie den Stahl- und Apparatebau. Der mit Abstand größte Versträger bleibt jedoch nicht wie vor die Tochtergesellschaft Vöest-Eiswerk, sondern ein schwer definierbares Stahlwerk zu schließen und ein neues Sanierungsprogramm durchzuführen. Nachdem zuvor schon einige Vorstandsmitglieder sukzessive ausgewechselt wurden, mußte jetzt auch

Vöest-Generaldirektor Adolf Bayer vorzeitig eine Vertragsauflösung akzeptieren. Die Belegschaft soll binnen drei Jahren von 12 000 auf 9500 Mitarbeiter reduziert werden.

Eine bemerkenswerte Entwicklung nimmt derzeit die Vöest-eigene Handelsgesellschaft "Intertrading", die erst vor knapp sechs Jahren zur Abwicklung von Kompensationsgeschäften mit dem Ostblock gegründet wurde. Nachdem schon im Vorjahr die Steigerung des Vöest-Konzernumsatzes um 40 Prozent auf 100 Mrd. Schilling in erster Linie auf die starke Expansion dieser Handelsgesellschaft zurückzuführen war, wird die "Intertrading" neuer ihren Umsatz nochmals von 31 auf 70 Mrd. Schilling mehr als verdoppeln. 1982 waren es erst 7,5 Mrd. Schilling gewesen. Diese Tochtergesellschaft macht damit mit nur 200 Mitarbeitern ebensoviel Umsatz wie die produzierende Muttergesellschaft. 94 Prozent davon kommen außerhalb Europas zustande. Der österreichische Markt ist für die "Intertrading" praktisch unbefruchtet. Wesentlichen Anteil an der raschen Expansion hat der Handel mit Rohöl, der zuletzt rund 70 Prozent des Gesamtumsatzes ausmachte und mit einem Kontrakt mit iranischen Lieferanten begonnen hatte.

Wenn Sie sich fragen, warum...

- die Investitionen in Berlin in den letzten zwei Jahren schneller gewachsen sind als im übrigen Bundesgebiet,
- sich im vergangenen Jahr über 70 Unternehmen in Berlin neu angesiedelt haben,
- Berlin ein Magnet der Kommunikationstechnik für Firmen wie Siemens, SEL, Nixdorf, DeTeWe, DFG, Krone usw. geworden ist,
- in Berlin das erste deutsche Gründerzentrum als Kooperationsmodell für junge Unternehmer entstand,
- Berlin voll in das europäische Produktionsprogramm internationaler Firmen wie Daimler Benz, VW, Ford, BMW, General Motors, Siemens, AEG, Bosch, Babcock, Thyssen oder IBM integriert ist,
- Berliner Firmen Lieferungen in das gesamte Bundesgebiet innerhalb von 24 Stunden gewährleisten können,
- in Berlin wieder genügend Wohnungen verfügbar sind, deren Mieten sich jederzeit mit denen anderer deutscher Großstädte vergleichen lassen,

...dann fragen Sie uns.

Wirtschaftsförderung

BERLIN

Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Budapester Straße 1, 1000 Berlin 30, Telefon (030) 26 36-1

DETEWE / Bedeutung der Digitaltechnik nimmt zu

Ertragslage wieder besser

PETER WEERTZ, Berlin
Als „Bewährungsprobe für neue Produkte“, besonders bei ihren elektronischen Telefonanlagen, sieht der Vorstand der deutschen Telefonwerke und Kabelindustrie AG (Detewe) das Geschäftsjahr 1983. In den nächsten Jahren wird nach Ansicht des Unternehmens die Entwicklung in der Kommunikationstechnik zunehmend von der Digitaltechnik bestimmt. Auf diesen Trend sei Detewe in der öffentlichen (Bundespost) und privaten Vermittlungstechnik durch Eigenproduktion vorbereitet, heißt es im Geschäftsbericht.

Im vergangenen Jahr ist der Umsatz mit einem Prozent auf 537 Mill. DM allerdings nur leicht gewachsen, die Ertragslage hat sich hingegen deutlich verbessert. Aufgrund des höheren Auftragsbestands (plus zwei Prozent) und der Zunahme des Exports wurde besonders das Privatgeschäft weiter ausgebaut. Hierzu hat auch die Bürokomunikation beigetragen. Gewachsen sind zugleich die Investitionen um 8,2 auf 24,6 Mill. DM. Ihr Schwerpunkt lag bei rechnergesteuerten Fertigungs- und Prüfungsanlagen sowie der Gebäudeerneuerung in Berlin. Mit 4781 Beschäftig-

ten am Jahresende war die Zahl der Mitarbeiter nahezu unverändert.

Zu Jahresbeginn 1983 wurden die beiden Tochtergesellschaften Franco-Typ und Postalia zur Franco-Postalia GmbH, Berlin und Offenbach, zusammengelegt. Der Umsatz stieg 1983 um 8 Prozent auf 84 Mill. DM, vor allem im Inlandsgeschäft mit Fränkermaschinen und im Export in 80 Länder.

Der Vorstand bezeichnet die hohen flüssigen Mittel, die in der Bilanz von Detewe von 178,6 auf 340,7 Mill. DM zugenommen haben, als „Risikoversorge“. Außerdem sucht das Unternehmen für die moderne Kooperation Partner. Aus dem Jahresüberschuss von 10,8 (Vorjahr 9,6) Mill. DM werden vorab 5,4 (4,8) Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt, die dadurch mit 62,5 Mill. DM doppelt so hoch sind wie das Aktienkapital von 30 Mill. DM.

Infolge der positiven Ertragslage wird der Hauptversammlung am 28. Juni nicht nur wieder eine Dividende von 16 Prozent für 1983, sondern zusätzlich auch ein Bonus von zwei Prozent vorgeschlagen. Alleinaktionär ist die Holding Bergman-Elektronik-Werke AG.

IBERO-AMERIKA-BANK / Neue Verzögerungen

Vorsichtiges Kreditgeschäft

J. BRECH, Hamburg
Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten im lateinamerikanischen Raum hat die Ibero-Amerika-Bank AG, Bremen, an der seit Jahren geübten Zurückhaltung in der Geschäftspolitik festgehalten. Wie es im Geschäftsbericht heißt, seien in dieser Region neben den bekannten Umschuldungsproblemen zum ersten Mal auch Zahlungsverzögerungen im kommerziellen Bereich eingetreten. Dies gelte allerdings nicht für die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Finanzierung lateinamerikanischer Rohstoffexporte, dem Geschäftsschwerpunkt der Bank.

In ihrem traditionellen Geschäft der kurzfristigen Auslandsfinanzierung, so heißt es, habe sich das Institut mehr denn je von strengen Auswahlkriterien leiten lassen. Die Steigerung des Kreditvolumens um 39 Prozent auf 326 Mill. DM sei aufgrund einer saisonbedingten Ausweitung der Kreditinanspruchnahme der aus-

ländischen Kundschaft stichtagsbezogen. Das Volumen habe im Durchschnitt des Berichtsjahres unter dem des Vorjahres gelegen. Die Bilanzsumme der Bank verringerte sich um 1,5 Prozent auf 322 Mill. DM, während das Geschäftsvolumen durch die Zunahme der Eventualverbindlichkeiten um 4,8 Prozent stieg.

Bei geringerem Kreditgeschäft ging der Zinsüberschuss um rund 4 Prozent auf 5,7 Mill. DM zurück, während der Provisionsüberschuss um 13,6 Prozent auf 4,8 Mill. DM stieg. Das Betriebsergebnis wird mit 5,2 Mill. DM (plus 11 Prozent) angegeben. Nach umfassender Risikoprüfung, die auch Länderrisiken berücksichtigt, werden aus dem unveränderten Jahresüberschuss von 1,5 Mill. DM 0,75 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt, der Rest in Form von 7,5 (7) Prozent Dividende ausgeschüttet. Am Kapital von 10 Mill. DM ist der Bremer Kaufmann Walther J. Jacobs mit mehr als 25 Prozent beteiligt.

BAYER / Dem glanzvollen Abschluß kann in diesem Jahr ein noch besserer folgen - Nochmals Optionsanleihe

Chemiekonjunktur läuft auf allen Märkten gut

J. GEHLHOFF, Leverkusen
Es ist noch nicht der Gipfel des Glücks, was der scheidende Vorstandsvorsitzende Prof. Herbert Grunewald den 350 000 Aktionären der Bayer AG, Leverkusen, zur Hauptversammlung am 27. Juni mit dem glanzvollen 1983er Abschluß präsentiert. Sein Amtsnachfolger Hermann-Josef Strenger, mit dem erstmals ein vom Lehrling emporgestiegener Kaufmann an die Spitze eines deutschen Chemie-Konzerns rückt, kann vermutlich übers Jahr noch Schöneres präsentieren.

Denn dabei und erst recht auf den Weltmärkten gewinnt derzeit der Aufschwung der Chemiekonjunktur noch an Breite und Kraft. Der Bayer-Weltumsatz dürfte nach Grunewalds Prognose 1984 mit 10 Prozent Plusrate die 40-Milliarden-Schwelle schaffen. Weitere Ertragsbesserung ist dabei in Sicht, auch wenn die Plusraten fürs volle Jahr sicherlich niedriger annehmen sind als im ersten Quartal, in dem der Gewinn vor Steuern bei der AG mit 320 Mill. DM (plus 35 Prozent) und bei Bayer-Welt mit 636 Mill. DM (plus 40,1 Prozent) sehr deutlich höher als schon vor Jahresfrist ausfiel.

Bei fast durchweg stabilen Verkaufs- und Rohstoffpreisen verdankt Bayer den 1983er Ertragsauf-

schwung vor allem der Erholung im Mengenabsatz, der die durchschnittliche Kapazitätsauslastung nun wieder auf 85 Prozent (im 2. Halbjahr 1982 nur 70 Prozent) verbesserte und entsprechende Kostendegressionen sicherte. Den großen Schwung brachte ab 2. Halbjahr 1983 die unerwartet starke Belebung im Auslandsgeschäft. Die hält an und läßt zumal für das USA-Geschäft erwarten, daß dort 1984 der Bayer-Umsatz mit 4 Mrd. Dollar erstmals größer ist als auf dem Heimatmarkt.

Noch stattlicher als beim Gewinn vor Steuern nimmt sich die 1983 erzielte Ertragsbesserung im DVFA-Nettoergebnis je Aktie aus. Es stieg bei der AG um 79 Prozent auf 17,44 (9,76) DM und im Weltbereich um 155 Prozent auf 26,55 (10,41) DM. Der mehr als verdoppelte Welt-Gewinn vor Steuern bedarf der Relativierung. Er liegt mit 5,8 (2,8) Prozent des Umsatzes erst wieder auf dem Niveau der späten 70er Jahre und immer noch deutlich niedriger als bei der großen US-Konjunktur.

Die Aktionäre dieser mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft profitieren vom Ertragsaufschwung, der mit rund 400 Mill. DM mehr als die Hälfte vom Welt-Jahresüberschuß für die Rücklagen reserviert, mit kompletter

Wiedergutmachung des vorjährigen Dividendensturzes und nun wieder 7 (4) DM je Aktie. Dazu, so tröstet Grunewald noch höher gespannte Erwartungen, habe der Aktionär ja auch noch durchschnittlich 1,80 DM Bezugsrechtswert je Aktie bei der im März 1984 ermittelten 500-Mill.-DM-Optionsanleihe kassieren können.

Da damit der Ermächtigungsrahmen des bedingten Kapitals (175 Mill. DM) ausgeschöpft ist, will der Vorstand von den Aktionären nun eine neue Ermächtigung mit 300 Mill. DM bedingtem Kapital für die Emission neuer Wandel- oder Optionsanleihen bringen. Diese vorerst nur als Vorratsbeschluß, Optionsanleihen bringen zwar sehr zinsgünstige Mittel. Aber bei anhaltend kompletter Innenfinanzierung der Investitionen und einem auch noch zu beträchtlichem Finanzschulden-Abbau reichenden Cash-flow hat der Konzern mit dem Zufluß frischen Kapitals keine Eile. Desgleichen nicht angesichts der konstanten hohen Eigenkapitalquote von 53 Prozent des AG-Bilanzvolumens.

Die Sachinvestitionen plant Bayer-Welt für 1984 mit konstanten 1,9 Mrd. DM. Ab 1985, meint Grunewald, könnte es mehr werden. Das deutlichste Wachstum der „Investi-

tionen in die Zukunft“ jedoch zeigt der Forschungsaufwand. Er stieg 1983 weiter auf 1,69 (1,55) Mrd. DM, soll 1984 mehr als 1,8 Mrd. DM betragen und dürfte in diesem Trend bald das Volumen der Sachinvestitionen übertreffen. Der mit besonders konjunkturnahen Massenprodukten ohnehin weniger als andere beschäftigte Bayer-Konzern verfolgt die offensichtlich konsequente Linie zu „intelligenten“ (und ertragskräftigen) Produkten. Indiz dafür ist auch, daß die ertragsstarken Sparten Pharma und Pflanzenschutz zwar mittlerweile rund 30 Prozent vom Weltumsatz stellen, aber schon mehr als die Hälfte vom Forschungsaufwand beanspruchen.

Bayer (Welt)	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)	37 336	+ 7,2
dav. Bayer AG	14 647	+ 10,2
Auslandanteil (%)	76,8	(76,7)
Belegschaft	174 760	- 2,6
Personalaufwand	10 759	+ 5,8
Gesamtinvestitionen	2043	- 6,8
Sachinvestitionen	1872	- 9,0
Cash flow ¹⁾	4705	+ 52,3
netto ²⁾	2925	+ 48,1
Gewinn vor Steuern	2163	+ 123,0
Jahresüberschuß	754	(64)
dav. Bayer AG	504	+ 90,9
Ausschüttung	354	+ 75,2

¹⁾ Gewinn vor Steuern und Abschreibungen und Zuführung Pensionsrückstellungen; netto = ohne Steuern und Ausschüttung

HEGENER + GLASER

Elektronik-Aktie an der Börse

DANKWARD SEITZ, München
Mit der Hegener + Glaser AG, München, Hersteller und Distributor von Bauelementen, kommt jetzt ein weiteres Unternehmen aus der Elektronikbranche an die Börse. Unter Führung der Portfolio Management GmbH, München, werden ab 21. Mai 25 000 Stammaktien zum Kurs von 225 DM je 50-DM-Aktie zum Kauf angeboten. 25 Prozent des Grundkapitals von 5,0 Mill. DM - daneben besteht ein genehmigtes Kapital von 1,87 Mill. DM - befinden sich danach in Publikumsbesitz. Die übrigen 75 Prozent werden von den beiden Vorständen Manfred Hegener und Florian Glaser gehalten, die sich verpflichtet haben, 50 Prozent der Aktien mindestens fünf Jahre lang nicht zu verkaufen. Ab 4. Juni sollen die Aktien im Münchner und Hamburger Freiverkehr gehandelt werden.

Hegener + Glaser, in der breiten Öffentlichkeit seit 1981 vor allem als Hersteller von Schachcomputern (Marke „Mephisto“) bekannt, sieht nicht nur auf diesem Gebiet große Wachstumschancen, sondern auch im Bereich Bauelemente und Optoelektronik. Außer im Maschinenbau und in vielen Konsumgütern werden Opto-Anzeigegeräte auch in der Kfz-Industrie (Audi-Quattro) eingesetzt.

Für 1984 stellt das Unternehmen eine Dividende von 11 DM in Aussicht. 1983 wurde ein Umsatz von 27,2 (21,5) Mill. DM erreicht; 1984 sollen es 33,1 Mill. DM sein. Als Gewinn je Aktie (nach DVFA) werden 19 (12,5) DM erwartet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Coburg: Hedos Polstermöbel GmbH & Co. Werk Frohnhilf KG, Ebersdorf b. Cob.; Delmenhorst: Korbil LKW Reparaturwerkstatt GmbH, Hannover; Karlsruhe: Friedrich Schulz, Friseurmeister; Krefeld: Engels GmbH, Langen; Klaus Grigull, Hagen; München: Nachl. d. Günter Erich Schmidt, Markt Schwaben; Nachl. d. Klaus Dieter Fiolka, Landsberg; UMAT Handels- u. Speditionen GmbH, Nürnberg; Alltax Steuerberatungsges. mbH, Wülfrath; Ulrike Hagedorn, Wengertshausen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Eschwege: Alfred Hendrich Bekleidungswerke KG; Alfred Hendrich, Ringgau-Renda; Borkataler Rockfabrik GmbH, Borkatal.

Vergleich beantragt: Biberach/Riß: KMS Electronic Service GmbH, Olgelshausen; Landsluth: Franz Eder, Reibach-Niederreisbach.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Allianz nicht interessiert

München (dpa/VWD) - Die Allianz AG, München, ist nicht mehr an einer Übernahme der Versicherungsgruppe des US-Stahlkonzerns Amco Inc., Middletown/Ohio, interessiert. Wie der Versicherungskonzern mitteilte, wurden die wochenlangen Gespräche mit dem möglichen amerikanischen Partner jetzt beendet. Die Allianz habe allerdings weiter die Absicht, das US-Geschäft auszubauen.

Attraktive Kfz-Elektrik

Düsseldorf (Py) - Das Kfz-Elektrikerhandwerk hat nach wie vor große Anziehungskraft bei jungen Männern, die sich selbstständig machen wollen. Die Zahl der Fachbetriebe ist 1983 um 1,6 Prozent auf 1802 Betriebe gewachsen. Wegen der leicht rückläufigen Betriebsgröße auf knapp 9 (10)

Beschäftigte kann dies als eine Verdichtung des Werkstattnetzes angesehen werden. Der Umsatz der Auto-Elektrikbetriebe wuchs im letzten Jahr um 4,6 (preisbereinigt um 1,6) Prozent auf über 1,1 Mrd. DM. Gegenüber dem Geschäftsvolumen 1983 ist im 1. Quartal des laufenden Jahres die Werkstattauslastung leicht auf über 70 Prozent gestiegen.

Schuhpreise steigen

Prismasens (dpa/VWD) - Die Schuhpreise steigen weiter. Nach deutlichen Preiserhöhungen für die kommende Herbst- und Wintersaison müssen die Kunden auch im nächsten Frühjahr wegen des teurer werdenden Leders mit steigenden Schuhpreisen rechnen. Zum Auftakt der dreitägigen 28. Primasens Lederwoche International begründet der Verband der deutschen Lederindu-

strie die anhaltend steigenden Preise mit der Verteuerung der Rohwaren. Auf der Messe zeigen rund 800 Aussteller aus 27 Nationen Leder und andere für Schuhherstellung notwendigen Materialien.

Guano zahlt 20 Prozent

Hamburg (VWD) - Nach einem Bilanzverlust von 2,3 Mill. DM im Geschäftsjahr 1982 schließt die Guano-Werke AG, Hamburg, 1983 mit einem Bilanzgewinn von 3,4 Mill. DM ab. Die Verwaltung der Gesellschaft schlägt der Hauptversammlung am 28. Juni vor, eine Dividende von 20 Prozent auszuschütten.

Zehn DM Dividende

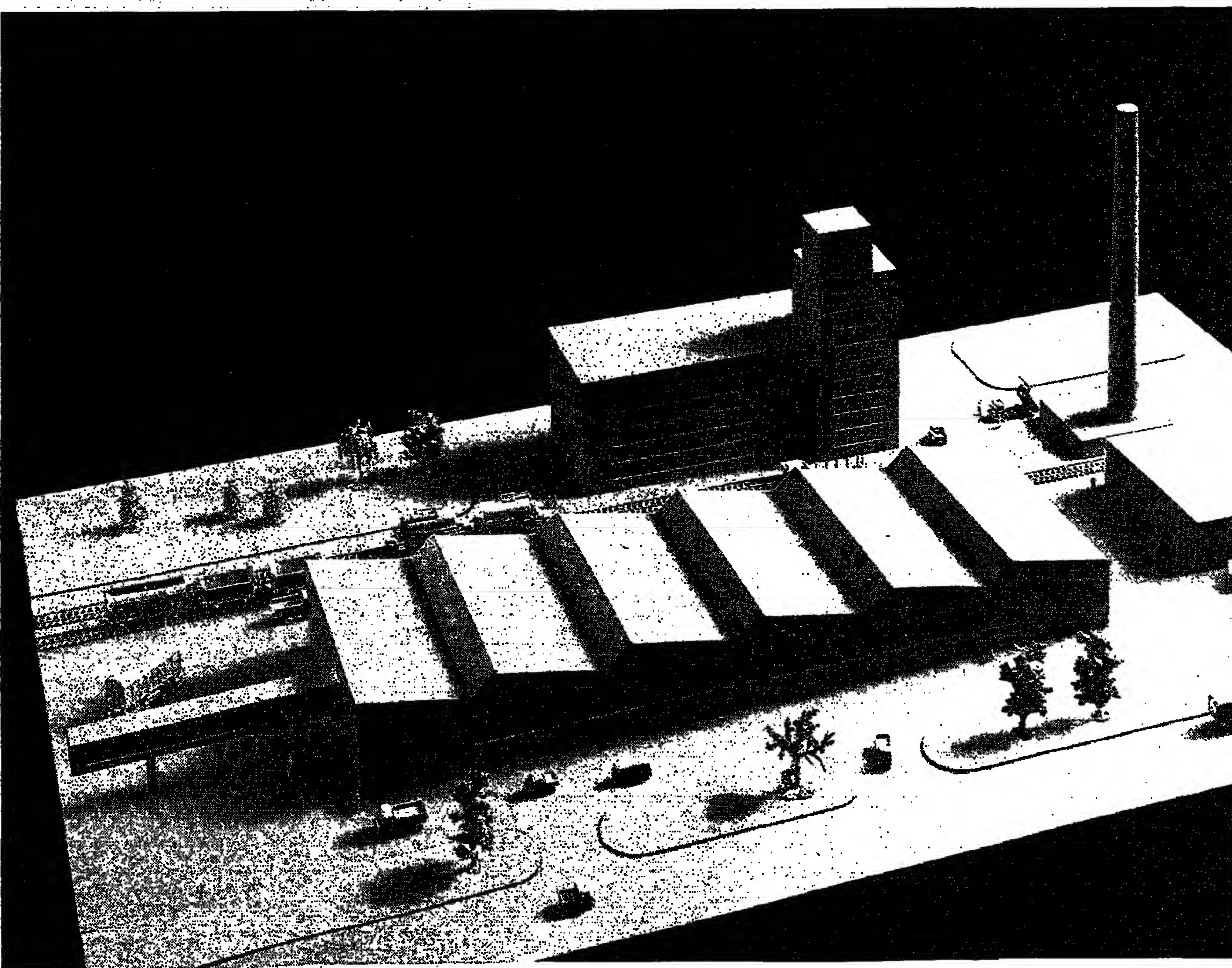
Langenfeld (VWD) - Die mehrheitlich in Privatbesitz befindliche ARA Schuhfabriken AG will für 1983 aus

dem Bilanzgewinn von 3,1 (3,4) Mill. DM wie im Vorjahr eine Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie zahlen. Der Hauptversammlung am 14. Juni soll außerdem die Ausgabe von Belegschaftsaktien und in diesem Zusammenhang die Erhöhung des genehmigten Kapitals um 100 000 DM vorgeschlagen werden.

Neckarwerke stocken auf

Stuttgart (nl) - Der HV der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen/Neckar, am 29. Juni 1984 wird vorgeschlagen, für 1983 eine Dividende von unverändert 14 Prozent auf das Grundkapital von 150,3 Mill. DM auszuschütten. Ferner soll das Aktienkapital im Verhältnis 5 : 1 um 30,06 Mill. auf 180,36 Mill. DM aufgestockt werden (Ausgabekurs: 200 Prozent).

Ihr Vorteil: Wenn die Konkurrenz noch überlegt, finanzieren wir bereits Ihre Ideen. mietfinanz.®



Wer heute in heißumkämpften Märkten seiner Konkurrenz um die berühmte Nasenlänge voraus sein will, braucht unternehmerischen Weitblick und nicht zuletzt neue Ideen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die mietfinanz hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 1013 38, Telefon (02 08) 310 31, Telex 8 56 755

FINANZANZEIGEN

UNILEVER

Konsolidierte Bilanzen zum 31. Dezember 1983
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Anlagevermögen	11 110	6 276	4 834
Sachanlagen	1 454	560	894
Finanzanlagen			
Umlaufvermögen	9 267	5 191	4 076
Vorräte	8 336	4 778	3 558
Debitoren	1 744	1 151	593
Wertpapiere	2 400	1 188	1 212
Kasse und Bankguthaben	21 747	12 308	9 439
Abschreibungen			
Kreditoren, die innerhalb eines Jahres fällig werden	(2 032)	(1 040)	(952)
Kreditaufnahmen			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Kreditoren	(8 362)	(5 165)	(3 197)
Rückstellungen für Ertragssteuern	(949)	(574)	(375)
Dividenden	(432)	(280)	(152)
Netto-Umlaufvermögen	9 972	5 209	4 763
Anlagevermögen und Netto-Umlaufvermögen	22 536	12 045	10 491
Kreditoren, die nach mehr als einem Jahr fällig werden	2 739	2 194	545
Kreditaufnahmen	429	223	206
Sonstige Kreditoren			
Rückstellungen für Verbindlichkeiten	2 526	1 865	661
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2 213	1 661	1 244
Latente Steuern und sonstige Rückstellungen	—	—	—
Gegenwärtige Posten - N.V./PLC	—	—	—
Anteil Dritter am Vermögen von Konzerngesellschaften	597	303	294
Eigenkapital	1 477	905	572
Eingelagertes Aktienkapital	91	52	39
Rücklagen aus Agio	12 810	5 469	7 341
Sonstige Rücklagen	—	—	—
Im Betrieb einbehaltener Gewinn	14 032	6 426	7 606
Betriebskapital insgesamt	22 536	12 045	10 491

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnungen 1983
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Umsatzerlöse	59 434	35 657	23 777
Kosten	(56 111)	(33 601)	(22 510)
Betriebsgewinn	3 323	2 056	1 267
Erträge und Aufwendungen aus Finanzanlagen	264	49	215
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	494	314	180
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(665)	(468)	(197)
Finanzielle Erträge und Aufwendungen	93	(105)	198
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern	3 416	1 951	1 465
Ertragssteuern	(1 566)	(918)	(648)
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit nach Steuern	1 850	1 033	817
Anteil Dritter am Gewinn der Konzerngesellschaften und Dividenden auf Vorzugsaktienkapital	(753)	(891)	(64)
Inhabern von Stammaktien zustehender Gewinn	1 697	944	753
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen nach Steuern und Anteilen Dritter	—	—	—
Dividende auf Stammkapital	1 697	944	753
Im Betrieb einbehaltender Gewinn	(624)	(417)	(217)
Änderungen des im Betrieb einbehaltenden Gewinns	1 063	527	536
Im Betrieb einbehaltender Gewinn	(51)	(43)	(8)
Goodwill	128	119	9
Einfluß von Wechselkursänderungen	322	—	322
Veränderung Pfund Sterling gegenüber Gulden			
Per Saldo dem im Betrieb einbehaltenden Gewinn zuzuführen	1 462	603	859
Saldo am 1. Januar	11 348	4 866	6 482
Saldo am 31. Dezember	12 810	5 469	7 341

Der Geschäftsbericht der Unilever N.V., der auch Erläuterungen zu den Abschlüssen und die Prüfungsvermerke der Abschlussprüfer enthält, ist bei den unten genannten Banken und Unilever N.V., Abteilung Externe Betreffungen, Postbus 760, 3000 DK Rotterdam, Niederlande, erhältlich.

UNILEVER N.V.

ROTTERDAM
DIVIDENDENBEKANNTMACHUNG

Der Verwaltungsrat der UNILEVER N.V. gibt bekannt, daß auf die Stammaktien zu hfl. 20,- eine Schlussdividende 1983 von hfl. 8,58 abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer zur Ausschüttung gelangt.

Demgemäß wird auf die von der N.V. Niederländisch Administratie- en Truistkantoor ausgegebenen Zertifikate von Stammaktien der Gesellschaft eine entsprechende Dividende von hfl. 8,58 abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer ausgeschüttet.

Die Dividende ist gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 112 zu den Stammaktien bzw. den Zertifikaten von Stammaktien ab 29. Mai 1984 erhältlich; sie wird in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin bei folgenden Banken gezahlt:

Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin.

Amsterdam, den 16. Mai 1984

Die Ausschüttung erfolgt kostenfrei in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tagesgeldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Gutschrift in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% werden aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern baldmöglichst ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D“ vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird.

Der endgültig in den Niederlanden verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die für diese Einkünfte zu zahlende deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbar.

N.V. NEDERLANDSCH ADMINISTRATIE-
EN TRUISTKANTOORHAAKE
BECK
BRAUEREI AG BREMEN

AKTIVA

Zusammengefaßter Jahresabschluß
Bilanz zum 30. September 1983

PASSIVA

	30.9.1983 TDM	30.9.1982 TDM		30.9.1983 TDM	30.9.1982 TDM
Sachanlagen	2 961	3 369	Grundkapital	12 288	12 288
Beteiligungen	40 005	39 104	Rücklagen	81 900	80 100
Forderungen an verbundene Unternehmen	7 270	2 435	Sonderposten	921	—
Sonstige Vermögensgegenstände	—	223	mit Rücklagenanteil	3 099	1 788
			Rückstellungen	27	36
			Verbindlichkeiten	2 001	—
			Bilanzgewinn	50 236	45 121
	50 236	45 121			

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Oktober 1982 bis zum 30. September 1983

	30.9.1983 TDM	30.9.1982 TDM		30.9.1983 TDM	30.9.1982 TDM
Umsatzerlöse	13 656	13 460	Umsatz	133	7 663
Aufwendungen für Betriebsstoffe und sonstige Fremdleistungen	12 439	12 277	Zinsaufwand	—	143
Rohmaterial	1 219	1 183	Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	2 345	2 703
Erträge aus Beteiligungen	5 325	3 053	Einstellungen in Sonderposten	521	—
Zinserträge	162	—	Sonstige Aufwendungen	484	586
Gewinne aus Anlageerträgen	557	733	Jahresüberschuß	3 795	1 410
Sonstige Erträge	—	—	Gewinnvortrag	6	18
Umsatz	7 663	4 969	Einstellung in die freien Rücklagen	3 821	1 428
			Bilanzgewinn	1 800	590
				2 001	928

Bremen, im März 1984

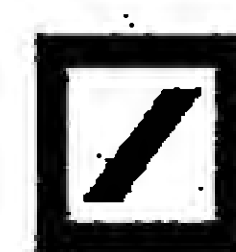
Der vollständige Jahresabschluß, versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsgesellschaft, wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die in der Hauptversammlung vom 8. Mai 1984 genehmigte Dividende von 18 % kann gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 31 schon erhoben werden.

Zustellstellen: Bremer Bank, Niederlassung der Dresdner Bank AG, Bremen; Deutsche Bank AG, Bremen; Deutsche Bank AG, Hamburg; Deutsche Bank AG, Hannover; Dresdner Bank AG, Hamburg
Aufsichtsrat: Rechtsanwalt Josef Hattig, Bremen, Vorsitzender, Prof. Dr. Karl-Eberhard Schorr, Hamburg, stellv. Vorsitzender, Dr. Hans-Jürgen Mölle, Bremen
Vorstand: Dr. Hellmut Griblowsky, Bremen

weltweite Sicht

DIE WELT

weltweite Haltung



Deutsche Bank

Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung vom 16. Mai 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 von 325 472 136 DM zur Verteilung einer Dividende von 12 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu verwenden.

Die Dividende wird gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 42 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer bei den im Bundesanzeiger Nr. 93 vom 17. Mai 1984 aufgeführten Zahlstellen gezahlt.

Zahlstellen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sind:

Sämtliche Niederlassungen der:
Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main,
Deutschen Bank Berlin AG, Berlin,
Deutschen Bank Saar AG, Saarbrücken,
Handelsbank in Lübeck AG, Lübeck.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamts eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Frankfurt am Main, den 17. Mai 1984

Der Vorstand

PFÄLZISCHE HYPOTHEKENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

6700 LUDWIGSHAFEN A. RH.

An der Rheinschanze 1, Telefon 06 21 / 59 97 - 1, Fernschreiber 464 826

Aus dem Jahresabschluß 1983:

Schuldverschreibungen	9.952,3 Mill. DM
Langfristige Darlehen	10.164,3 Mill. DM
Dividende + Bonus	12,50 DM (25%)
Zuweisung zu den Rücklagen	16,0 Mill. DM
Eigenkapital	234,0 Mill. DM
Bilanzsumme	10.963,2 Mill. DM

Die vollständige Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.



Ludwigshafen, 17. Mai 1984

Der Vorstand

Bayer



Bayer Aktiengesellschaft · Leverkusen

Wir berufen hiermit unsere
ordentliche Hauptversammlung
ein auf Mittwoch, den 27. Juni 1984, um 10.30 Uhr,
in die Kongreßhalle (Halle 6), Messegelände Köln-Deutz
(Eingang Ecke Auenweg/Rheinparkweg).

Tagesordnung:

1. Vorlage von Jahresabschluß, Geschäftsbericht, Bericht des Aufsichtsrats, Konzernabschluß und Konzerngeschäftsbericht für 1983. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
2. Entlastung des Vorstands.
3. Entlastung des Aufsichtsrats.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
5. Ermächtigung zur Begebung von Wandel- und Optionsanleihen sowie Schaffung bedingten Kapitals hierfür; entsprechende Änderung von § 3 der Satzung.
6. Wahl von Abschlussprüfer und Konzernabschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984.

Die vollständige Einberufung mit dem Wortlaut der Vorschläge zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger abgedruckt.

Ein Abdruck der Einberufung sowie Unterlagen mit den ungekürzten Vorlagen zu Punkt 1 der Tagesordnung oder in Form einer Kurzinformation werden den Kreditinstituten, die Aktien unseres Unternehmens verwahren, sowie den Vereinigungen von Aktionären, die in der letzten Hauptversammlung Stimmrechte für Aktionäre ausgeübt oder die Mitteilung verlangt haben; zur Weiterleitung an die Aktionäre zur Verfügung gestellt. Falls eine Zusendung nicht, wie vorgesehen, bis Anfang Juni erfolgt sein sollte, bitten wir die Aktionäre, die Unterlagen bei ihrem Kreditinstitut oder bei ihrer Aktionärsvereinigung anzufordern.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 19. Juni 1984 bei einem Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einem der nachstehend aufgeführten Kreditinstitute während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin AktiengesellschaftBankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktien-gesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank - Girozentrale -
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzger seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhart
Verkehrs- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brückmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfälische Bank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft

Die Hinterlegung gilt auch dann als bei einer der vorge-nannten Stellen bewirkt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer solchen Stelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden. Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist die von diesem hierüber auszustellende Bescheinigung spätestens am 20. Juni 1984 bei einer der vorgenannten Stellen einzureichen.

Der Vorstand der
Bayer Aktiengesellschaft
Grünwald · Schaub

Leverkusen, im Mai 1984

IWKA / Bei den Robotern geht es mit abgeschwächtem Wachstum aufwärts

Nach zehn Jahren wieder Dividende

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Nach einer zehnjährigen dividendenlosen Zeit teilt die Industrie-Werke Karlsruhe, Augsburg AG (IWKA), Karlsruhe, für das Jahr 1984 erstmals wieder eine Dividendenausschüttung an. Jedenfalls geht Vorstandsvorsitzender Wolf Hartmut Prellwitz davon aus, daß der in 1984 erzielbare Überschuß dafür reichen werde. Ursprünglich war für die Aufnahme einer Dividendenzahlung das Jahr 1985 ins Auge gefaßt worden. Zuletzt hatte IWKA für 1975 eine Dividende von 5 Prozent gezahlt.

Der bisherige Geschäftsverlauf dieses Jahres zeigt bei der IWKA ein uneinheitliches Bild. Verpackungsmaschinen und Regler profitieren von der konjunkturellen Belebung, doch macht sich in der Schweistechnik das rückläufige Investitionsvolumen der europäischen Autoindustrie bemerkbar. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich bei Kompensatoren und im Handelsgeschäft mit den Comecon-Ländern.

Weiter aufwärts, wenn auch mit abgeschwächten Zuwachsraten, tendiert das Geschäft mit Industriemaschinen, in dem IWKA mit seinen Produkten (Marke „Kuka“) zu den führenden Herstellern zählt. In dieser Sparte prognostiziert Prellwitz einen

Umsatzanstieg auf 100 Mill. DM in 1984. Insgesamt liegt der Auftragseingang bisher um etwa 10 Prozent unter dem Vorjahr, wobei freilich die Zahlen beispielsweise durch Abgabe des Bereichs Umwelttechnik und auch der Stahlflaschen nicht vergleichbar sind. Dies trifft auch für die Umsatzprognose 1984 zu: Prellwitz rechnet für die Gruppe und den Inlandskonzern mit einem Rückgang in einer Größenordnung von weniger als 10 Prozent.

In 1983 war der Gruppenumsatz um 10,4 Prozent auf 759 Mill. DM zurückgegangen. Ausschlaggebend dafür waren geringere Aufträge im Anlagenbau, das schwache Geschäft mit Kommunalfahrzeugen (dieser Bereich wurde inzwischen an Faun verkauft) und bei Stahlflaschen, sowie mit der Einstellung der Spezialmaschinen-Fertigung bei der französischen Tochter AKO. Größter Umsatzträger mit 45 (46) Prozent Anteil am Umsatz des Inlandskonzerns, der sich auf 586 (605) Mill. DM verringerte, war die Sparte Schweissanlagen/Montagetechnik/Roboter.

Zwar blieb der Umsatz der Tochter Kuka Schweissanlagen + Roboter GmbH, Augsburg, mit 203 Mill. DM

leicht unter dem Vorjahresresultat, doch stieg allein der Umsatz mit Robotern um 20 Prozent auf über 88 Mill. DM. Fortschritte macht auch die amerikanische Tochter Expert Automation Inc., deren Umsatz in diesem Jahr von 15 auf über 30 Mill. Dollar anwachsen dürfte. Zweitgrößte Sparte bei IWKA ist der Bereich Regeltechnik/Kompensatoren mit 16 (14) Prozent Umsatzanteil, gefolgt von der Wehrtechnik mit 14 (19) Prozent und der Verpackungstechnik mit 13 Prozent.

In all diesen Sparten wurden schwarze Zahlen geschrieben. Nach den Bemühungen um Umstrukturierung und Konsolidierung denkt man bei der IWKA nunmehr an eine gezielte Verstärkung und einen Ausbau (möglichst durch Beteiligung) vorzugsweise in den vier Kernbereichen.

In Sachanlagen investiert wurden im Konzern 26,7 (18,4) Mill. DM und abgeschrieben 17,9 (13,8) Mill. DM. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von 14,2 (9,9) Mill. DM, der wiederum voll den Rücklagen zugeführt wird. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 33,7 (33,6) Prozent. Die Gruppe zählt gut 5500 Mitarbeiter (minus 7 Prozent).

CARL SCHENCK / Mit 40 000 Aktien an die Börse

Überzeichnung erwartet

JOACHIM WEBER, Darmstadt

Mit einem vergleichsweise bescheidenen Volumen von 200 000 Aktien im Nominalwert von 2 Mill. DM will nun auch die Carl Schenck AG, Darmstadt, an die Börse gehen. Die Papiere werden in der Zeit vom 21. bis 24. Mai zum Kurs von 160 DM je 50-DM-Aktie zum Kauf angeboten. „Die zahlreichen Anfragen lassen eine deutliche Überzeichnung erwarten“, meint Wolfgang Graebner, Geschäftsinhaber der emittierenden BHF-Bank.

Frank Niethammer, als Vorstandschef des Schenck-Mehrheitsaktionärs Agiv (gut 50 Prozent von nun 56 Mill. DM Grundkapital, die insgesamt in den Frankfurter Freiverkehr eingeführt werden), begründet das geringe Volumen in erster Linie damit, daß bei dem Wagen-, Prüf- und Ausrichtungsmaschinenbau kein akuter Kapitalbedarf herrsche, zumal das Kapital im September 1983 gerade auf 54 (42) Mill. DM erhöht wurde. Der Gang zur Börse – nach Art des Hauses betont behutsam – sei vielmehr die „Vorbereitung der Gesellschaft auf einen größeren Schritt, den ich im nächsten Jahrzehnt durchaus kommen sehe“. Dabei wird in erster

Linie an eine Ausweitung der Produktionsbasis in den USA gedacht. Das technologiebetonte Unternehmen, das seinen Umsatz 1982/83 (30,9) mit 497 (535) Mill. DM zwar nicht halten konnte, das DVFA-Ergebnis je Aktie (auf 42 Mill. DM Grundkapital) aber auf 14,13 (10,10) DM steigerte, will 1983/84 auch auf das erhöhte und bereits voll dividendenberechtigte Kapital von 56 Mill. DM die 14 DM je Aktie verdienen. Die neuen Eigenmittel von 6,4 Mill. DM einschließlich Agio dienen weiteren Investitionen.

Großaktionäre sind neben der Agiv die Quant-Beteiligungsgesellschaft, Inda Verwaltungsgesellschaft mbH und Co. KG mit gut 25 Prozent und die Prinzessin Margaret von Hessen und bei Rhein mit 12,6 Prozent. Der Rest liegt bei Mitgliedern der Familie Schenck, die sich Ende 1973 weitgehend von ihren damaligen GmbH-Anteilen getrennt hatte. Nach der Übernahme von mehr als 70 Prozent des Kapitals durch die Agiv und die Harpener AG war das Unternehmen Anfang 1974 in eine AG umgewandelt worden, deren Anteile zehn Jahre lang von einem geschlossenen Gesellschafterkreis gehalten wurden.

STAHL BOCHUM / Blechgeschäft noch im Minus

Leichte Erholung erhofft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wiederum nur die Garantiedividende von 3 DM je Aktie erhalten die freien Aktionäre, die noch mit 3 Prozent an 24,2 Mill. DM Aktienkapital der Stahlwerke Bochum AG beteiligt sind, auch für 1983 (Hauptversammlung am 26. Juni). Abermals nur noch aperiodische Erträge schaffte dieser in Partnerschaft von Thyssen und Otto Wolff-Gruppe geführte Produzent von Flachstahl aus Thyssen-Vormaterial 1983 wenigstens einen ausgeglichenen Abschluß. Besseres erwartet der Vorstand von 1984. Dies einerseits wegen der allgemeinen Konjunkturbelebung, die über steigende Investitionsüberproduktion auch auf die Stahlindustrie übergreifen werde. Und andererseits wegen Verlagerung der amtlichen EG-Marktregelungen bis Ende 1985.

Sonderlich groß schätzt er die mögliche Erholung allerdings noch nicht ein. Leichte Mengenbesserung erlebe das Unternehmen 1983 nur im Absatz von (nicht den EG-Produktions-

dosierungsquoten unterliegenden) Elektroblechen, der aber mit 185 000 (170 000) t um gut ein Drittel unter der im letzten Stahlboomjahr 1974 erreichten Spitze zurückblieb. Der Feinblechsatz erreichte mit 190 000 (200 000) t einen neuen Tiefpunkt. Besonders drastisch fiel 1983 der Absatz von Stahlformguß auf 5995 (8395) t zurück. Kapazitätsanpassungen auch beim Personal waren die Folge.

Vor allem durch den Einbruch im Stahlformguß-Geschäft sank der Umsatz von Stahl Bochum auf 487 (504) Mill. DM. Die Belegschaft wurde weiter auf noch 1972 (2162) Mitarbeiter mit nur noch 105 (112) Mill. DM Personalaufwand reduziert. Einen weiteren Rationalisierungseffekt auch beim Personal bringt ab 1984 die Inbetriebnahme einer neuen Kaltbandwalzanlage, mit der die Elektro- und Feinblechfertigung auf nur noch zwei (drei) Walzanlagen „bei wesentlicher Qualitätssteigerung“ konzentriert wird.

HENNINGER / Bei der Dividende müssen sich die Aktionäre weiter in Geduld üben

Bierausstoß nochmals gesteigert

INGE ADHAM, Frankfurt

Hauptaktionär Reemtsma (rund 83 Prozent) und die freien Aktionäre der Henninger-Bräu AG, Frankfurt, müssen sich, was die Dividende angeht, weiter in Geduld üben. Zwar kann der Vorstand der Frankfurter Brauerei deutliche Erfolge bei der Verbesserung der internen Struktur im Geschäftsjahr 1983 vorweisen, aber die desolante Lage bei der griechischen Beteiligung brachte die AG um die Früchte dieser Anstrengungen. Die Erfolgsrechnung schließt mit einem Verlust von 0,9 Mill. DM, nachdem im Vorjahr mit dem bescheidenen Überschuß von 0,7 Mill. DM die langjährige Verlustphase beendet schien.

Bereits 1982 hatte die Henninger Hellas S.A., an der Henninger mit knapp 37 Prozent beteiligt ist und die zu den großen griechischen Brauereien zählt, gut 7 Mill. DM Teilwertabschreibung erfordert. Auch im vergangenen Jahr ist die einst profitable Beteiligung nicht aus der Klemme von Bierpreisstopp sowie galoppierender Inflation und Zinsen herausgekommen. Ein „Existenzgefährden-

der Verlust“, so Henninger-Vorstandsvorsitzender Dieter Weiss, machte eine totale Bereinigung des Engagements erforderlich. Sie kostet Henninger immerhin 20,2 Mill. DM, die durch Auflösung von 6,9 Mill. DM 60-Rücklage, Buchgewinne aus Grundstücksverkäufen (2,9 Mill. DM) und dem erwirtschafteten Betriebsergebnis (gut 10 Mill. DM) abgedeckt werden.

Ob die derzeit laufenden weiteren Sanierungsmaßnahmen bei Henninger Hellas erfolgreich sein werden, ist noch offen. Henninger jedenfalls, so unterstrich Weiss, sei nicht mehr bereit, sozialistische Experimente zu finanzieren, jetzt seien die griechischen Partner am Zuge.

Mit den inländischen Beteiligungen, die 5,4 (4,3) Mill. DM Gewinne abführten, ist Henninger zufrieden: „Erstmals seit Jahren“ schlossen alle mit Gewinn ab und verhalfen zu einem weiteren deutlichen Abbau der langfristigen Bankverbindlichkeiten auf 66 (88) Mill. DM.

Bremer Wolle mit mehr Aufträgen

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Bremer Woll-Kämmerei AG hat sich die Auftragslage seit Beginn dieses Jahres spürbar verbessert und zu einer befriedigenden Auslastung der Produktionsanlagen geführt. Wie es im Geschäftsbericht für das Jahr 1983 heißt, bewirke die zügige Disposition der Kammgarnspinnereien einen stetigen Abbau der Lagerbestände. Der daraus resultierende Nachholbedarf werde sich positiv auf die weitere Beschäftigung auswirken.

Für das Berichtsjahr weist die Gesellschaft, die im vergangenen Jahr ihr 100jähriges Jubiläum feierte, einen fast unveränderten Umsatz von 185 Mill. DM aus. Dabei erreichte die Wollkämmerei die Vorjahresproduktion und auch die Auslastung für die Antifilzausrüstung von Wollkammzügen entsprach dem Vorjahr. In der Chemiefaserverarbeitung, die etwa 40 Prozent des Geschäfts ausmacht, seien stagnierende Lohnzuweisungen durch mehr Eigengeschäft ausgeglichen worden. Allgemein, so heißt es, sei die gesamte Produktion von den in- und ausländischen Abnehmern zügig aufgenommen worden. Der Exportanteil erhöhte sich um 3,5 Prozentpunkte auf 47,5 Prozent.

Als Jahresüberschuß weist die Bremer Wolle 2,8 Mill. DM aus; das entspricht einer leichten Verbesserung von 3,7 Prozent. Davon gehen 0,4 Mill. DM in die freien Rücklagen, der Rest wird in Form von 12 Prozent Dividende ausgeschüttet. Die Hauptversammlung findet am 8. Juni in Bremen statt.

NAMEN

Werner Brodt, Europa-Chef des amerikanischen Software-Marketing-Unternehmens MicroPro, hat aufgrund unterschiedlicher Auffassung in der Geschäftspolitik das Unternehmen Ende April verlassen.

Dr. Wilfried Prevot, Leiter der Deutschen Anlagen Leasing Service GmbH, Mainz, wurde zum Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover-Bildesheim bestellt. Er ist Nachfolger des zum Jahresende ausscheidenden Franz-Hubert Hädicke.

Heinz C. Schmitz, Direktor der Japan Air Lines für Nordrhein-Westfalen, tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Takayoshi Matsuda (49).

SIEMENS

Information für Siemens-Aktionäre

Siemens investiert 27 Prozent mehr

Höherer Umsatz in allen Unternehmensbereichen

Auftragseingang

Siemens konnte im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres 1983/84 (30.9.) einen Auftragseingang von 26 (i. V. 26,2) Mrd. DM erzielen und kam damit fast an den ungewöhnlich hohen Vergleichswert des Vorjahres heran. Bei starker Differenzierung der Auftragsentwicklung in den einzelnen Ländern erhöhte sich das Auslandsgeschäft um 4%, wobei vor allem in den USA mehr Aufträge hereingeholt werden konnten. Beim Rückgang der Inlandsbestellungen um 4% ist zu berücksichtigen, daß im Vorjahr höhere Aufträge im Kraftwerksgeschäft sowie die auslaufende Investitionszulage zu einem außergewöhnlichen Anstieg der Bestellungen (+66%) geführt hatten.

Sieht man vom Kraftwerksgeschäft ab, ergibt sich bei den Inlandsaufträgen eine Zunahme von 13%. Kräftig gewachsen ist der Bestelleingang von Bauelementen, hier vor allem von integrierten Schaltungen. In der Datenverarbeitung wurden wiederum zweistellige Zuwachsraten erzielt. Aber auch die übrigen Unternehmensbereiche spürten die Konjunkturbelebung in wichtigen Märkten.

	vom 1.10.82 bis 31.3.83	vom 1.10.83 bis 31.3.84	Veränderung
in Mrd. DM			
Auftragseingang	26,2	26,0	0%
Inlandsgeschäft	14,1	13,5	- 4%
Auslandsgeschäft	12,1	12,5	+ 4%

Umsatz

Der Weltumsatz stieg um 7% auf 20,1 Mrd. DM, wobei das Inlandsgeschäft mit einem Zuwachs von 10% stärker anzog als das Auslandsgeschäft mit einem Plus von 5%. Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen erzielten die Unternehmensbereiche Bauelemente, Datentechnik und Medizinische Technik.

	vom 1.10.82 bis 31.3.83	vom 1.10.83 bis 31.3.84	Veränderung
in Mrd. DM			
Umsatz	18,7	20,1	+ 7%
Inlandsgeschäft	8,3	9,1	+ 10%
Auslandsgeschäft	10,4	11,0	+ 5%

Auftragsbestand

Da der Auftragseingang wieder erheblich über dem Umsatz lag, erhöhte sich der Auftragsbestand gegenüber dem 30.9.83 um 10% auf rund 63 Mrd. DM. Die Vorräte stiegen auf fast 21 Mrd. DM (nach 18,1 Mrd. DM am 30.9.83). Diese Zunahme steht im Zusammenhang mit Kraftwerksaufträgen, von denen

ein Teil noch im laufenden Geschäftsjahr abgerechnet wird.

	30.9.83	31.3.84	Veränderung
in Mrd. DM			
Auftragsbestand	57,4	62,9	+ 10%
Vorräte	18,1	20,8	+ 15%

Mitarbeiter

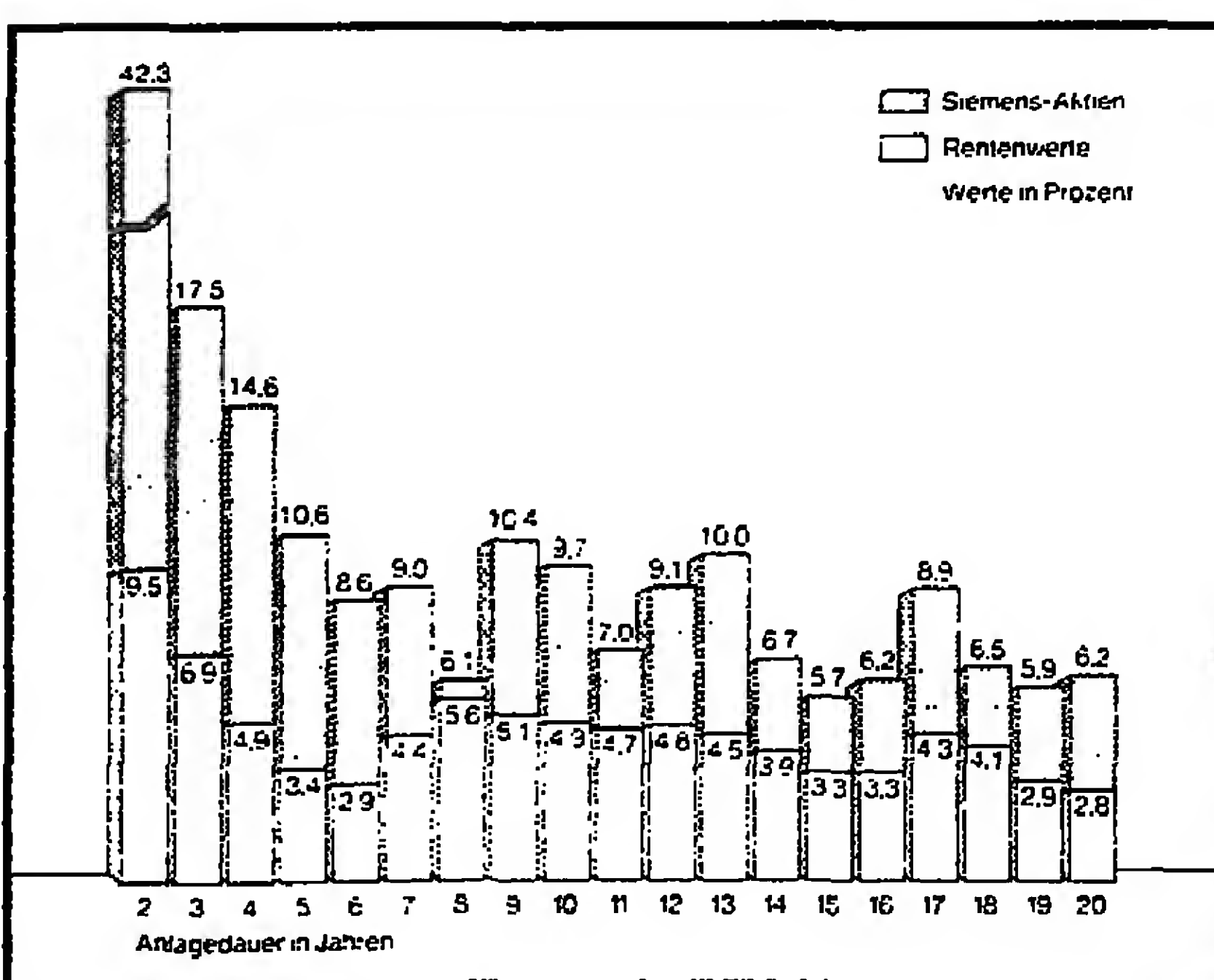
Die Zahl der Mitarbeiter blieb mit 313 000 gegenüber dem Ende des letzten Geschäftsjahres unverändert. Im Inland wird zwar ein leichter Rückgang von 212 000 auf 211 000 ausgewiesen; ohne das saisonbedingte Ausscheiden von Auszubildenden und Werkstudenten ergibt sich jedoch eine Zunahme von 1 000 Mitarbeitern. Im Ausland erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter wegen der Einbeziehung von zwei kleineren Gesellschaften um 1 000 auf 102 000. Der Personalaufwand erhöhte sich um 5%.

	30.9.83	31.3.84	Veränderung
in Tsd.			
Mitarbeiter	313	313	0%
im Inland	212	211	0%
im Ausland	101	102	+ 1%

Investitionen Gewinn

Die Investitionen wurden um 27% auf 910 Mio. DM aufgestockt. Daran waren alle Unternehmensbereiche beteiligt. Der Gewinn nach Steuern konnte von 348 auf 410 Mio. DM erhöht werden; das entspricht einer Umsatzrendite von 2,0 (i. V. 1,9) %.

	vom 1.10.82 bis 31.3.83	vom 1.10.83 bis 31.3.84	Veränderung
in Mio. DM			
Investitionen	717	910	+ 27%
Gewinn nach Steuern	348	410	
in % vom Umsatz	1,9	2,0	



Rendite-Vergleich: Siemens-Aktie und Rentenwerte

Für einen Anleger in der Bundesrepublik Deutschland war die Siemens-Aktie in den verschiedenen Anlageperioden bis Ende 1983 eine deutlich bessere Kapitalanlage als festverzinsliche Wertpapiere. Bei Berücksichtigung der Dividendeneinnahmen, Steuergutschriften, Zinsen und Kursveränderungen sowie der Einkommensteuer (in den Beispielen 30%) erbrachten die Siemens-Aktien meist erheblich höhere durchschnittliche jährliche Nettoerträge als Geldanlagen in Rentenwerten. Genaueres darüber und weitere Informationen finden Sie in der Druckschrift „Geldanlage in Siemens-Aktien“, die beim Infoservice 111-10, Postfach 156, D-8510 Fürth, kostenlos bezogen werden kann.

Siemens AG

Streiks spielten bei der Tendenzbildung kaum noch eine Rolle

Zinsrückgang in den USA genannt. Überraschung, daß sich der verhärtende Arbeitskampf der Metallindustrie kaum auf die Kursbildung auswirkte. Der Berufshandel verfuhr nach dem Motto „Streiktage sind Kautage“ und deckt sich mit Material reichlich ein.

ver Glas verbes-
 2 DM. Ring
 5 DM. fester und
 5 DM. Nachge-
 10 DM. 4 DM und
 8 DM. Bei den
 verlorenen Aache-
 Allianz Leben
 2 DM. verlor
 3,90 DM. Altana stockte
 10 DM auf und Plä-
 10 DM auf 189 DM
 4 DM und 10 DM
 4 DM. Westafrika
 10 DM. sich um 10 DM.
 4 DM. 10 DM. 4 DM
 14 DM. Phoenix
 136 DM und Bre-

WELT-Aktienindex: 149,9 (148,9)
WELT-Umsatzindex: 1477 (1441)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible][illegible][illegible]

Ungeregt-Merkmal			
	Fr.	Ma.	So.
1. Anker	2500	2500	2500
2. Anker	2500	2500	2500
3. Anker	2500	2500	2500
4. Anker	2500	2500	2500
5. Anker	2500	2500	2500
6. Anker	2500	2500	2500
7. Anker	2500	2500	2500
8. Anker	2500	2500	2500
9. Anker	2500	2500	2500
10. Anker	2500	2500	2500
11. Anker	2500	2500	2500
12. Anker	2500	2500	2500
13. Anker	2500	2500	2500
14. Anker	2500	2500	2500
15. Anker	2500	2500	2500
16. Anker	2500	2500	2500
17. Anker	2500	2500	2500
18. Anker	2500	2500	2500
19. Anker	2500	2500	2500
20. Anker	2500	2500	2500
21. Anker	2500	2500	2500
22. Anker	2500	2500	2500
23. Anker	2500	2500	2500
24. Anker	2500	2500	2500
25. Anker	2500	2500	2500
26. Anker	2500	2500	2500
27. Anker	2500	2500	2500
28. Anker	2500	2500	2500
29. Anker	2500	2500	2500
30. Anker	2500	2500	2500
31. Anker	2500	2500	2500
32. Anker	2500	2500	2500
33. Anker	2500	2500	2500
34. Anker	2500	2500	2500
35. Anker	2500	2500	2500
36. Anker	2500	2500	2500
37. Anker	2500	2500	2500
38. Anker	2500	2500	2500
39. Anker	2500	2500	2500
40. Anker	2500	2500	2500
41. Anker	2500	2500	2500
42. Anker	2500	2500	2500
43. Anker	2500	2500	2500
44. Anker	2500	2500	2500
45. Anker	2500	2500	2500
46. Anker	2500	2500	2500
47. Anker	2500	2500	2500
48. Anker	2500	2500	2500
49. Anker	2500	2500	2500
50. Anker	2500	2500	2500
51. Anker	2500	2500	2500
52. Anker	2500	2500	2500
53. Anker	2500	2500	2500
54. Anker	2500	2500	2500
55. Anker	2500	2500	2500
56. Anker	2500	2500	2500
57. Anker	2500	2500	2500
58. Anker	2500	2500	2500
59. Anker	2500	2500	2500
60. Anker	2500	2500	2500
61. Anker	2500	2500	2500
62. Anker	2500	2500	2500
63. Anker	2500	2500	2500
64. Anker	2500	2500	2500
65. Anker	2500	2500	2500
66. Anker	2500	2500	2500
67. Anker	2500	2500	2500
68. Anker	2500	2500	2500
69. Anker	2500	2500	2500
70. Anker	2500	2500	2500
71. Anker	2500	2500	2500
72. Anker	2500	2500	2500
73. Anker	2500	2500	2500
74. Anker	2500	2500	2500
75. Anker	2500	2500	2500
76. Anker	2500	2500	2500
77. Anker	2500	2500	2500
78. Anker	2500	2500	2500
79. Anker	2500	2500	2500
80. Anker	2500	2500	2500
81. Anker	2500	2500	2500
82. Anker	2500	2500	2500
83. Anker	2500	2500	2500
84. Anker	2500	2500	2500

Ausländische DM-Anleihe

[illegible]

Ausland

New York

1000	114.5	114.5
1000	115.0	115.0
1000	115.5	115.5
1000	116.0	116.0
1000	116.5	116.5
1000	117.0	117.0
1000	117.5	117.5
1000	118.0	118.0
1000	118.5	118.5
1000	119.0	119.0
1000	119.5	119.5
1000	120.0	120.0
1000	120.5	120.5
1000	121.0	121.0
1000	121.5	121.5
1000	122.0	122.0
1000	122.5	122.5
1000	123.0	123.0
1000	123.5	123.5
1000	124.0	124.0
1000	124.5	124.5
1000	125.0	125.0
1000	125.5	125.5
1000	126.0	126.0
1000	126.5	126.5
1000	127.0	127.0
1000	127.5	127.5
1000	128.0	128.0
1000	128.5	128.5
1000	129.0	129.0
1000	129.5	129.5
1000	130.0	130.0
1000	130.5	130.5
1000	131.0	131.0
1000	131.5	131.5
1000	132.0	132.0
1000	132.5	132.5
1000	133.0	133.0
1000	133.5	133.5
1000	134.0	134.0
1000	134.5	134.5
1000	135.0	135.0
1000	135.5	135.5
1000	136.0	136.0
1000	136.5	136.5
1000	137.0	137.0
1000	137.5	137.5
1000	138.0	138.0
1000	138.5	138.5
1000	139.0	139.0
1000	139.5	139.5
1000	140.0	140.0
1000	140.5	140.5
1000	141.0	141.0
1000	141.5	141.5
1000	142.0	142.0
1000	142.5	142.5
1000	143.0	143.0
1000	143.5	143.5
1000	144.0	144.0
1000	144.5	144.5
1000	145.0	145.0
1000	145.5	145.5
1000	146.0	146.0
1000	146.5	146.5
1000	147.0	147.0
1000	147.5	147.5
1000	148.0	148.0
1000	148.5	148.5
1000	149.0	149.0
1000	149.5	149.5
1000	150.0	150.0
1000	150.5	150.5
1000	151.0	151.0
1000	151.5	151.5
1000	152.0	152.0
1000	152.5	152.5
1000	153.0	153.0
1000	153.5	153.5
1000	154.0	154.0
1000	154.5	154.5
1000	155.0	155.0
1000	155.5	155.5
1000	156.0	156.0
1000	156.5	156.5
1000	157.0	157.0
1000	157.5	157.5
1000	158.0	158.0
1000	158.5	158.5
1000	159.0	159.0
1000	159.5	159.5
1000	160.0	160.0
1000	160.5	160.5
1000	161.0	161.0
1000	161.5	161.5
1000	162.0	162.0
1000	162.5	162.5
1000	163.0	163.0
1000	163.5	163.5
1000	164.0	164.0
1000	164.5	164.5
1000	165.0	165.0
1000	165.5	165.5
1000	166.0	166.0
1000	166.5	166.5
1000	167.0	167.0
1000	167.5	167.5
1000	168.0	168.0
1000	168.5	168.5
1000	169.0	169.0
1000	169.5	169.5
1000	170.0	170.0
1000	170.5	170.5
1000	171.0	171.0
1000	171.5	171.5
1000	172.0	172.0
1000	172.5	172.5
1000	173.0	173.0
1000	173.5	173.5
1000	174.0	174.0
1000	174.5	174.5
1000	175.0	175.0
1000	175.5	175.5
1000	176.0	176.0
1000	176.5	176.5
1000	177.0	177.0
1000	177.5	177.5
1000	178.0	178.0
1000	178.5	178.5
1000	179.0	179.0
1000	179.5	179.5
1000	180.0	180.0
1000	180.5	180.5
1000	181.0	181.0
1000	181.5	181.5
1000	182.0	182.0
1000	182.5	182.5
1000	183.0	183.0
1000	183.5	183.5
1000	184.0	184.0
1000	184.5	184.5
1000	185.0	185.0
1000	185.5	185.5
1000	186.0	186.0
1000	186.5	186.5
1000	187.0	187.0
1000	187.5	187.5
1000	188.0	188.0
1000	188.5	188.5
1000	189.0	189.0
1000	189.5	189.5
1000	190.0	190.0
1000	190.5	190.5
1000	191.0	191.0
1000	191.5	191.5
1000	192.0	192.0
1000	192.5	192.5
1000	193.0	193.0
1000	193.5	193.5
1000	194.0	194.0
1000	194.5	194.5
1000	195.0	195.0
1000	195.5	195.5
1000	196.0	196.0
1000	196.5	196.5
1000	197.0	197.0
1000	197.5	197.5
1000	198.0	198.0
1000	198.5	198.5
1000	199.0	199.0
1000	199.5	199.5
1000	200.0	200.0

London

1000	151.5	151.5
1000	152.0	152.0
1000	152.5	152.5
1000	153.0	153.0
1000	153.5	153.5
1000	154.0	154.0
1000	154.5	154.5
1000	155.0	155.0
1000	155.5	155.5
1000	156.0	156.0
1000	156.5	156.5
1000	157.0	157.0
1000	157.5	157.5
1000	158.0	158.0
1000	158.5	158.5
1000	159.0	159.0
1000	159.5	159.5
1000	160.0	160.0
1000	160.5	160.5
1000	161.0	161.0
1000	161.5	161.5
1000	162.0	162.0
1000	162.5	162.5
1000	163.0	163.0
1000	163.5	163.5
1000	164.0	164.0
1000	164.5	164.5
1000	165.0	165.0
1000	165.5	165.5
1000	166.0	166.0
1000	166.5	166.5
1000	167.0	167.0
1000	167.5	167.5
1000	168.0	168.0
1000	168.5	168.5
1000	169.0	169.0
1000	169.5	169.5
1000	170.0	170.0
1000	170.5	170.5
1000	171.0	171.0
1000	171.5	171.5
1000	172.0	172.0
1000	172.5	172.5
1000	173.0	173.0
1000	173.5	173.5
1000	174.0	174.0
1000	174.5	174.5
1000	175.0	175.0
1000	175.5	175.5
1000	176.0	176.0
1000	176.5	176.5
1000	177.0	177.0
1000	177.5	177.5
1000	178.0	178.0
1000	178.5	178.5
1000	179.0	179.0
1000	179.5	179.5
1000	180.0	180.0
1000	180.5	180.5
1000	181.0	181.0
1000	181.5	181.5
1000	182.0	182.0
1000	182.5	182.5
1000	183.0	183.0
1000	183.5	183.5
1000	184.0	184.0
1000	184.5	184.5
1000	185.0	185.0
1000	185.5	185.5
1000	186.0	186.0
1000	186.5	186.5
1000	187.0	187.0
1000	187.5	187.5
1000	188.0	188.0
1000	188.5	188.5
1000	189.0	189.0
1000	189.5	189.5
1000	190.0	190.0
1000	190.5	190.5
1000	191.0	191.0
1000	191.5	191.5
1000	192.0	192.0
1000	192.5	192.5
1000	193.0	193.0
1000	193.5	193.5
1000	194.0	194.0
1000	194.5	194.5
1000	195.0	195.0
1000	195.5	195.5
1000	196.0	196.0
1000	196.5	196.5
1000	197.0	197.0
1000	197.5	197.5
1000	198.0	198.0
1000	198.5	198.5
1000	199.0	199.0
1000	199.5	199.5
1000	200.0	200.0

ptionshandel

[illegible]

4.5.		15.
------	--	-----

[illegible]

*45

[illegible]

ünzen

[illegible]

-	15.5
---	------

[illegible]

Madrid

55	16.5	15.5
56	16.5	15.5
57	16.5	15.5
58	16.5	15.5
59	16.5	15.5
60	16.5	15.5
61	16.5	15.5
62	16.5	15.5
63	16.5	15.5
64	16.5	15.5
65	16.5	15.5
66	16.5	15.5
67	16.5	15.5
68	16.5	15.5
69	16.5	15.5
70	16.5	15.5
71	16.5	15.5
72	16.5	15.5
73	16.5	15.5
74	16.5	15.5
75	16.5	15.5
76	16.5	15.5
77	16.5	15.5
78	16.5	15.5
79	16.5	15.5
80	16.5	15.5
81	16.5	15.5
82	16.5	15.5
83	16.5	15.5
84	16.5	15.5
85	16.5	15.5
86	16.5	15.5
87	16.5	15.5
88	16.5	15.5
89	16.5	15.5
90	16.5	15.5
91	16.5	15.5
92	16.5	15.5
93	16.5	15.5
94	16.5	15.5
95	16.5	15.5
96	16.5	15.5
97	16.5	15.5
98	16.5	15.5
99	16.5	15.5
100	16.5	15.5

Dev

[illegible]

١٥

****TASK FREDUSR 2**
****DECK 7, OUTPUT 16**
****TIME 100, OUTLIM 9**
BANNER DATE CLM
(% 2 / ? (WC-1), \ # 7 OP
LIST ← TASK / SUPR : USR
\$ ERROR \ ABORT \ WARN
? ? SYNTAX ERROR /
****TASK FREDUSR 2**
****DECK 7, OUTPUT 160**

Warum lernen Sie noch immer Computersprachen,
wenn es doch einen Computer
gibt, der dieselbe Sprache spricht wie Sie?

Warenpreise - Termine

Etwas fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfermärkte am Terminmarkt der New Yorker Comex. Mit Ausnahme der ersten beiden Sichten, die schwächer notierten, ging Kupfer leicht befestigt aus dem Markt. Kleine Gewinne in allen Kontrakten verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Waren	15. 5.	14. 5.
Weizen Chicago (aboch)	340,00	336,00
Maiz	340,00	340,00
Sohn	340,00	340,00
Soja	340,00	340,00
Sojabohnen	340,00	340,00
Gerste	340,00	340,00
Hafer	340,00	340,00
Roggen	340,00	340,00
Wassermelone (aboch)	340,00	340,00
Äpfel	340,00	340,00
Bananen	340,00	340,00
Orangen	340,00	340,00
Limetten	340,00	340,00
Äpfel	340,00	340,00
Bananen	340,00	340,00
Orangen	340,00	340,00
Limetten	340,00	340,00

Genußmittel

Waren	15. 5.	14. 5.
Kaffee	15,00	14,50
Tea	15,00	14,50
Schokolade	15,00	14,50
Wasser	15,00	14,50
Wasser	15,00	14,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Waren	15. 5.	14. 5.
Öl	15,00	14,50
Fett	15,00	14,50
Tierprodukte	15,00	14,50
Öl	15,00	14,50
Fett	15,00	14,50
Tierprodukte	15,00	14,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Waren	15. 5.	14. 5.
Wolle	15,00	14,50
Fasern	15,00	14,50
Kautschuk	15,00	14,50
Wolle	15,00	14,50
Fasern	15,00	14,50
Kautschuk	15,00	14,50

Erklärungen - Rohstoffpreise

Waren	15. 5.	14. 5.
Erklärungen	15,00	14,50
Rohstoffpreise	15,00	14,50
Erklärungen	15,00	14,50
Rohstoffpreise	15,00	14,50

Westdeutsche Metallnotierungen

Waren	15. 5.	14. 5.
Westdeutsche	15,00	14,50
Metallnotierungen	15,00	14,50
Westdeutsche	15,00	14,50
Metallnotierungen	15,00	14,50

Zinn-Preis Penang

Waren	15. 5.	14. 5.
Zinn-Preis	15,00	14,50
Penang	15,00	14,50
Zinn-Preis	15,00	14,50
Penang	15,00	14,50

Deutsche Alu-Gießlegierungen

Waren	15. 5.	14. 5.
Deutsche	15,00	14,50
Alu-Gießlegierungen	15,00	14,50
Deutsche	15,00	14,50
Alu-Gießlegierungen	15,00	14,50

New Yorker Metallbörsen

Waren	15. 5.	14. 5.
New Yorker	15,00	14,50
Metallbörsen	15,00	14,50
New Yorker	15,00	14,50
Metallbörsen	15,00	14,50

Londoner Metallbörsen

Waren	15. 5.	14. 5.
Londoner	15,00	14,50
Metallbörsen	15,00	14,50
Londoner	15,00	14,50
Metallbörsen	15,00	14,50

Der Herrgott hat durch eine unbekannte Krankheit nach langem Leiden unseren lieben Sohn, Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Hans-Werner Kahn

* 16. 9. 1941 † 9. 5. 1984

zu sich genommen.

Im Namen aller Angehörigen
Tilla und Walter Kahn

Braunschweig, 16. Mai 1984

Die Beisetzung hat im engsten Familien- und Mitarbeiterkreis stattgefunden.

Unerkennlich und viel zu früh ist unser Gesellschafter und langjähriger Geschäftsführer

Hans-Werner Kahn

am 9. Mai 1984 im Alter von 42 Jahren von uns gegangen. Er hat die Geschicke unserer Unternehmen über ein Jahrzehnt lang wesentlich mitgestaltet. Wir werden sein Andenken stets in Ehre bewahren.

Braunschweig, Celle, Düsseldorf, 16. Mai 1984

Walter Kahn Reisebüro GmbH & Co. KG
und
Reisebüro Kahn GmbH

Gesellschafter Geschäftsführung
Betriebsräte und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat im engsten Kreis stattgefunden.

Werden Sie der NEUE Foto-Fachhändler

Das von KIS entwickelte und verkaufte fotografische MINILAB macht Farbe im raschen wachsenden 1-Stunden-Farb-Bild-Markt mit außerordentlich hoher Rentabilität und enormen Gewinnmargen.

Alte verkrustete Branchenstrukturen brechen auf, neue, zukunftsweisende Technologien und Vertriebssysteme gewinnen rapide an Bedeutung. Fast 2 Millionen Fotohändler werden jährlich in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und geprüft (Werk. Welt, gesamt ca. 20 Mrd. p.a.).

Das ist Ihre CHANCE, im neuen 1-Stunden-Farb-Bild-Markt hohe Gewinne zu realisieren. Bei überschaubaren Investitionskosten (rd. DM 60.000,- oder Leasing - inkl. Beratung, gründliche Ausbildung, kompl. Marketing-Konzept) mit einem rasant wachsenden, internationalen Großunternehmen im Rücken (Expansion 1983 +77% intern, rd. 50% Marktanteil bei Minilabs innerhalb von nur 24 Monaten).

Werden Sie einer der NEUEN, erfolgreichen FOTO-FACHHÄNDLER?

Sprechen Sie umgehend mit uns: KIS Photo, Oberbiller Allee 167, 4000 Düsseldorf, Telefon 02 11 77 10 33.

Scheidung droht?
... mit der Folge von erheblichen Vermögensschäden und eventueller Existenzgefährdung? Wie helfen wir Ihnen bei der Vermeidung und Sicherung Sie vor Vermögensschäden!

Antrag, die streng vertraulich behandelte, unter M 6599 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bis 38% Provision für Vertriebs-Gruppen

auch Immobilien-Makler, Anlageberater, Versicherungs-Agenturen, Steuerberater etc.

Direkt vom Eigentümer vermietete Eigentumswohnungen in Berlin, nur beste Citylagen, Objekte voll modernisiert. Preise auf Gutachterbasis, zwischen 80.000,- bis 300.000,- DM pro Wohnungseinheit mit Mietgarantie.

Interessenten, die entsprechende Erfahrungen besitzen, nehmen bitte Kontakt auf unter M 6599 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wegen der Arbeitsruhe am Tage Christi Himmelfahrt fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 2. Juni.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 2. Juni möglichst frühzeitig an uns ab

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18/Kettwig
im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 08-579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 01-84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 02-17 001 777

Massive Eichenbänke
Lieferanten: Schönbach
Mülheimer Str. 76c, (02 14) 5 36 40

Graphologische Charakteranalysen
nach der retroversiven Methode MSY/
Bum (Copyright) Dr. U. Kuhl, Dipl.
Graphologe, Ohlsdorfer Str. 1-3, 2000
Hamburg 60, Info anfordern.

US-Firma (deutsch) sucht für
Verkauf v. speziell. Bauprodukten
selbst. Generalvertreter für
BRD. Geeignete Interessenten
mit nachweisl. freiem Eigenkapital
von US-Dollar 80.000,- können
Erfolgchancen durch Buchungs-
einsicht überprüfen. Zuschriften
unter K 6379 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Achtung! Marktnische!
Besuchen Sie Ärzte, Handwerksbetriebe, Vereine, Verbände oder Firmen mit eigenem Firmenzeichen? Dann haben wir eine sehr attraktive Neuheit für Sie! Ein leicht verkäuflicher, exklusiver Mitnahmeartikel mit hoher Provision und interessantem Folgegeschäft.
Anfragen seriöser Handelsvertreter an:
**Zeiter Versand GmbH, Postfach 21 01 50
8000 München 21
Tel. 0 89 / 7 00 37 37, Telex 52 14 712**

Unternehmensberater sucht agilen Steuerberater
mit fundierter Daten-Erfahrung als unabhängiger Partner (Bürogemeinschaft, Sozietät o. ä.). Standort Hamburg, Räume, Einrichtung, Sekretariat etc. vorhanden. (Ausgangsbasis für Praxisgründung.)
Zuschr. u. N 6800 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche
zuverlässigen Geschäftspartner für ein sehr lukratives Import- u. Exportunternehmen. Orientalische Großhandelswaren für europäischen Groß- u. Einzelhandel/Marketing. Anzahlung DM 50.000,- u. 50%ige Geschäftsbeziehung.
Tel. in USA/Port. Lauderdale/Florida 30 54 74 37 51, Herr Deventer

Fensterhersteller gesucht
Wir sind: Vertrieb mit Verkaufsförderung in der gesamten BRD (Umsatz 1983 ca. 7 Mio.). Wir suchen: Fensterhersteller in Kunststoff-, Aluminium- und Holzfenstern sowie Haustüren und Rolltüren inkl. Montage und Aufmaß, regional und überregional. Wir erwarten: Korrekte Abwicklung, Leistungsfähigkeit, Sofortige Provision (Kautions kann gestellt werden). Tel. von 8 bis 18 Uhr an: 0 61 84 15 88 48, Herr Lenz.

Ihr Büro im Raum Hamburg
Wir vertreten Ihre Interessen in Hamburg bzw. in Norddeutschland:
- Repräsentatives Büro im Rathaus bietet Ihnen:
- Bürodress - Postservice - Telefon - Telexservice Tag und Nacht, Schreibservice. Zuschriften erbeten unter P 6335 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FINANZANZEIGE

Buderus

Buderus Aktiengesellschaft Wetzlar

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zur **Ordentlichen Hauptversammlung** auf Mittwoch, den 27. Juni 1984, 11.00 Uhr, nach Wetzlar in das Hauptverwaltungsgebäude der Gesellschaft, Sophienstraße, eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats.
2. Entlastung der Mitglieder des Vorstands.
3. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats.
4. Wahl der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt (Main) und die Wirth & Klein GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung ist jeder Aktionär berechtigt. Zur Ausübung des Stimmrechts und zur Stellung von Anträgen in der Hauptversammlung sind nur die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am siebten Tag vor dem Tage der Hauptversammlung während der üblichen Geschäftsstunden bei der Gesellschaftskasse oder einer der nachstehend bezeichneten Banken oder einer ihrer Niederlassungen:

im Bundesgebiet: Commerzbank AG, Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA, Bankhaus von der Heydt-Karsten & Söhne.

in Berlin: Berliner Commerzbank AG, Deutsche Bank Berlin AG, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Bank AG.

hinterlegen und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung belassen. Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für Sie bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gepantet werden. Die Hinterlegung kann auch bei einer zur Entgegennahme der Aktien berechtigten Wertpapieramtbank oder bei einem deutschen Notar geschehen; in diesem Falle ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung, die - soweit sie durch einen Notar ausgestellt ist - die Nummer der Aktien enthalten muß, spätestens am siebten Tage vor dem Tage der Hauptversammlung bei der Gesellschaft einzureichen.

Wetzlar, im Mai 1984

Der Vorstand

Controller für Praxis-Test gesucht!

Jetzt neu im Zeitstrahlformat!
Instandhaltungs-Controlling
Controlling und Kostenrechnung
EDV-gestützte Kostenrechnung
Die richtige Standard-Software für die Kostenrechnung
Controlling mit Personal-Computern
Wertanalyse-Projekte

Mit den Anwenderberichten, Fallbeispielen und Diskussionsbeiträgen in der „krp“ halten Kostenrechnungspraktiker und Controller ihr berufliches Fachwissen auf dem aktuellen Stand. Die „krp“ liefert Ihnen die neuesten Ergebnisse der Betriebswirtschaftlichen Lehre und bietet gleichzeitig konkrete Lösungsvorschläge für die Probleme der täglichen Praxis.

Heute lädt Sie der Gabler Verlag zum riskanten Gratis-Lese-Test ein: Überzeugen Sie sich mit 2 Ausgaben der „krp“ von der hervorragenden Qualität der Beiträge.

Schicken Sie uns den ausgefüllten Test-Coupon - es lohnt sich!

krp KOSTENRECHNUNG PRAXIS

Der Controller und die Kostenrechnung - Grenzkontrollen und Kostenrechnung - EDV-gestützte Kostenrechnung - Wertanalyse-Projekte

TEST-COUPON

Bitte senden Sie mir gratis die nächsten zwei Ausgaben der „krp“ zum Kennenlernen. Wenn ich innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des zweiten Heftes (Datum der Abgabe) antworte, daß ich keine weitere Belieferung wünsche, ist für mich alles erledigt.

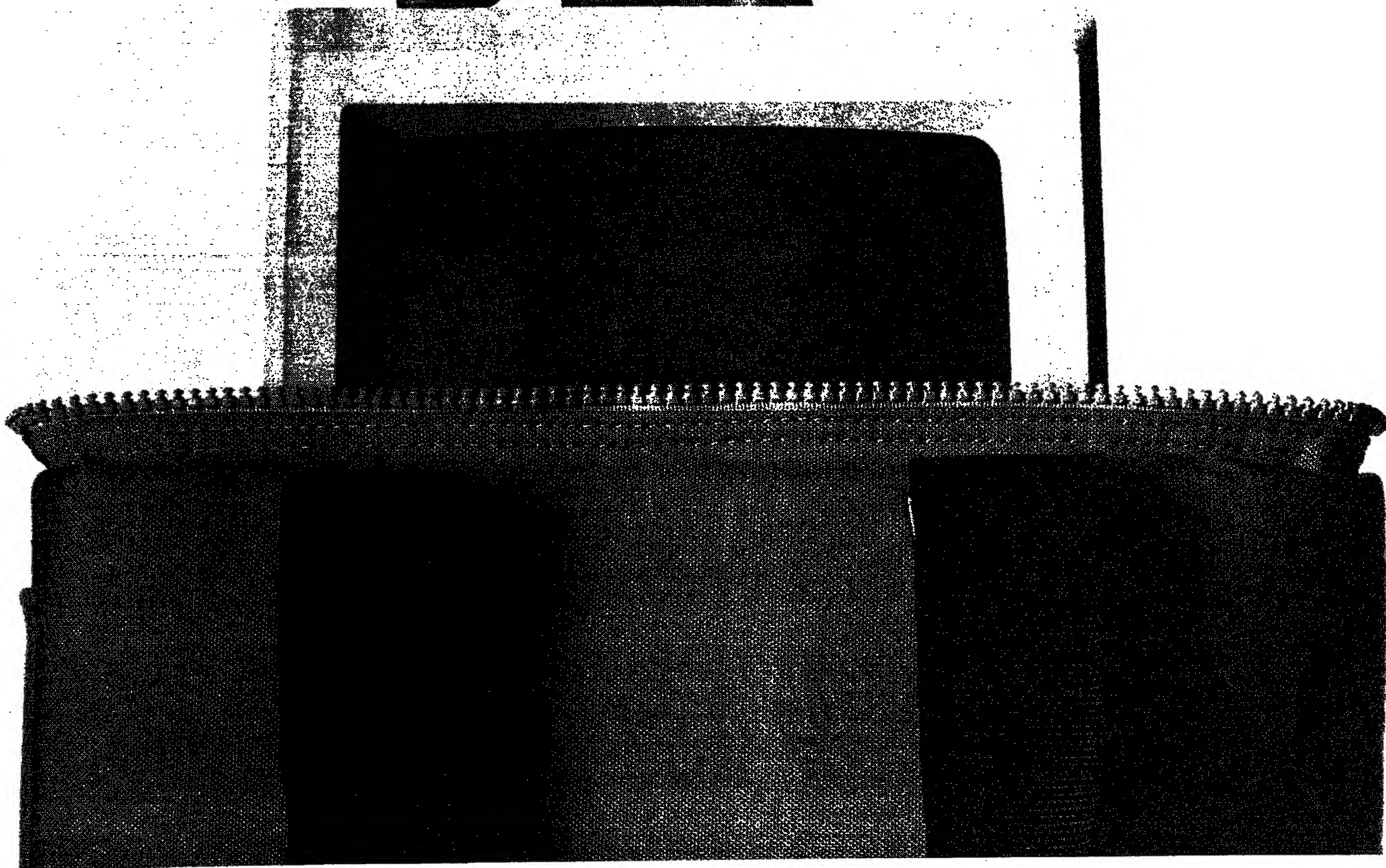
Wenn Sie nichts von mir hören, erhalten Sie die „krp“ zum Jahresabonnementspreis von DM 54,- für 6 Ausgaben frei Haus.

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Datum/Unterschrift: _____
Ich weiß, daß ich diese Vereinbarung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum/Unterschrift: _____

Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH
Postfach 1546, 6200 Wiesbaden 1

GABLER

WEL



Versuchen Sie nicht, eine Maschine zu werden.  **apple computer**

Bundesanleihen

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Bundespost

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Länder - Städte

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Bankschuldverschreib.

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Langläufer verstärkt angeboten

Die weiterhin unsichere Zinsentwicklung in den USA lässt am deutschen Rentenmarkt weitere Abgaben aus. Die Gefahr einer Diskont- und Lombardsenkung am 30. Mai ist nach Ansicht der Rentenförderer nicht völlig gebannt. Angeboten wurden besonders öffentliche Titel mit längerem Laufzeiten, deren Kurse ernsthaft gedrückt wurden. Achtzehntelprozentige Emissionen mit Restlaufzeiten von rund neun Jahren wurden mit zirkulierenden 79,50 DM notiert. Die neue achttelprozentige Bahnanleihe wird offiziell zu einundzwanzigprozent angeboten.

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Wandelanleihen

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Optionsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Sonderanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Optionsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Währungsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Wandelanleihen

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Optionsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Wandelanleihen

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Optionsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Sonderanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Optionsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Währungsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Wandelanleihen

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

Optionsanleihe

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

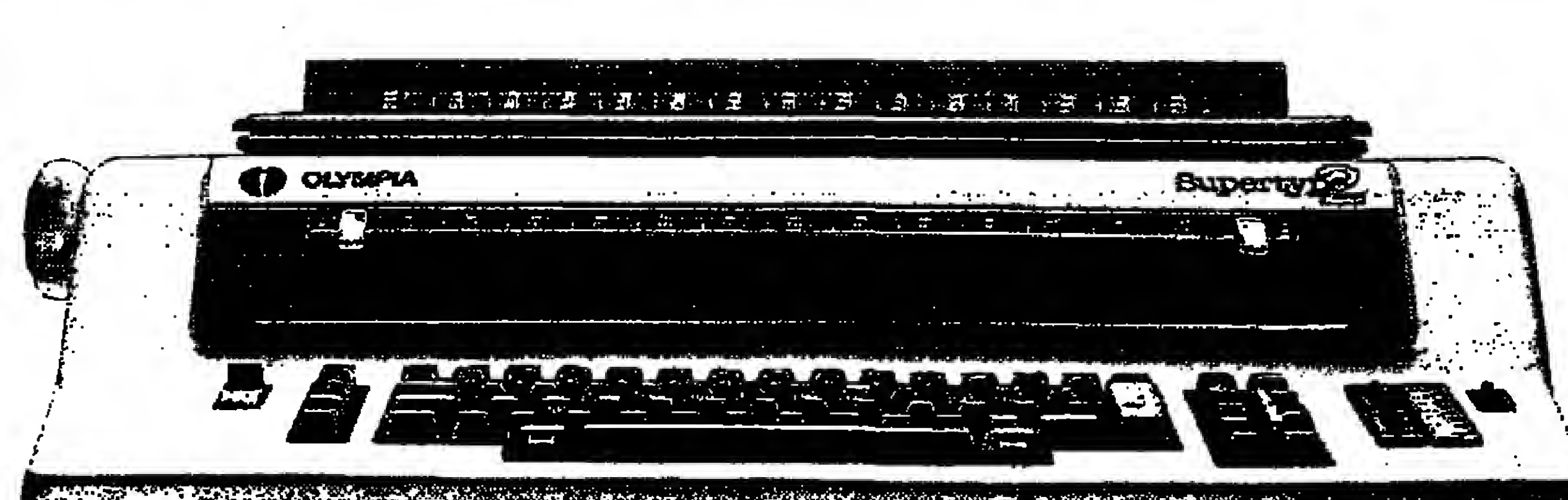
Ausländische Aktien in DM

	15.5.	14.5.
F 6 Bund 78 III	99,95	99,95
6 Bund 78 IV	99,95	99,95
6 Bund 78 V	99,95	99,95
6 Bund 78 VI	99,95	99,95
6 Bund 78 VII	99,95	99,95
6 Bund 78 VIII	99,95	99,95
6 Bund 78 IX	99,95	99,95
6 Bund 78 X	99,95	99,95
6 Bund 78 XI	99,95	99,95
6 Bund 78 XII	99,95	99,95

MEN S C H I C H

ERWEITERTE

DEIN GEHEIMNIS



Hatten Sie mit dem 16.000-Zeichen-Gedächtnis der 'Supertype 2' schon einen Speicher vor sich, der zu den schlauesten im Lande zählt, kommt es jetzt noch besser. Mit Mikrodisk, einem Diskettenlaufwerk, das das Hirn der 'Supertype 2' zu einem wahren Superhirn von unbegrenzter Kapazität erweitert. Das ist was für Leute mit vielen Anschriften, Tabellen, Formularen und so weiter. In der 'Supertype 2' stecken alle Erfahrungen mit Schreib-

systemen, die wir in den letzten 80 Jahren gemacht haben. Und alle Anschlüsse, die Sie in den nächsten Jahren brauchen können. Das fehlt nur noch eins: Ihr Besuch beim Fachhändler. Nähere Informationen schicken Ihnen aber auch gern die Olympia Vertriebsgesellschaft mbH. Hahnstraße 41, 6 Frankfurt/M. 71.

OLYMPIA

Algen...
Durch d...
BISCHRIFFE
Vur bla...
Hatten Sie mit dem 16.000-Zeichen-Gedächtnis der 'Supertype 2' schon einen Speicher vor sich, der zu den schlauesten im Lande zählt, kommt es jetzt noch besser. Mit Mikrodisk, einem Diskettenlaufwerk, das das Hirn der 'Supertype 2' zu einem wahren Superhirn von unbegrenzter Kapazität erweitert. Das ist was für Leute mit vielen Anschriften, Tabellen, Formularen und so weiter. In der 'Supertype 2' stecken alle Erfahrungen mit Schreib-

Alt genug für Pasternak

et - Julian Semjonow, der erfolgreiche Moskauer Thriller-Autor (in der Sowjetunion Gesamtauflage 20 Millionen), hat wieder einmal sein schickes Appartement in der Hauptstadt allein gelassen und auch seine Liegenschaften auf der Krim. Er ist zu Gast in Großbritannien, ganz privat natürlich, nur so und verhandelt mit einem Londoner Agenten über den Ankauf der Briefsammlungen von Puschkin und von Lermontow. Bei der Flucht vor dem Bolschewismus hatten die Besitzer sie einst mitgenommen. Die Sowjets hätten sie gern in dem Puschkin-Museum, das sie im wiederaufgebauten Rastelli-Palast nicht weit von St. Petersburg eingerichtet haben.

Die Stadt heißt heute ja Leningrad. Der alte Name rutschte nur versehentlich heraus, weil die ganze Geschichte, wie der „Observer“ sie berichtet, so westlich-kapitalistisch klingt. In den Reiseplänen Semjo-

nows ist auch ein gutes Gespräch über die Papiere eines wesentlich jüngeren Dichters vorgesehen. Es wird im Ordor-Haus der dreißigjährigen Maler-Tochter und Dichter-Schwester Josephine Pasternak stattfinden. Jüngst ist es den Sowjets eingeleitet, den 1960 verstorbenen Nobelpreisträger Boris P. ein hübsches zu „rehabilitieren“, und nun fehlen ihnen seine Manuskripte und Briefe doch sehr. Josephine P. hat bisher nur vertraut lassen, sie glaube nicht, daß der Gast aus Moskau etwas mitnehmen könne. Der Hauptteil des Archivs sei noch nicht geordnet und greifbar. „Da habe ich noch viel zu tun.“

Nun ist es ja schon in freien Ländern nicht leicht, den Nachlaß von Autoren ordentlich zu archivieren. Das Sowjetverfahren, die ertliche Kultur erst mal ins Ausland zu verschleppen und später einzusammeln, ist allerdings besonders kompliziert. Aber was hilft das? Semjonow ist erst 53 Jahre alt. Da wird er bei mäßigem Lebenswandel gewiß noch in der Lage sein, als rüstiger Greis in ein paar Jahrzehnten die USA zu besuchen und über Solchenizyns Papiere zu verhandeln.

Mythos und Geschlechterkampf - Die „Woche des jungen französischen Theaters“ in Saarbrücken

Von Euripides zu Humphrey Bogart

Das Festival ist inzwischen zur Institution geworden. Zum siebten Mal schon fand in Saarbrücken die „Woche des jungen französischen Theaters“ statt; sie hatte diesmal dreizehn freie Theatergruppen der französischen Avantgarde zu Gast, die vierzig Aufführungen boten. Das Programm war von den Veranstaltern sehr sorgfältig zusammengestellt worden, sollte es doch einen Überblick über die aktuellen Tendenzen in einer nicht nur räumlich, sondern auch geistig eng benachbarten Theaterlandschaft vermitteln, zumindest was die jungen freien Truppen angeht, die so ganz anders organisiert sind als bei uns.

In Frankreich gibt es zur Zeit ein knappes Dutzend vom Staat bezuschter Bühnen; fünf davon arbeiten in Paris, und Ariane Mnouchkine dürfte, was die Freien (immerhin rund 430) angeht, die „Sonnenkönigin“ sein, mit einem Etat von 1,5 Millionen Mark. Die Gruppen, die jetzt in Saarbrücken unter dem traditionellen Motto „perspectives“ einen Überblick über ihre Programme gaben, müssen sich alle - wenn sie überhaupt etwas bekommen - mit höchst kümmerlichen Zuwendungen begnügen.

Dem aufmerksamen Zuschauer fielen einige Merkmale auf, die den meisten Gruppen gemeinsam zu sein scheinen, so vor allem die eifrige Benutzung antik-mythologischer Vorlagen und deren Bearbeitung sowie die leidenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschlechterrolle. Viele Aufführungen wirkten dadurch allerdings ein bißchen so, als seien sie aus der Zeit herausgefallen. Es regierte ein (höchst artistischer) Eschismus.

Sehr eindrucksvoll „Die Bacchanten“ von Euripides in der Adaption von François Michel Pesenti (Théâtre du Point Aveugle, Marseille), der im vergangenen Jahr schon mit einer Prometheus-Inszenierung für Gesprächsstoff gesorgt hatte. Die zehn Aufführungen seines Ensembles waren alle gut besucht, was nicht zuletzt an den knappen, niemals ermüdenden Szenenarrangements gelegen haben mag. Als hätte es Grubers Antikenprojekt nie gegeben, spielte die Truppe die (mit 70 bis 80 Minuten) wohl kürzeste Bacchantinnen-Aufführung, die es je gegeben hat.

Das große Alterswerk des Euripides wird allgemein als das letzte Werk der griechischen Tragödie überhaupt verstanden. Der ephebeische schöne



Einen genialen Strauß gebunden: Szene aus Jean Gaudins Choreographie „Les Autruches“ bei der französischen Theaterwoche in Saarbrücken

FOTO: ROGER PAULET

Dionysos (Eric Doye) ist die Hauptfigur. Zwischen dem Erdreich des Bühnenbodens und dem Indus-trialhimmel - Aufführungsort war wieder die Atlas-Copco-Halle - und inmitten des rechtlich mit hohen Wänden eingesetzten „Theben“ nimmt die androgyn, auf Güterfraß und Zweikampf zugeschnittene Handlung ihren Lauf. Das war faszinierend sinnliches Theater, das sich um Theorie nicht scherte.

Dem „individuellen Gruppen-theater“ von Pesenti stand die Arbeit zweier Frauen der Compagnie la Poursuite, Paris, gegenüber: der Schauspielerin Anna Zenour und der Regisseurin Hélène Lassalle. Unter Verwendung von Textauszügen aus Euripides, Aischylos, Sartre und Ezra Pound zeigte die Zenour, die 1982 in Saarbrücken im „Café du Commerce“ brilliert hatte, mit „L'Incendie“ eine Kassandraparaphrase von schier unermesslicher Unmittelbarkeit.

Zenours Darbietung war ohne allen Zweifel der beste Beitrag einer einzelnen Schauspielerin auf diesen Saarbrücker Theatertagen: ein Einsatz bis an den Rand der Selbstauflage, Körperlichkeit bis in die Fingerspitzen, dabei sparsame Requisite, die aber bis ins letzte durchdacht war und

dem kräftigstehenden Solopart auf in-große Weise beistand. Autore Prieto (Paris) spielte als Victoire in ihrem Einpersonstück „Les Horreurs de la Victoire“ übrigens vergleichbar intensiv. In Rückblenden, Traum- und Phantasiefetzen verlebendigte sie die Biographie einer in Frankreich fremd gebliebenen alten spanischen Einwanderin.

Eine große Rolle wird im freien französischen Theater von heute offenbar dem Tanz zugewiesen. Der überzeugendste, an Rigorosität und konzeptioneller Eindeutigkeit konsequente Beitrag war dabei eine Choreographie von Jean Gaudin, Paris. Sein Stück „Les Autruches“ bot geniale Maßarbeit. Eindrucksvoll auch die Compagnie Patrick Ponce et Philippe Car, Marseille, mit einer rasanten Tanzparodie auf Hollywoods „Humphrey und Co.“ und die Compagnie Karine Saporta aus Paris, die ein „Kraftballett“ zeigte. Beide Truppen konnten freilich die Schwelle nicht ganz niederzuziehen, die bloßes Hand- und Fußwerk von wirklicher Kunst trennt. Das blieb hier allein Jean Gaudin vorbehalten.

Für den Abschlußabend hatte man sich die Staatspreisträgerin Maguy Marin mit ihrem „Ballet Théâtre de

l'Arche“ aus Paris geholt. Ihre Choreographie „Babel Babel“ im Saarbrücker Staatstheater lag mit ihrer, die Menschheitsgeschichte umspielenden, Grundidee ganz auf der Linie dieser so anregenden Theater-tage. Dadurch wurde die gewisse Einzel-sigkeit, die das Geschehen prägte, freilich noch einmal unterstrichen.

Die Gegenwart blieb - sieht man von einem Auftritt von Frau Ingrid Schmidt aus Burbach, genannt Ingrid Caven, die als Geschenk des Fördervereins der Theaterstage ein Heimkonzert gab, ab - auf eigentümliche Weise ausgeblendet. Das ist, man muß es sagen, doch ein ziemliches Manko. Vermessen mußte man besonders zeitgenössische junge ernsthafte Bühnenautoren. Gibt es die im Frankreich von heute überhaupt?

REINER NERVAL

JOURNAL

Tavernier und Inoue PEN-Vizepräsidenten

AFP, Tokio
Der Franzose René Tavernier und der Japaner Yasushi Inoue sind zu Vizepräsidenten des Internationalen PEN-Clubs gewählt worden. Der Schriftstellerverband veranstaltet seit Anfang der Woche in Tokio seinen 47. Kongress zum Thema „Literatur im Atomzeitalter - warum schreiben wir?“ Inoue ist Präsident des japanischen PEN-Club und nach dem Literatur-Nobelpreisträger Yasunari Kawabata der zweite Japaner in diesem Amt.

Ehrendoktorwürde an Havel und Borges

AFP, Toulouse/Athen
Dem tschechoslowakischen Theaterautor Václav Havel, ehemaliger Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charter 77“, ist von der Universität Toulouse die Ehrendoktorwürde verliehen worden. Sein britischer Schriftstellerkollege Tom Stoppard nahm die Ehrung für Havel entgegen, der selbst nicht kam, weil er nicht Gefahr laufen wollte, zu einem „unfreiwilligen Auswanderer“ zu werden, wie er sagte.

Der argentinische Lyriker und Schriftsteller Jorge Luis Borges (85), der mit dem 1935 erschienenen Erzählband „Historia universal de la infamia“ (auf deutsch: „Der schwarze Spiegel“) zu Weltruhm gelangte, ist von der philosophischen Fakultät der Universität Kreta mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet worden.

Buchillustrationen von Odysseus bis Felix Krull

DW, Unna
Oft werden sie nur als dekoratives Beiwerk der Literatur (und als Broterwerb für noch nicht arrierte Künstler) betrachtet: die Buchillustrationen. Doch wer sich ein wenig genauer mit der Illustrationskunst beschäftigt, erkennt schnell, welche künstlerischen Leistungen da zu entdecken sind. Diese Möglichkeit bietet eine Ausstellung der Kunstbibliothek in Berlin, die jetzt auf Schloß Capenberg bei Unna (bis 24. Juni) zu sehen ist. Sie zeigt Buchillustrationen des 19. und 20. Jahrhunderts zu Gestalten der Weltliteratur: „Von Odysseus bis Felix Krull“. Das umfangreiche Unternehmen begleitet ein reichhaltiger und informativer Katalog. Er kostet in der Ausstellung 28 Mark, im Buchhandel, Reimer Verlag Berlin, 48 Mark.

Eine Goldmedaille für Bonns Kußmund

dpa, Essen
Das Plakat mit dem berühmten „Kußmund“, der das „o“ in Bonn ersetzt, ist vom Deutschen Plakatmuseum in Essen bei der „Triennale '83“ mit einer Goldmedaille ausgezeichnet worden. Doris Schlüter-Casse (Düsseldorfer) erhielt dafür die „Henri-de-Toulouse-Lautrec-Medaille“ in der Sparte Tourismus und Verkehr. Die Silbermedaille ging an Bruno K. Wiese (Hamburg) für „100 Jahre Kieler Woche“. In der Sparte „Plakate zur Wirtschaftswerbung“ wurde Tomi Ungerer eine Goldmedaille zugesprochen. Bei der umfangreichsten Gruppe, „Plakate zu kulturellen und sportlichen Anlässen“, bekam das Team Rambow-Lienemeyer/van de Sand (Frankfurt) für seine Theaterwerbung den Preis. Heinz-Jürgen Kristhans (Berlin) Plakat „Gefahr Abkommen - Recht auf Schutz - Pflicht zur Hilfe“ wurde mit Gold in der Sparte „Plakate zu politischer, religiöser und humanitärer Werbung“ geehrt.

Branchen-Handbuch vom Musikmarkt 1984

DW, Bonn
Bei welcher Plattenfirma steht George Harrison unter Vertrag? Auf welchen Label singt Dietrich Fischer-Dieskau? Wie viele Tonstudios gibt es in Dortmund oder München, und über welche technische Einrichtung verfügen sie? Antworten auf diese Frage gibt das Musikmarkt Branchenhandbuch 1984. Darüber hinaus informiert es über Konzertagenturen und Künstlervermittlungen, Musikverlage, Verbands- und Pressewerke. Teil zwei und drei des Führers behandeln den Musikmarkt in Österreich und der Schweiz. Der „Musikmarkt“ kostet 23,95 Mark.

Thonet-Abteilung in der Kurtrierischen Burg

DW, Boppard
Bugholzmöbel der Firma Thonet gehören inzwischen zu den museunwürdigen Beispielen des frühen Möbeldesigns für maschinelle Fertigung. Sie werden heute noch in denselben Formen wie vor 140 Jahren produziert, allerdings sind inzwischen auch eine Reihe neuer Varianten dazugekommen. Diese Entwicklung dokumentiert das Museum der Stadt Boppard in der Kurtrierischen Burg mit seiner neuen Thonet-Abteilung, die heute eingeweiht wird.

Symposium über die Kunstförderung in Bayern

Durch die Steuer steuern

Die Stunde Null hat begonnen - die Kultur muß vom Luxusstand herunterkommen. Denn bei uns findet Kunst und Kultur nur „trotzdem“ statt. Investitionen in künstlerischen Dingen müssen wieder einen Anreiz bieten, beschwor der Schriftsteller und Regisseur Kurt Wilhelm das Auditorium. Ort dieses eindringlichen Appells war das Schloß Blutenburg bei München, wohin der CSU-Kontrakt Politik, Wissenschaft, Kultur zu einem Symposium über die „Weiterentwicklung der Kunstförderung in Bayern“ geladen hatte.

Einen besonders breiten Raum nahm in der Debatte die „Kunstförderung durch steuerpolitische Maßnahmen“ ein. „Tragen sie der Kunstfreiheit und dem Subsidiaritätsprinzip doch insoweit besondere Rechnung, ohne den Staat - aus haushaltsrechtlichen Gründen - ständig in Auswahl- und Bewertungszwang zu bringen“, so der Landtagsabgeordnete Otto Wiesheu, einer der Initiatoren dieses politischen Kontaktkreises. Gerade bei Künstlern ist es ja besonders schwierig, berufliche wie private Ausgaben steuerlich zu unterscheiden, weil privater und beruflicher Lebensbereich ineinander übergehen.

Der Katalog, den die betroffenen Künstler bei dieser Veranstaltung vortragen, war eilends und wirkte mitunter recht kurios. Er begann mit einem Urteil des Bundesfinanzhofes, wonach „Künstlerreisen in Erholungsgebiete“ nicht angerechnet werden; und schloß mit der „Versteuerung von Theaterkarten für Schauspieler am eigenen Haus“. Das Ende vom Klagefeld der (manchmal recht empfindlichen) Künstler war meist die Standardformel: „daß gerade unsere Gesellschaft gegenüber dem Künstler immer noch in tiefem Mißtrauen verharre“, denn „Künstler haben immer eine Bringschuld“. So z.B. die resignierte Feststellung des Malers Rolf Liese in Sachen Finanzamt und Steuer.

Zu der Behandlung dieser so heik-

len fiskalischen Probleme war eigens der bayerische Ministerpräsident Strauß in die Blutenburg gekommen: ihm zur Seite stand der Staatssekretär Albert Meyer aus dem Finanzministerium. Beide Politiker maßen die Vorschläge des Kontaktkreises über steuerliche Maßnahmen zur Kunstförderung an den politischen Realitäten. Groß ist der Spielraum sowieso nicht. Steuerliche Erleichterungen können kaum im bayerischen Allein-gang durchgeboxt werden. Chancen sieht Strauß dagegen bei der Förderung, die Bestimmung von öffentlichen Kunstpreisen ersatzlos zu streichen: „Was bei Lotto, Toto und Pferden möglich ist, muß auch hier möglich sein.“

Auch erscheint es Strauß durchaus realistisch, mittelfristig für jede Kunstart alle typischen Aufwendungen für Künstler zu ermitteln, um langfristig auf der Grundlage dieser Daten eine kunstspezifische Werbung- und Kostenpauschale in die gesetzlichen Bestimmungen aufnehmen. Hingegen hält er den Vorschlag, die Gewerbesteuer für den Kunsthandverfall zu lassen, um den Verkauf zeitgenössischer Kunst zu beleben, nicht für praktikabel. „Solange noch keine europäische Steuerharmonisierung erreicht ist“, im übrigen plädierte Strauß dafür, die Anregungen noch einmal mit Fachleuten und Politikern im engeren Kreis zu erörtern, „um so größtmögliche Chancen zur Realisierung zu erreichen“.

Natürlich kam man bei diesem Symposium auch auf das seit dem Januar '83 in Kraft getretene Künstler Sozialversicherungsrecht zu sprechen. Das bayerische Sozialministerium hat im März '84 eine Arbeitsgruppe gegründet, die die speziellen Probleme dieses Gesetzes aufzuarbeiten soll, denn - so Staatssekretär Heinz Rosenbauer - „unsere Bedenken haben sich seit der hastigen Inkraftsetzung noch verstärkt“.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „London“ von „Geo“

Nur blaues Blut zählt

Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in London greift der Zeitschriftenrezensent mit Spannung nach dem eben erschienenen Sonderheft „London“ (12,80 DM) der Zeitschrift „Geo“. Er fragt sich, ob es der Redaktion wohl gelungen sei, das so widersprüchliche am London von heute zu zeigen. Wird er in dem Heft auch finden, was sich in der englischen Hauptstadt von Grund auf verändert hat?

Daß in einer Zeitschrift wie „Geo“ der Bildteil anders bewertet werden muß als die Texte, ist selbstverständlich. Im redaktionellen Teil sind die Fotos durchweg farbig, und Farbfotos haben ihre eigene Gesetzlichkeit in einer Zeitschrift, die zum Reisen verlocken will. Dazu eignet sich der Kontrast des Rots in den Garderoben und auf den Bussen mit dem Grün der vielen Parks vorzüglich. Die durch die Farbigkeit aus allen Resten des Empires sich bildenden Shums jedoch, die sich im Kranz um die Hauptstadt legen, hätten bloß düstere Töne anzubieten.

Der Text zerfällt wieder in zwei Teile: in die Leitartikel und in den Adressenteil für die Touristen. Wie die Shopping-Anschriften, die der Nachtclubs und der sonstigen Vergnügungsetablissemments in die anfangsstarke Zeitschrift eines Landes kommen, das 1983 etwa 630 000 Touristen über den Kanal sandte, das kann man sich vorstellen. Aber gerade aus diesem Grunde hätte man sich mehr Sorgfalt bei den rein kulturellen Hinweisen gewünscht. Da staunt man etwa bei den Museen darüber, daß eine Klitsche wie das Horniman-Museum aufgeführt wird, während die Wallace Collection, mit ihrer nur vom Louvre überbotenen Sammlung französischer Malerei des 18. Jahrhunderts, fehlt.

Die Leitartikel, fast ausschließlich von Engländern geschrieben, stehen davon mit ihrem Sinn für Ehrlichkeit ab. Ein Satz von Jan Morris im Einführungssatz ist deshalb nicht zu wörtlich zu nehmen: „In einer Welt voller Zweifel und Veränderungen ist London sich gleich geblieben.“ Was Morris weiter schreibt, zeigt nämlich, daß er dabei vor allem an das Weiterdauern der englischen Fähigkeit zum Assimilieren alles von außen Einströmenden glaubt.

Einen der interessantesten Beiträge schrieb Tina Brown über die unter dem Leitbild von Lady Di sich vollziehende „Gegemeinschaft“ in der englischen Gesellschaft. In unserer letzten Kolumne berichteten wir bereits über das „Sloane-Ranger-Handbook“ als Manifest dieser „Bewegung“. Nach Frau Brown ist die „Identitätskrise“ in Englands Upper-Class vorbei, „seit Lady Di Furore macht“. Nach der Unordnung der sechziger und den Schuldkomplexen der siebziger Jahre“ habe diese Schicht nun ihr Selbstbewußtsein zurückgewonnen.

Was allerdings als wichtigste Folge dieses neuen Upper-Class-Bewußtseins genannt wird, paßt eigentlich gar nicht in einen solchen London-Führer: „Man arbeitet in London, aber man lebt und amüsiert sich auf dem Lande. In London gibt man sich bescheiden, draußen feiert man rauschende Feste.“

Fräulein Brown warnt jedoch davor, dies mit dem andernorts üblichen Jet-Set-Betrieb zu verwechseln: „Anders als in New York, wo nur Erfolg für die Society qualifiziert, zählt in England allein blaues Blut.“ (Mrs. Thatcher würde also kaum zu einem solchen Fest zugelassen werden.)

ANTON MADLER

Ein neues Podium für den musikalischen Nachwuchs - Der „Frühling der Künste“ in Monte Carlo

Mit Hugo Wolfs Liedern an Gracia Patricia denken

Der Frühling in Monte Carlo war seit je eine Reise wert, und in Zukunft soll er durch die Künste noch schöner werden. Der erste „Printemps des Arts“, von Prinzessin Caroline zum Gedenken an ihre Mutter ins Leben gerufen und von ihr mit Feuereifer höchstpersönlich betreut, gibt einwilligen einer einzigen Kunst den Vorrang: der Musik. Aber das ist schließlich kein Schade. Immer schon hat in Monte Carlo von allen Künsten stets die Musik im Zentrum fürstlicher Förderungen gestanden.

Das verwundert nicht. In den letzten Jahren hat sich Monte Carlo überdies zum Nicht-Wiedererkennen verändert. Rund um die Avenue Princesse Grace, an der die Wolkenkratzer wie Riesenzapfen aus dem ehemaligen Meerboden schießen, ihren stehenden Altessen und Hintermännern geradezu wülförmig den Ausblick auf Wasser verbauend, siedelt dicht an dicht die internationale Sänger-Elite: Von Plácido Domingo bis Ingar Wixell und Renato Bruson - freilich nicht gerade aus künstlerischen oder einzig klimatischen Gründen. Es ist

eher das freundliche monegasische Steuerklima.

Diese Situation hat das Fürstentum künstlerisch bislang noch nicht recht zu nutzen verstanden. Noch immer neigen die Stars, nach denen jedes Opernhaus lechzt, ausgerechnet im heimischen Monte dazu, den kostbaren Singmund geschlossen zu halten. Dabei haben auf der Bühne der goldstrotzenden Opernboulevardiers, dem Bau des Casinos einkomponiert, einst Sänger vom Kaliber Schalljapins, Caruso und Nellie Melba gestanden. Diese alten großen Opernzeiten sollen nun wiederkehren. In John Mortimer, dem langjährigsten Opernproduzenten von EMI London, hat man einen neuen Intendanten gefunden, der von Juli an das Haus leiten wird, und ihm spielt der monegasische Kunstfrühling wegberend schon in die Hände.

Ruggero Raimondi, Mirella Freni, Ileana Cotrubas, alle drei dem Fürstentum seit langem verbunden, präsentieren sich als Liedersänger, und künstlerisch beiläufig geht es dabei durchaus nicht zu. Die Cotrubas hat sich ein höchst anspruchsvolles Pro-

gramm zusammengestellt, das Schubert, Fauré und Debussy einschließt und am Schluß, über die Köpfe der Deutschen ohnmächtigen Zuhörer hinweg, im Italienischen Liederbuch Hugo Wolfs mündet, dessen minimalistische Gesänge freilich so dicht an der italienischen Grenze reichlich ortsfremd wirken.

Die alte Ballett-Tradition Monte Carlos beschwören Gastspiele des Niederländischen Tanztheaters unter Kylian und des Klassischen Balletts Moskau, das sich um Maximowa und Wassiljew konsultiert hat, um die Zugkraft der Bolshoi-Starmamen zu nutzen.

Am wichtigsten aber (und so soll es in Zukunft auch bleiben) ist die Unterstützung, die man dem Nachwuchs gewährt. Mit Jesus Li Cecilio stellt sich der junge Tenor vor, der den Wiener Gesangswettbewerb gewann. Auch die Geigerin Mihaila Martin, Preisträgerin von Indianapolis, konzertiert erstmals in Monte Carlo, und in dem 19jährigen Pianisten Andrea Lucchesini sehen sowieso schon viele den herausragenden Jungmann der Stunde.

Der Italiener Lucchesini ist ein Klavierspieler mit außerordentlich leichtgängiger, stupider Technik, der jedoch der eigenen Virtuosität nicht in die Falle geht. Er triumphiert nicht auf, daß die Fetzen fliegen. Sein Vortrag bleibt derart durchsichtig und feingliedrig, daß man beinahe meinen könnte, in den berühmten „Paganini-Variationen“ habe vielleicht doch Paganini Brahms variiert - und nicht umgekehrt. Lucchesini spielt das 1. Heft der Variationen auf überaus geistreiche Weise. Beinahe witzig stellt er die sich häufenden Schwierigkeiten wie beiläufig aus. Aus dem Tastendonner macht er (im Geiste des Sommermächtschauspiels) „such sweet thunder“.

Und wie er Liszts vielgeprüfte „Campanella“-Etüde streng und genau dahinklingeln läßt, pointensicher und gut geant, löst ein Entzücken selbst noch des abgebrühtesten Musikverständnisses aus. Lucchesini ist schon jetzt ein Interpret von jener seltenen Originalität, dem es ein Vergnügen sein kann, den Werken, die er spielt, spürsinnig treu zu bleiben.

KLAUS GEITEL

Zum erstenmal in Europa - Gastspiel des Marionettentheaters aus Burma

Menschenfresser an sechzig Fäden

Mit einem einfachen „Galgens“ ist es nicht getan. Die sechzig Fäden, mit denen normalerweise bei uns eine Marionette geführt wird, reichen den Puppenspielern aus Burma nicht. Sie wollen nicht nur (à la Kleist) den „Schwerpunkt im Inneren der Figur“ regieren, auf daß „die Glieder, die nichts als Pendel wären, folgten“. Von der burmesischen Marionette wird mehr als die Eleganz eines klassischen Tänzers verlangt. Sie verfügt über ein ungewöhnliches Bewegungsrepertoire, weil Hand und Ellbogen, Fuß und Knie, Kopf und Körper an eigenen Fäden hängen. Bis zu sechzig Schnüre sollen es bei besonders komplizierten Puppen sein.

Aber auch bei einfacheren Figuren fällt die Vielzahl der Fäden auf, wenn die Spieler zum Dank für den Beifall am Schluß vor den Vorhang treten und zeigen, welche Kunstfertigkeit da am Werke war. Der Puppenkörper wird durch ein Holzkreuz (Galgens) mit der linken dirigiert, während die Fäden von Arm und Bein ohne eine solche Hilfe von der rechten Hand bewegt werden. Und wenn die Puppe ihren eigenartigen zereemoniellen Tanz beginnt, dann verlangt sie vom Spieler Hand- und Fingerbewegungen, die in ihrer Harmonie einer gan-

zen komplizierten Choreographie gleichen.

Das Marionettentheater aus Burma war die Attraktion des Fiden(Figurentheater der Nationen)-Festivals in Bochum, weil eine solche Truppe - sie besteht aus sieben Marionettenpuppen, sieben Musikern und drei Schauspielern/Sängern - noch nie in Europa zu sehen war. Ihr Spiel beginnt mit einer musikalischen Introduction, der mehrere Szenen über die Entstehung der Welt aus dem Urchaos, wie sie in volkstümlichen Auschnückerungen der buddhistischen Schöpfungsmythen überliefert werden, folgen. Das Hauptstück erzählt dann von dem ehebrechtigen Sohn, der sich an des Königs statt dem Menschenfresser opfern will, weil seine alte Mutter von dem Geld, das er dafür erhält, auskömmlich leben kann. So viel Pöbel bleibt natürlich nicht unbelehrt. Der Menschenfresser bekehrt sich zu Buddha, und der Sohn wird zum Nachfolger des Königs bestimmt.

Die reichgeschmückten Puppen bewegen sich im Rhythmus der Musik und ihres Gesanges (Sprechpartien sind selten) mit einer Virtuosität, die Schauspielern und Tänzern kaum möglich ist. Dabei bleibt aber stets

die menschliche Anatomie verbindlich. Was kein Mensch vollführen kann, zeigen die Puppen auch nicht. Allerdings könnte nur ein sehr guter Artist nachmachen, was ihm die Marionetten vorführen.

Das Eigenartige in Burma ist, daß man dort nur Marionetten, nicht aber Schattenspielfiguren oder Handpuppen wie in den Nachbarländern kennt. Wie überhaupt das burmesische Figurentheater ohne Vorbild ist, obwohl es sich erst seit dem 15. Jahrhundert (also gut anderthalb Jahrhunderte nach den ersten Nachrichten über das Puppenspiel in China) nachweisen läßt.

Die Auftritte der hölzernen Aristokraten und einfachen Leute, der Menschenfresser und Zauberer, der Elefanten, Pferde und anderen Tiere genossen in Burma bald höchstes Ansehen. Zeitweilig gab es sogar einen Minister für das Marionettenspiel. Da ist es verständlich, wenn auch der Europäer der Faszination dieses Spiels erliegt - soweit er nur ein wenig Sinn für asiatische Bild- und Bühnenkunst hat.

PETER DITTMAR
Westere Tourneestationen: Oeynhausen (18.), Braunschweig (19.), Bochum (20.), Leverkusen (21.), Osnabrück (22.), Schweich-Trar (23.).



Eine Puppentheaterkunst, die ohne Vorbild in Asien ist: Marionette aus Burma beim Gastspiel in Bochum

FOTO: FIDENA

Langer Anlauf zum Erfolg: 10 Jahre fliegt der „flüsternde Riese“

Von KLAUS WOHLT

Der Erfolg ließ auf sich warten: Als im Mai 1974, vor zehn Jahren, der erste Airbus A 300 B der Air France den Liniendienst aufnahm, standen erst gut 20 Maschinen des in wesentlichen von Frankreich und Deutschland gemeinsam entwickelten Typs in den Orderbüchern der Dachgesellschaft „Airbus Industrie“. Die Branchenriesen in den USA nahmen den Newcomer aus der Alten Welt nicht ernst, glaubten an einen Mißerfolg, wie ihn die Europäer mit anderen Mustern hatten erleben müssen. Aber sie täuschten sich: Heute fliegen knapp 300 Mitglieder der inzwischen auf zwei Muster angewachsenen Airbus-Familie, haben sich die Märkte in Europa, Asien und

Afrika erobert und die Amerikaner das Furchten gelehrt.

Der Weg zum Erfolg war beschwerlich. Seit Mitte der 60er Jahre hatten Flugzeugbauer in Frankreich, Großbritannien und Deutschland daran gearbeitet, um ein zweistrahliges Großraumflugzeug für Kurz- und Mittelstrecken zu entwickeln. Es dauerte bis 1970, ehe wenigstens die Regierungen in Bonn und Paris sich über die Finanzierung einigten, die damals auf 1,6 Milliarden Mark geschätzt wurde. Kurz vor Weihnachten 1970 unterzeichneten Franz Josef Strauß für die Deutsche Airbus GmbH und Henri Ziegler für den französischen Partner Aerospatiale den Vertrag über die Gründung der gemeinsamen Dachgesellschaft Airbus Industrie.

Air France war - unter leichtem Druck der französischen Regierung - erster Kunde. Die Deutsche Lufthansa zögerte länger, sie stellte ihren ersten 250-sitzigen A 300 erst etwa ein Jahr nach den Franzosen in Dienst. Es war schwer für die Europäer, auf dem damals fast völlig von den Amerikanern beherrschten Markt Fuß zu fassen. Der Durchbruch schien erreicht, als der Präsident der großen amerikanischen Fluggesellschaft Eastern Airlines gleich 25 der sparsamen Europäer bestellte, zu außergewöhnlich günstigen Konditionen, wie die amerikanische Konkurrenz nicht ganz zu Unrecht argwöhnte.

Aber Mitte der 70er Jahre gab es eigentlich keine Konkurrenz mehr für den Airbus. Weder der Branchen-

fürher Boeing noch die kleineren Mitbewerber McDonnell-Douglas und Lockheed konnten ein Flugzeug in dieser Klasse anbieten. So konnte Bernard Lathiere, Präsident der Airbus Industrie, Ende der 70er Jahre stolz verkünden, die Europäer hätten aus dem Stand ein Drittel des Weltmarktes für Großraumflugzeuge erobert.

Daraufhin wurde der „kleinere“ Bruder A 310 für 210 Passagiere konzipiert. Diesmal griff die Lufthansa sofort zu. Mit 25 Bestellungen und Optionen auf 25 weitere Flugzeuge vergab sie, noch ehe der Prototyp flog, den größten Einzelauftrag ihrer Geschichte. Boeing hatte zwar mit seinem Muster 767 ein Konkurrenzmodell angeboten, diesmal aber entschied sich die deutsche Gesellschaft

sofort für ein europäisches Produkt. Auch die Swissair vertraute auf europäische Werkarbeit, vergab erstmals einen Großauftrag diesseits des Atlantik.

Zum Frohlocken freilich blieb Airbus Industrie wenig Anlaß. Die Reaktion traf auch ihre Kunden. Seit Ende der 70er Jahre trübten die Kaufaufträge der großen Fluggesellschaften nur noch spärlich. Die sparsamen Fluggesellschaften, die in den schlechten Jahren hätten helfen sollen, die Kosten zu senken, konnten nicht gekauft werden, weil die Kassen leer waren. Bis heute hat sich das kaum geändert.

Trotzdem steht der Airbus-Familie ein neues Mitglied ins Haus: Vor kurzem erst einigte man sich in Paris, Bonn und London, die Gelder für die

Entwicklung des lange diskutierten 150-Sitzers A 320 freizugeben. Boeing - Lockheed hat sich inzwischen aus dem zivilen Markt zurückgezogen, McDonnell-Douglas hat neue Projekte vorerst eingefroren - hat bisher sein angekündigtes neues Konzept nicht deutlich gemacht.

Ein Flugzeug jedoch, auf das nicht nur die Deutsche Lufthansa sehr stolz ist, fliegt noch auf sich warten: der Nachfolger für den veralteten Boeing 707 auf jenen Langstrecken, für die Großraumflugzeuge nicht rentabel genug sind. Für ein solches Flugzeug gibt es zwar bei Airbus Industrie Studien. Aber trotz des gewachsenen Interesses sind die Chancen zur Zeit gering, daß dieses TA-11 genannte Projekt in absehbarer Zeit finanziert werden kann.

Führte Lebovici ein Doppelleben?

Der französische Produzent hatte Kontakt zur Unterwelt

Jochen Leibell, Paris

Einem Ermordeten verdanken drei Pariser Kriminalbeamte einen Touristen-Traum: Sie durften eine ausführliche USA-Reise antreten. Auf der Suche nach den Mördern des prominenten französischen Filmproduzenten Gerard Lebovici sind die Fahnder nämlich auf eine „amerikanische Piste“ gestoßen.

Gerard Lebovici, 52, war am 7. März in einer Pariser Tiefgarage am Triumphbogen tot neben seinem Auto entdeckt worden. Offenbar hatte man ihn aus nächster Nähe mit vier Schüssen regelrecht hingegrüßt. Für die Pariser High-Society kam die Mord-Meldung wie ein Schock: Lebovici galt als die „graue Eminenz“ der französischen Filmwirtschaft und hatte von Romy Schneider über Yves Montand bis zu Jean-Paul Belmondo alles gemanagt, was heute auf der galischen Kinoleinwand Rang und Namen hat.

Anfangs bewegten sich die Kriminalisten völlig im Dunkeln. Lebovici galt als sehr diskreter Millionär, bis die Beamten herausfanden, daß der prominente Filmboß ein geheimnisvolles Doppelleben führte. Er finanzierte nicht nur millionenteure Leinwandschinken, sondern auch links-extreme Terroristen und Gangster.

Kurz vor seinem gewaltsamen Tod hatte er gerade noch die Neuauflage eines höchstumstrittenen Buches über Frankreichs ehemaligen „Gangster Nummer eins“ Jacques Mesrine organisiert. Aus dem Buch wollte er außerdem einen Film machen und stand deswegen in sehr engem Kon-

takt mit der Tochter des von der Pariser Polizei erschossenen Verbrechers.

Dieses Film-Projekt, so vermuten nun die Kriminalisten, könnte einer der Schlüssel für den Prominenten-Mord sein. Den Beamten liegen Indizien vor, wonach Lebovici Kontakt mit der Pariser Unterwelt aufgenommen habe.

Französische Gangsterbosse aber stehen in engem Kontakt mit ihren „Kollegen“ in den Vereinigten Staaten. So hatte sich vor einiger Zeit William Zemmour, eines der Mitglieder des gleichnamigen Pariser Gangster-Clans, in Miami niedergelassen - und war dort erschossen worden. Kurze Zeit später starb in Paris sein Bruder Gilbert, ebenfalls durch Kugeln. Für die Pariser Kriminalisten gab es deshalb keine Zweifel über eine Verbrecher-Achse Paris-Florida.

In diese Achse, so heißt es jetzt, könnte sich Gerard Lebovici verstrickt haben. Eine der Vermutungen ist, daß der zwielichtige Filmproduzent ins blühende Geschäft der Video-Raubkassetten einsteigen wollte. Ein Großteil der in Europa illegal angebotenen Kassetten wird durch die amerikanische Unterwelt beschafft. Nach Schätzungen werden allein in Frankreich jährlich für mehr als 200 Millionen Mark Raubkassetten verkauft.

Was die drei Pariser Kriminalisten auf ihrem US-Trip erfahren haben, blieb bisher ihr Geheimnis. Sicher scheint nur zu sein, daß der Mord an Gerard Lebovici vom einfachen Verbrechen immer mehr zu einem Pariser Gesellschaftsskandal wird.

(SAD)



Heute noch Pflichtprogramm für Berlin-Touristen und Kriegsgeheimnisse: Das Eingangsportal des einstigen Fernbahnhofs. FOTO: E. KASPERSKI

Eine Ruine erwacht aus dem Dornröschenschlaf

Der Anhalter-Bahnhof soll wieder aufgebaut werden

F. DIEDERICH, Berlin

Die Signale, die an Berlins berühmtesten Ruine seit mehr als 38 Jahren von Gestrüpp und Unterholz umwuchert werden, könnten nach dem Willen prominenter Berliner Politiker und Denkmalpfleger schon bald wieder die freie Fahrt für Züge in das gesamte westliche Europa geben: An der Spree konzentrieren sich derzeit ernsthafte Überlegungen auf die Vorstellung, die heutige markante Gründerzeit-Ruine des bis 1944 größten europäischen Fernbahnhofs, dem „Anhalter“, zu einem repräsentativen und das Stadtbild prägenden Eisenbahn-Drehkreuz wiederzubeleben.

Daß die Berliner, vor allem aber die rund um die Ruine ansässigen Kreuzberger Bürger von einer derartigen Belebung ihres ansonsten „toten Viertels“ träumen, verdanken sie den detaillierten Planungen des Berliner Denkmalpflegers und Architekten Peter G. Klemm, der sich des Schicksals des 1944 von Bomben zerstörten und 1960 nahezu völlig abgerissenen Bauwerks annahm. Lediglich die Rundbögen der Eingangsfaszaden, Pflichtstation jeder Berlin-Stadt-rundfahrt, erinnern heute noch an die zerstörerischen Folgen des Zweiten Weltkriegs.

Der Vorschlag Klemms, das brachliegende Trümmer-Gelände um den ruinierten Portikus wieder für den Schienenverkehr herzurichten, stützt sich auf die unbefriedigende Situation im Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet. So wickelt sich bislang der gesamte Fernverkehr auf der Schiene

über den der „DDR“-Reichsbahn unterstehenden Bahnhof Zoo im Herzen der City ab - ungepflegt und architektonisch abschreckender Ausgangspunkt zu einer Trasse, deren vor mehr als 100 Jahren errichteten Viadukt-Bögen für schnelle, schwere Inter-city-Fernzüge nicht gewachsen sind. Seit langem fordern politische Stimmen neue Verhandlungen mit Ost-Berlin, um dem freien Teil der Stadt mit einem neuen Zentralbahnhof bessere, komfortablere und schnellere Anbindungen an das Bundesgebiet zu bieten.

Daß die bisherige Touristenattraktion in Kreuzberg für rund 150 Millionen Mark aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden und eine verkehrspolitisch hoch bedeutsame Funktion einnehmen könnte, haben Bauexperten dem Berliner Senat und auch der Bundesregierung bereits vorgerechnet. Von der regierenden Berliner CDU sieht momentan deren kulturpolitischer Sprecher Uwe Lehmann-Brauns die „Stimmen für den Wiederaufbau überwiegen“, und auch im Bonner Verkehrsministerium trägt man sich derzeit, ob nicht „an gleicher Stelle ein zentraler attraktiver Fernbahnhof im Gewande der alten Architektur, wie in Hamburg oder Frankfurt wiedererstehen könnte.“

Zusätzlich will eine Aktionsgemeinschaft am 3. Juni bereits den Wiederaufbau in Angriff nehmen: Sie prägt für zehn Mark in alte Klinkersteine des „Anhalter“-Portals den Namen der Spender ein, um mit diesen Steinen dann nach Originalplänen einen eigenen Wiederaufbau zu starten.

Kassenärzte verurteilen Rechnungsbetrag

AP, Münster

Mit großer Entschiedenheit hat sich die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe von dem Verhalten ihrer Standesgenossen distanziert, die allein in Bochum durch Falschabrechnungen und Rezeptschwindeln die Krankenkassen um mehrere Millionen Mark betrogen haben sollen. „Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ müßten die Kassenärzte gegen die „solchen Kollegen“ ziehen, forderte der Erste Vorsitzende der Vereinigung Gert Busche. Es dürfe keinen Zweifel geben, daß nach dem Schuld-spruch strenge disziplinarische Verfahren einsetzen, „an deren Ende die Berufswürdigkeit“ stehe. Die Diffamierung der Ärztschaft bezeichne Busche als untragbar und warte vor den Gefahren, die daraus für das Verhältnis zwischen Arzt und Patienten erwachsen könnten.

Embryos im Müll

SAD, Milwaukee

Zahlreiche in Säcke verpackte menschliche Föten aus Abtreibungen fanden spielende Kinder im Müllcontainer einer Klinik in Milwaukee im US-Bundesstaat Wisconsin. Die durchsichtigen Plastiksäcke trugen Aufschriften mit den Namen der Patientinnen und dem Datum der Abtreibung. Die Klinikverwaltung erklärte, „bedauerlicherweise“ habe der beauftragte Fahrer die Säcke in den Müll statt in die Verbrennungsanlage gefahren.

Brummi-Kinder

AFP, Newcastle

Eine Zwölfjährige hat zusammen mit zwei Fremdlingen am Steuer eines Lkw halb Nordamerika durchgezogen. Die drei Mädchen hatten den schweren Lastkraftwagen von Colorado durch Kansas, Missouri, Illinois und Indiana gesteuert, ohne einer Polizeipatrouille aufzufallen.

Drohungs-Archiv

dpa, Stockholm

In 1200 Expressbriefen wollte ein Stockholmer Taxifahrer seit Februar vergangenen Jahres Industriebetriebe, Behörden, Botschaften und die Polizei um zusammen eine Milliarde Kronen (rund 340 Millionen Mark) erpressen. Andernfalls würden 88 Pakete in die Luft gejagt. Die Polizei fand in der Wohnung des Chauffeurs die Kopien sämtlicher Erpresserbriefe und adressierte Umschläge für die nächste Serie von Drohbriefen.

Zug-Aufprall

dpa, London

Bei einem Zugunglück in einem Londoner Bahnhof sind am Mittwoch 50 Menschen verletzt worden. Nach Angaben der Behörden befinden sich fünf Verletzte in kritischem Zustand im Krankenhaus. Der Vorortzug war mit erheblicher Wucht gegen die Puffer am Gleisende geprallt.

Neues Krebs-Mittel?

dpa, Baltimore

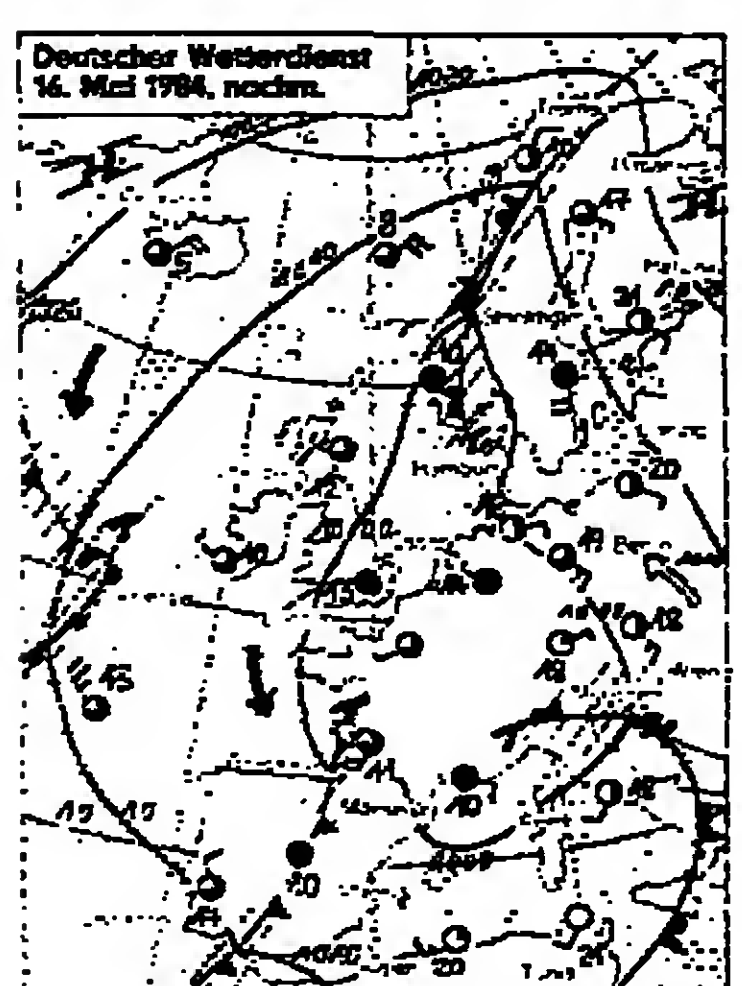
Wissenschaftler der Johns Hopkins-Universität haben ein neues Krebsmittel mit dem Namen „Ampligen“ vorgestellt. Es aktiviert angeblich gleichzeitig die körpereigenen Abwehrstoffe und stört das Wachstum der Krebszellen. Bei Tierversuchen hat die Universität Erfolgsquoten bis zu 75 Prozent erzielt. Erste Versuche an Krebspatienten zeigten keine gefährlichen Nebenwirkungen. Möglicherweise ist „Ampligen“ auch ein erstes Mittel gegen die Krankheit AIDS. Die Genehmigung zum Einsatz des Mittels wollen die Wissenschaftler bei der US-Arztinnenmittelbehörde beantragen.

ZU GUTER LETZT

Eine amerikanische Touristin, die auf einer griechischen Insel eine Villa gemietet hatte, beklagte sich über die nach Landessitte weißgetünchten Wände: „Für soviel Geld, wie wir bezahlt haben, sollten die Räume wirklich tapeziert sein.“

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Eine flache Tiefdruckrinne über West- und Mitteleuropa bestimmt mit wolkenreicher, aber milder Meeresluft das Wetter in Deutschland.



Deutscher Wetterdienst
16. Mai 1984, nachts

Vorhersage für Donnerstag:
Bundesgebiet und Berlin: Teils aufgehellt, teils stärker wolkig mit einzelnen, zum Teil gewittrigen Schauern. Tageshöchsttemperaturen je nach Sonnenscheindauer 16 bis 21 Grad. Tiefste Temperaturen in der Nacht um 8 Grad. Von Schauerböen abgesehen schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Insgesamt freundlich und mild.

Temperaturen am Mittwoch, 13. Uhr:			
Berlin	19°	Kairo	28°
Bonn	12°	Kopenhagen	15°
Dresden	19°	Las Palmas	21°
Essen	14°	London	13°
Frankfurt	17°	Madrid	10°
Hamburg	18°	Malland	12°
Lis/Sylt	14°	Mallorca	17°
München	18°	Moskau	24°
Stuttgart	16°	Nizza	21°
Algier	20°	Oslo	11°
Amsterdam	15°	Paris	13°
Athen	22°	Prag	19°
Barcelona	15°	Rom	18°
Brüssel	12°	Stockholm	14°
Budapest	22°	Tel Aviv	21°
Bukarest	22°	Tunis	21°
Helsinki	21°	Wien	18°
Istanbul	22°	Zürich	15°

* Sonnenaufgang am Freitag: 5.27 Uhr.
Untergang: 21.11 Uhr. Mondaufgang: 1.00 Uhr. Untergang 7.34 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Ein Prediger der Verständigung wurde ausgebootet

WALTER H. RUEB, Berlin

Im Oktober 1983 versuchten SPD, Alternative, Jussos und Autonome in Berlin aus den angekündigten neozaristischen Aktionen abzuleiten eines Fußball-Länderspiels gegen die 120 000 Türken der Stadt: politisches Kapital zu schlagen. Jetzt aber wurde der türkische Lehrer Muzaffer Andac von jenen, die sich noch vor wenigen Monaten als Anwälte der deutsch-türkischen Verständigung aufspielten, wegen seiner politischen Gesinnung und Mitgliedschaft in der CDU das Opfer einer SPD-Intige. Andac verlor seinen Posten als Dozent an der Volkshochschule Neukölln.

„Die Volkshochschule Neukölln hat mich entlassen, weil ich Propaganda für den Marxismus verbreiten wollte“, heißt es in einem Brief des 53-jährigen türkischen Lehrers. „Ich wollte, daß meine Schüler durch unseren gemeinsamen Gott selig werden und nicht durch Sozialismus oder Kommunismus.“

Ausgerechnet sein, ehemaliger Schüler Zafar Igar (33) betrieb Andacs Entlassung. Igar ist ebenfalls Türke, im Gegensatz zu Andac aber

SPD-Mitglied. Andac: „Er wurde schon nach kurzer Zeit Volkshochschul-Leiter in Neukölln. Dafür sorgte der SPD-Klügel unter Führung bekannter Parteigenossen. Meine Entlassung wurde damit begründet, daß ich den Anforderungen nicht genüge. Um mich auszubooten, nahm man sogar Zuflucht zu Tricks mit manipulierten Diktaten. Meine türki-



Geschäft aus politischen Gründen? Muzaffer Andac

schen Landsleute stehen hinter mir, sie wagen aber aus Angst vor Repressalien und Entlassung nicht aufzumucken. Und von einer Klage beim Arbeitsgericht riet mir mein Anwalt ab, weil ich mit der Volkshochschule keinen schriftlichen Vertrag hatte.“

Andac stammt aus Ostanatolien und ist von Haus aus Uran-Geologe. Er studierte und promovierte in München, arbeitete im Lagerstättenforschungsbereich in Ankara und wechselte später an die TU Berlin. In Berlin war er an mehreren Forschungsarbeiten über deutsch-türkische Probleme beteiligt, gab populär-wissenschaftliche Vorlesungen über den Islam und unterrichtete an der Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege türkisch. Die letzten zwei Jahre war Andac an der Volkshochschule Neukölln als Lehrer bei den Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer eingesetzt. Diese Stelle wurde ihm nun gekündigt.

Einen Bittgang zum Hans von Bardeleben, der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats für Ausländerfragen unweit des Potsdamer Platz-

zes, der Nationalgalerie und Staatsbibliothek, hat Muzaffer Andac bisher nicht unternommen. Dabei kennt kaum jemand besser als er Barbara Johns Kampagne für ein besseres Zusammenleben von Berlinern und türkischen Mitbewohnern der Stadt. Doch die von Barbara John initiierten Preisausschreiben, Videofilme, Patenschaften mit türkischen Familien und Plakatkampagnen unter dem Motto „Miteinander leben in Berlin“ klingen angesichts des Umgangs mit dem Bittbrief des Ausgebooteten zwischen Christentum und Islam, zwischen Deutschen und Türken, wie Hohn. Muzaffer Andac aber hat die Hoffnung auf eine Wende in seinem persönlichen Bereich nicht aufgegeben.

Der Mann, der jahrelang für ein besseres Verhältnis zwischen Deutschen und Türken plädierte und sich dafür vorbehaltlos engagierte, wartet jetzt auf ein Engagement der anderen Seite zu seinen Gunsten. Er sagt: „Ich habe der Schul-Senatorin Hanna Renette Landrin geschrieben und bin sicher, daß mir Gerechtigkeit widerfährt.“

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?
- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralkommission der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift:
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

ZAW

Zentralkommission der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Außer
Namen: S. ...
D. Klinger, zur
Ang im US-Kongr
Europäische Ko
mmission rät
topfoder Gersch
Deser: Wie eine
von sich selbst
von H. Barth
Wirtschaftspol
kampf in der US
Klima in London.
Form: Personal
beide an die
WELT. Wort des T